Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

N· 63. **Dienstag, 16. März 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis,** gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 5?**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Schweden und Tschechei sollen zu Gunsten Polens ausscheiden.

Immer noch keine Entscheidung in Genf.

Die Sackgasse.

Die letzte Stütze droht umzufallen. Der schwedische Delegierte in Genf, Undén, hat aus Stockholm neue Instruktionen erhalten, die ihn zu der Erklärung veranlassen, daß Schweden bereit sei, auf seinen nichtständigen Ratssitz zu verzichten, um Raum zu schaffen für eine andere Macht. Diese Macht wäre Polen. Die Begründung, die Schweden für seine Absicht abgibt, stützt sich auf Argumente juristischer Art. Es sagt, daß es schon vier Jahre dem Rate angehöre, obwohl der regelmäßige Turnus drei Jahre betrage. Und dann, da bei einem freiwilligen Ausscheiden Schwedens und einer Neuwahl Polens die Anzahl der Ratssitze nicht vermehrt wäre, so sei der grundsätzliche schwedische Standpunkt aufrecht erhalten.

Man wird mit recht bitteren Gefühlen diese Begründung durchlesen müssen. Sie ist eine Wortklauberei, die dem Buchstaben recht geben will, aber dem Inhalt selbst ins Gesicht schlägt. Die Vorgeschichte? Der Druck Frankreichs und Englands auf den schwedischen Delegierten Undén ließ in den letzten Tagen keine Minute nach. Alle Mittel, die zur Erreichung des gewünschten Zieles dienlich sein konnten, wurden herangeschleppt, um die Wirkung der Pression zu verstärken. Undén ist Sozialdemokrat. Vandervelde, Paul-Boncour und der Vorsitzende des Genfer Arbeitsbundes, Thomas, haben nicht gezögert, gefühlsmäßig auf ihren Genossen einzuwirken. Der Erfolg blieb nicht aus.

Unsere Vorliebe für das schwedische Volk in allen Ehren! Aber sie kann uns nicht davon abhalten, zu sagen, daß, wenn diese Absicht Undéns sich verwirklicht, die schwedische Regierung restlos kapituliert hat. Daß sie ihren festen, ehrlichen Willen, den sie in den letzten Tagen mit so erfreulicher Energie zeigte, gebeugt hat unter das Joch einer anscheinend jetzt die Welt beherrschenden Ententemachtpolitik. Schweden wollte das Recht der kleinen Nationen im Völkerbund schützen, es wollte dem Gedanken Wahrheit geben, daß dieser Genfer Bund seinen papierenen Gesetzen nach ein Weltbund aller Nationen sein sollte; keine Garantieversicherung einiger Großmächte, die den glücklichen Ausgang des Weltkrieges auf ihrer Seite buchen konnten. Der Schutz hat versagt. Im Gegenteil, der Umfall Schwedens ist der schwerste Schlag, den das Selbstbestimmungsrecht der mittleren und kleinen Nationen je erlitten hat. Jetzt ist der Völkerbund kein Weltbund der Nationen mehr, jetzt ist er nur das, als was ihn die Briands, Mussolini und Chamberlains schon immer angesehen haben.

Und Deutschland? Die deutsche Delegation in Genf vertritt anscheinend den Standpunkt, daß es ihr nicht gegeben sei, Schweden zu hindern, auf seinen Ratssitz zu verzichten und daß es auch kein Vetorecht besitze, um den Eintritt Polens auf Grund einer Wahl durch die Vollversammlung unmöglich zu machen. Man hofft zwar, daß Schweden vielleicht doch nicht beabsichtigt, schon jetzt auszuscheiden. Man hofft, daß dieser Austritt erst für einen späteren Zeitpunkt angemeldet wird. Aber diese Hoffnungen stützen sich auf nichts Konkretes. Sie sind nur Hoffnungen, mit denen man nichts anfangen kann. Das eine gibt wenigstens die deutsche Delegation zu erkennen: die Basis der ganzen Verhandlungen ist immerhin nicht mehr so günstig, wie sie gewesen ist.

Die Basis! Ja, wo ist diese Grundlage, auf der die deutsche Delegation ihre These verfechten wollte? Aufgegeben, zerflogen in nichts, in dem Augenblick, als die Delegation zu erkennen gab, daß bindende Zusicherungen für eine Ratserweiterung doch vielleicht jetzt schon gegeben werden könnten. Es ist schwer, den Karren, wenn er sich einmal auf der schiefen Ebene befindet, zum Stehen zu bringen. Es ist schwer, in einer Sackgasse den Ausweg zu finden. Man kann sich doch nicht gut den Schädel an der Wand einrennen. Was wäre die vorgeschlagene „Lösung" in Wirklichkeit? Die Ratssitze werden nicht vermehrt. Aber Polen wird Mitglied des Völkerbundsrates. So viel rosenrote Hoffnungsseligkeit und Optimismus gibt es in Deutschland nicht, die eine solche Erledigung des ganzen Fragenkomplexes als eine gute Sache bezeichnen könnten. Denn was wir in Wirklichkeit verhindern wollten, was der Kernpunkt der Betrugsabsichten gegen Deutschland war, das ist bittere Wahrheit geworden. Das bankrotte Polen, das niemals eine Großmacht sein kann, sitzt uns zur Seite, um in freundschaftlicher Ratskollegialität darüber zu wachen, daß nicht an seiner Grenze gerührt wird.

So die Sachlage, wie sie sich bis jetzt verschoben hat. Darüber darf kein Zweifel sein: wenn dieses Plänchen, wie es in Genf jetzt zur Begutachtung herumgereicht wird, wirklich durchgeführt wird, dann besteht für Deutschland keine Möglichkeit mehr, jetzt in den Völkerbund einzutreten. Diese Regelung wäre nicht nur ein Sieg der französischen These auf der ganzen Linie, sie würde der deutschen öffentlichen Meinung nicht nur direkt ins Gesicht schlagen, sie würde auch die Voraussetzungen illusorisch machen, unter denen wir uns bereit erklärt hatten, den Weg nach Genf anzutreten. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sollte der Welt künden, daß ein neuer Geist des Friedens, der Vernunft und der Völkerversöhnung in die Politik eingezogen ist. Er sollte besagen, daß der Begriff Sieger und Besiegte endgültig gestrichen ist. Das war ein Geist, dem wir uns freudig unterordneten, wenn wir an seine Existenz hätten glauben können. Aber hat er in Wirklichkeit jemals existiert? War er nicht nur ein Vorwand, ein schützendes Mäntelchen, eine Attrappe, die die wahren Ziele unserer Gegner etwas verhüllen sollen? Die Attrappe hat sich recht rasch geöffnet. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der weiß jetzt, was sich in Genf in Wirklichkeit ereignet. Wir sind in eine Sackgasse hineingerannt. Die Gesichtsrichtung ist versperrt. Links und rechts erheben sich Wände. Aber es gibt einen Rückweg. Der ist noch frei. Man nütze die letzte Minute und rette sich aus der Mausefalle, in die man beinahe hineingelaufen wäre.

Der Kampf um die Ratssitze.

)(**Genf**, 15. März. Die nichtoffiziellen Ratsbesprechungen gingen um 8 Uhr 20 Min. zu Ende. Formelle Erklärungen wurden der Presse nicht ausgegeben, dagegen teilten verschiedene Ratsmitglieder auf Anfrage mit, daß es zu einem Ergebnis nicht gekommen sei, daß man sich noch „in Seenot" befinde und daß die Besprechungen heute vormittag fortgesetzt werden sollen.

Der Schweizerischen Depeschen-Agentur zufolge sagte Briand, daß die Angelegenheit noch nicht geregelt sei, und Benesch habe durchblicken lassen, daß die Sache schlecht stände.

)(**Genf.** Die Schweizerische Depeschen-Agentur meldet: In den späten Nachmittagsstunden erfuhr man, daß die **schwedische Delegation** von ihrer Regierung im Einvernehmen mit dem Ausschuß für Auswärtiges die notwendigen **Instruktionen für den Rücktritt Undéns aus dem Rate** erhalten hat. Auch der Vertreter der Tschechoslowakei **Dr. Benesch soll gewillt sein, sein Mandat im Rat zur Verfügung zu stellen** sodaß die Völkerbundsversammlung eine doppelte Neuwahl vorzunehmen hätte. Der **Brasilianer Mello Franco** erhebt neuerdings die Forderung auf sofortige Zuteilung eines ständigen Sitzes an Brasilien, doch ist man allgemein der Ansicht, daß diese Opposition eventuell leicht beseitigt werden kann.

)(**Paris.** Der Genfer Berichterstatter der Havas-Agentur berichtete, der französische Ministerpräsident **Briand** habe gestern abend mit augenscheinlicher Befriedigung ankündigen können, daß **die französisch-deutsche Seite der Genfer Krise als so gut wie geregelt betrachtet werden könne.** Wegen der Verteilung der durch die Verzichte Undéns und Benesch's freiwerdenden Sitze seien die Meinungen noch geteilt. Jedenfalls sei die Atmosphäre von Genf seit heute viel klarer geworden, nur sei der gestrigen Krise im Verlaufe des heutigen Tages eine Krise der inneren Organisation des Völkerbundsrates gefolgt, da im Verlaufe des heutigen Tages der brasilianische Vertreter die Kandidatur seines Landes aufs neue aufgestellt habe. Bis heute abend seien die **Bemühungen des Rates, den brasilianischen Vertreter umzustimmen, nicht von Erfolg gekrönt gewesen.** Alle Hoffnung dürfte jedoch nicht aufgegeben werden. Eine Anzahl südamerikanischer Delegationen hätte beschlossen, ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die Demarche Mello Francos nicht den Bemühungen des Völkerbundes zuwiderlaufe.

)(**Köln.** Der Genfer Berichterstatter der Kölnischen Zeitung meldet um 1.30 Uhr nachts, für die geplante Lösung, daß Polen und Holland die Ratssitze von Schweden und der Tschechoslowakei übernehmen sollen, besteht die letzte Schwierigkeit, abgesehen von Brasilien, in dem Wunsche der Kleinen Entente, sich für den September eine Vertretung im Völkerbundsrat durch Schaffung eines siebenten nichtständigen Ratssitzes für Rumänien zu sichern. Würde diese Forderung angenommen, so wäre damit der ganze Sinn des ohnehin schon kaum tragbaren Kompromisses umgeworfen. Deutschland würde sich durch Annahme dieser neuen Forderung jetzt bereits trotz aller seiner Zugeständnisse ausdrücklich dazu verpflichten müssen, der von ihm bekämpften Erweiterung des Rates zuzustimmen.

*

Die neue Situation.

Genf. (Funkspruch.) Der Sonderberichterstatter des WTB. meldet: Angesichts der verschiedenen Projekte, die für eine Lösung der Ratskrise im Verlaufe der letzten Woche aufgetaucht sind, ist vor verfrühtem Optimismus gewarnt worden. Wie berechtigt das war, zeigt auffallend die gestrige Entwicklung. Der bekannte Gedanke, der unter Umständen einen Ausweg aus der Sackgasse hätte eröffnen können, sah einen freiwilligen Verzicht zweier Nationen auf ihre nichtständigen Ratssitze vor, der dann Neuwahlen für diese beiden Sitze gestattet hätte. Dadurch wäre die Entscheidung darüber, ob Polen jetzt in den Rat hineinkommt oder nicht, auf die Abstimmung durch die Vollversammlung des Völkerbundes abgestellt gewesen, entsprechend der deutschen These, wonach durch den Völkerbund und nicht im Wege von Abmachungen verschiedener Großmächte untereinander zu entscheiden sei. Das wesentliche an dem Plan war aber dies, daß Schweden wiedergewählt würde oder ein Land gleicher politischer Selbständigkeit und Zielrichtung wie z. B. Holland an seiner Stelle in den Rat käme.

Die Regelung der ganzen Angelegenheit war eine Sache derjenigen, die sich durch ein Versprechen an Polen die Hände gebunden hatten und wurde dementsprechend nach langen schwierigen Erörterungen innerhalb der Ratsmächte auf dem erwähnten Wege gefunden. Dabei ist nun aber offenbar wegen dem einen Versprechen an Polen, dessen Einlösung die Mächte der ganzen Welt in diese Schwierigkeiten hineinzog, **plötzlich ein neues Versprechen aufgetaucht.** Dieses der Kleinen Entente gegebene Versprechen bezieht sich auf die **Gewährung eines nichtständigen Sitzes im Rat an Rumänien für die ausscheidende Tschechoslowakei.** Es wird nun anscheinend Deutschland angesonnen, sich mit den übrigen Großmächten an einer bindenden Zusage in bezug auf die Wahl Rumäniens für die nächste Session zu beteiligen.

Wie der Sonderberichterstatter des WTB. erfährt, kann von einer solchen deutschen Erklärung, sollte sie in der Tat der deutschen Delegation angesonnen werden, keine Rede sein. **Das oberste Grundprinzip, das die deutsche Delegation seit ihrem Eintreffen in Genf vertritt, geht dahin, daß Deutschland sich bis vor seinem Eintritt in den Völkerbund und in den Rat zugunsten keiner Macht oder Mächtegruppe in seiner künftigen Handlungsfreiheit beschränken lassen kann.** Wenn bisher rein theoretisch deutscherseits auf den Gedanken eines doppelten Revirements innerhalb des Rates in Anlehnung an die schwedische Anregung eingegangen worden ist, so handele es sich dabei ja um keine Erweiterung des Rates und es war zudem die Beibehaltung des gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisses nach erfolgter Neuwahl Voraussetzung. Auch das bedeute schon **für die deutsche öffentliche Meinung eine außerordentliche Belastung** und wird, wie die heutige deutsche Morgenpresse zeigt, als **Ergebnis eines politischen Manövers der Gegenseite und somit als Illoyalität Deutschland gegenüber betrachtet.** Voraussetzung dabei war aber, daß mit einer solchen Lösung das französische Versprechen an Polen, von dem alles Unheil ausging, abgewandt sei. Zu einem gegebenen und voraussichtlich auch eingelösten Versprechen an Polen kommt aber nun heute ein neues Versprechen für die kleine Entente, in bezug auf das der deutschen Regierung zugemutet wird, sich bindend zu verpflichten, bei der nächsten Wahl sich für Rumänien einzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist ein solches Ansinnen geradezu grotesk. Jedenfalls steht fest, daß die deutsche Regierung ebensowenig für Rumänien wie für Polen sich vor Eintritt in den Völkerbund in irgend einer Weise binden kann; das ist von Anfang an sämtlichen in Genf versammelten Mächten bekannt gewesen und der Grundsatz für dieses Verhalten wird zweifellos von einer großen Mehrheit geteilt.

Morgen Mittwoch Vollsitzung.

Genf. (Funkspruch.) Das vom Völkerbundssekretariat herausgegebene Journal gibt bekannt, daß für Mittwoch, vormittag 10 Uhr eine **Vollsitzung der Völkerbundsversammlung zur Entgegennahme des Berichtes der Aufnahmekommission über den Aufnahmeantrag Deutschlands angesetzt ist.** Eine zweite Vollsitzung wird nach demselben Organ wahrscheinlich im Laufe des gleichen Tages abgehalten. Ihre Tagesordnung und ihren Zeitpunkt wird der Präsident der Versammlung am Ende der ersten Sitzung angeben.

Entscheidende Aussprache?

Besprechung der deutschen Delegierten mit Briand und Chamberlain.

)(**Genf.** (Funkspruch.) In Verfolg der Besprechungen, die heute vormittag mit den verschiedenen Besuchern der deutschen Delegation stattgefunden haben, wird heute nachmittag 2½ Uhr eine **Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler dem Reichsaußenminister und Briand und Chamberlain** stattfinden.

Wie der Sonderberichterstatter des WTB. erfährt, handelt es sich dabei um eine **wichtige, vielleicht entscheidende Aussprache.**

Genf. (Funkspruch.) Im Laufe des heutigen Vormittags statteten **der deutschen Delegation verschiedene fremde Delegierte Besuche** ab und zwar der österreichische Bundeskanzler, Dr. Ramek, der belgische Ministerpräsident Vandervelde, der tschechoslowakische Außenminister Benesch, der spanische Außenminister Yanguas und der bulgarische Außenminister Buroff.

*

Churchill gegen die Flaumacherei.

London. (Funkspruch.) Schatzkanzler **Churchill** erklärte in einer Rede, er schließe sich nicht den Flaumachern an, die der Ansicht seien, daß, weil in Genf Erörterungen nicht gerade der besten Art stattfänden, das ganze in Locarno erzielte Werk gefährdet sei.

Hoffnungsvolle Stimmung in britischen Regierungskreisen.

London. (Funkspruch.) Dem politischen Berichterstatter der Westminster Gazette zufolge seien gestern abend in britischen Regierungskreisen hoffnungsvollere Nachrichten aus Genf eingegangen.

St. Gertraud.

17. März.

Morgen, am 17. März, ist der Namenstag der heiligen Gertraud, der Schutzherrin der Kranken und Schwachen, der Wanderer und Reisenden, namentlich aller fahrenden Gesellen. Auch ist sie eine Schutzherrin der Landleute.

Die Legende erzählt, daß diese Heilige, die im siebenten Jahrhundert als Aebtissin des Klosters von Nivelles in Südfrankreich gewirkt hat und im Jahre 659 im Alter von 33 Jahren gestorben ist, dem Landvolk besonders zugetan gewesen sei und durch ihre Gebete das Land von einer großen Mäuseplage befreit habe. Deshalb rufen die Landleute an ihrem Namenstage im Gebet ihre Hilfe an zur Bewahrung der Felder vor Mäusefraß und bringen ihr die ersten Frühlingsblumen als Opfer dar. Nach altem Brauch mußte auch am 17. März das Spinnen aufhören; denn dann begann draußen die Arbeit im Feld und Garten. Demgemäß besagt eine alte Bauernregel, die allerdings wohl nur für vom Wetter besonders begünstigte Gaue unseres Vaterlandes Geltung haben kann:

„Es führt St. Gertraud
die Kuh zum Kraut,
die Biene zum Flug
und die Pferde zum Zug."

In diesem Sinne lebt die heilige Gertrud in der Volksauffassung weiter, die sich unverkennbar auf altgermanischen Ueberlieferungen gründet. Ein Künstler hat alle diese Beziehungen der Schutzherrin zu der Bevölkerung in einem der anmutigsten und sinnfrohesten Standbilder dieser Art dargestellt. In der Reichshauptstadt steht auf der Gertraudtenbrücke im Mittelpunkt der Stadt, ganz in der Nähe des Spittelmarktes, eine Bronzegruppe. Das Ganze ist eine Erinnerung an das dort ehemals außerhalb der Stadtmauern Kölns belegene Gertrauten-Spital und das zugehörige kleine Spittelkirchlein, wonach der Spittelmarkt seinen Namen hat.

Die heilige Gertraud ist im Gewande einer Klosterfrau des Mittelalters dargestellt, ein Kopftuch verhüllt ihr Stirn und Nacken, am Gürtel hängt ihr ein Bund großer Schlüssel, und ihre Züge sind von Anmut und Menschenliebe verklärt. In der Linken hält sie die Spindel als Sinnbild des Frauenfleißes und blickt liebevoll auf den fahrenden Gesellen, dem sie den Willkomm reicht. Von köstlicher Urwüchsigkeit ist der fremde Geselle, der mit seinen zerrissenen Schuhen und ausgefransten Hosen das Urbild des sorglosen, fröhlichen Wanderburschen auf das natürlichste verkörpert. Er hat sich auf das Knie niedergelassen und schlürft durstig den ihm gereichten Labetrunk, die der Heiligen zu Ehren sogenannte „Gertraudtenminne". In der Rechten hält er den ehrfürchtig gezogenen Hut und den knorrigen Wanderstab. Zwischen seinen Beinen bemüht sich mit ausgebreiteten Flügeln eine Gans, die er offenbar erfochten oder gar gestohlen hat, zornig schnatternd davon zu eilen, aber sie kommt nicht weit, da ihr Fuß an dem Stock angebunden ist.

Als Abschluß der schönen Gruppe und als Uebergang zum Denkmalssockel hat der Künstler einen Fries mit munter dahinjagenden und sich überkugelnden Mäusen angeordnet, die sogar zu dem Topf mit Lilien, den Frühlingsblumen der Heiligen, hinaufklettern. Eine Inschrift auf der linken Seite des Sockels feiert die Heilige als Vertilgerin des Ratten- und Mäusegezüchtes sowie als Wohltäterin der Armen, eine andere auf der rechten Seite als Beschützerin und Spenderin der Wanderer und Reisenden.

Bredt.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 16. März 1926.

—* **Wettervorhersage für 17. März.** (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Wechselnd bewölktes Wetter. Keine oder nur unbedeutende Niederschläge. Nachts unbedeutender örtlicher Strahlungsfrost. Tagsüber im Flachland Temperaturen zwischen 5 und 10 Grad Wärme. Schwache Luftbewegung. — Witterungscharakter der nächsten Tage. Anfangs vorwiegend wolkiges Wetter. Nach etwa 36 Stunden wieder Neigung zu Niederschlägen. Temperaturen anhaltend mild.

—* **Daten für den 17. März.** Sonnenaufgang 6,11 Uhr. Sonnenuntergang 6,07 Uhr. Mondaufgang 8,06 Uhr V. Monduntergang 10,28 Uhr N. — 180 n. Chr.: Der römische Kaiser Marc Aurel in Vindobona gest. (geb. 121). 1811: Der Dichter Karl Gutzow in Berlin geb. (gest. 1878). 1813: Friedrich Wilhelm III., Aufruf „An mein Volk". Errichtung der Preußischen Landwehr. 1834: Der Techniker Gottlieb Daimler in Scharndorf geb. (gest. 1900). 1861: Viktor Emanuel II. wird König des geeinigten Italien. 1864: Seesieg der Preußen über die Dänen bei Jasmund. 1917: Zweiter Einbruch der Russen in Ostpreußen, Plünderung Memels.

—* **Vom Wasserstand der Elbe.** Heute mittag wurden am hiesigen Platze 228 über Null gemessen; gestern betrug der Wasserstand bekanntlich 192 Zentimeter über Null. Von den oberen Stationen wird nur noch geringes Ansteigen des Wassers gemeldet.

—* **Ab Donnerstag wieder Dampferfahrten.** Wie uns von der hiesigen Verwaltungsstelle der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft mitgeteilt wird, werden die Dampferfahrten am Donnerstag früh mit der Fahrt 8,30 Uhr ab Riesa nach Dresden wieder aufgenommen.

—* **Kurzarbeiterfürsorge betr.** Im amtlichen Teile vorliegender Tagesblattausgabe erlassen die zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweise eine diesbezügliche Bekanntmachung, die wir besonderer Beachtung empfehlen.

—* **Die Entlassungsfeiern** der Riesaer Volksschulen und der Berufsschule finden kommenden Freitag, den 19. März, statt. Näheres wolle man aus der Einladung der Lehrerschaft im vorliegenden amtlichen Teile ersehen.

—* **Abendblasen.** Der hiesige Missionsposaunenchor beabsichtigt der Einwohnerschaft kommenden Donnerstag, den 18. März (günstige Witterung vorausgesetzt), etwa von ½9 bis ½10 Uhr abends einige Posaunenvorträge (Choräle und Abendlieder) auf dem Platze vor der „Elbterrasse" zu bieten.

—* **Vereinigung vaterländischer Verbände.** Unter dieser Bezeichnung wurde gestern auch in Riesa einer Arbeitsgemeinschaft von Vereinen, die nationale Gesinnung in ihren Kreisen pflegen, die Wege geebnet. Ihr Zweck ist, einige Deutsche Abende im Jahre an vaterländischen Gedenktagen zu veranstalten und die Veranstaltungen der der Gemeinschaft angehörenden Verbände durch gegenseitigen Besuch zu unterstützen. Es sollen aber auch Fragen allgemeiner Art erörtert und deren Lösung zur Stärkung des Nationalbewußtseins herbeigeführt werden. Ausdrücklich muß betont werden, daß die hiesige Arbeitsgemeinschaft regelmäßige Beiträge von den angeschlossenen Vereinen nicht erhebt, wie dies in den seitzusammengeschlossenen und dem Landesverbande angegliederten Ortsgruppen in Dresden, Leipzig, Chemnitz usw. geschieht. Leiter der neuen Vereinigung ist Herr Major a. D. Baarmann, Vorsitzender der Ortsgruppe Riesa vom D.O.B.

—* **Warnung.** Die Dresdner Kriminalpolizei warnt vor einer Holland-American-Bank in Amsterdam, de Ruppstreet 142, die durch auffällige Anzeigen unter einer Chiffre Filiale Rudolf Mosse in Amsterdam Auslandskredite anbietet. Der Firma ist augenscheinlich nur um die Erlangung der Gebühren in Höhe von je 10 Mark zu tun. Vor dem Abschluß einer Geschäftsverbindung mit ihr wird gewarnt.

—* **Eltern- und Werbeabend.** Der Eltern- und Werbeabend, den die Gruppe Riesa des Bundes der Kaufmannsjugend im D. H. V. am vergangenen Sonnabend im Saale der „Elbterrasse" veranstaltete, nahm infolge des überaus guten Besuches einen glänzenden Verlauf. Der Jugendobmann konnte u. a. eine Anzahl Gäste begrüßen. Außer einigen Musik- und Gedichtvorträgen stand im Mittelpunkt des Abends der Vortrag des Sachsengaujugendführers Gonschoreck, Leipzig: „Die Aufgaben des jungen Kaufmannes", in welchem Redner in fesselnder Weise zu Eltern und Lehrlingen sprach. Ganz besonders starken Beifall ernteten die turnerischen Vorführungen. An Hand von wunderschönen Lichtbildern wurde den Anwesenden „Die Südtirolfahrt der Fahrenden Gesellen" gezeigt. Die Vorlesungen und die einzelnen Gesänge erleichterten es dem Zuschauer, sich in die Stimmung des Bildes hineinzuversetzen. Die von der Firma Hugo Munkelt, Riesa, freundlichst zur Verfügung gestellten Büromaschinen interessierten die Erschienenen sehr. Ein begeistert aufgenommenes Schlußwort des Ortsgruppenvorsitzenden beschloß den Abend. Die Gruppe Riesa kann jedenfalls mit dem Verlaufe des Abends sehr zufrieden sein, hat er uns doch eine ziemlich große Anzahl neuer Kaufmannslehrlinge gebracht. Kr.

—* **Film-Vorführungen.** Der Bezirks-Konsum- und Sparverein „Volkswohl" ladet im Inseratenteil zu einer Wiederholung seiner Film-Vorführungen Mittwoch, den 17. März, im Hotel Höpfner und Donnerstag, den 18. März, im Gasthof Gröba ein.

—* **Der Faltbootverein Riesa** zeigt kommenden Sonntag, den 21. März, (s. Inserat) einen hochinteressanten Sportfilm. „Das Kanumädel kam — und siegte!" schrieb die „Meckl. Zeitung" bei der Schweriner Uraufführung des Films vor Jahresfrist und fügte u. a. hinzu: „Eine entzückende Handlung, erstklassige Sportleistungen und glänzende Landschaftsbilder, die an den Film „Wunder des Schneeschuhs" erinnern." — Zur diesjährigen Aufführung in Dresden schrieben die dortigen Tageszeitungen u. a.: „Ein Sportlustspiel, das als erstes Filmwerk den Kanusport ebenso erschöpfend wie unterhaltend behandelt. Solchen Film läßt man sich gefallen! Und Spaß, viel Spaß, das Picknick am Ufer, wenn das Ehestands-Lastkanu ankommt, wenn der unbeholfene Neuling paddelt, ins Wasser fällt. Viel Naturfreude, wenn Berge und Weiten sich dehnen, Teichrosen blühn, Kühe den Bindestrich zum Uferleben abgeben!" „Szenen von köstlichem Humor". „Alle die begeisterten jungen Leute, die erschienen waren, werden diesen Sommer die Elbe unsicher, aber lustig machen."

—* **Der Bezirksverband Mittel-Elbe des Wohltätigkeitsvereins „Sächsische Fechtschule"** (umfassend die Zweigvereine Cossebaude, Coswig, Dresden-Pieschen, Großenhain, Kötzschenbroda, Meißen, Radeburg, Riesa, Weinböhla) hielt am Sonntag in Herrmanns Bahnhofshotel in Radebeul eine Bezirkstagung ab. Diese war sehr stark besucht, was dafür sprach, daß das allgemeine Verlangen besteht, diese Bezirkstagungen wieder aufleben zu lassen. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde Herr Buchbindermeister Fischer-Radeburg, mit dem Vorsitz betraut. In mehrstündigen Beratungen wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Wegen des Wiedererscheinens des Fechtkalenders soll zur Landeshauptversammlung ein Antrag gestellt werden. Die schwierige Finanzfrage für das Kinderheim soll in den Zweigvereinen zur Erörterung kommen, um aus diesen heraus Gelder für die Hauptkasse flüssig zu machen. Hierbei wurde betont, daß es jeder Zweigverein als seine Pflicht betrachten müsse, durch Entsendung von Kindern in das Heim dessen Weitererhaltung zu sichern. Zur Landeshauptversammlung soll der Antrag gestellt werden, daß jeder Zweigverein für das Heim einen jährlichen Mindestbeitrag von 10 Mark zu zahlen hat. Die Verhältnisse im Bautzner Zweigverein wurden besprochen. Sodann gelangte die Fechtschul-Sterbekasse zur Besprechung. Ueber deren Weiterentwicklung konnte ein sehr günstiges Bild gegeben werden. Angeregt wurde, das Eintrittsgeld zur Sterbekasse für über 50 Jahre alte Personen zu erhöhen. Hinsichtlich der angeregten Abtrennung der Sterbekasse vom Hauptverein und ihre Selbständigmachung ging die Meinung sämtlicher Zweigvereinsvertreter dahin, daß diese Abtrennung unbedingt zu unterbleiben hat. Die Zweigvereine sollen dementsprechende Meinungsäußerungen nach Dresden gelangen lassen. Der Jahresbeitrag zum Bezirksverband wurde wieder auf 5 Mark festgesetzt. Die Einrichtung einer Konfirmanden-Aussteuerkasse durch den Landesverein wurde abgelehnt, dagegen es den einzelnen Zweigvereinen überlassen, eine solche Kasse einzurichten, wo die örtlichen Verhältnisse dies begünstigen. Die nächste Bezirksversammlung soll noch vor der Landeshauptversammlung abgehalten werden, und zwar am 25. April in Meißen. An die Zweigvereine im Bezirk, die noch nicht Mitglied des Bezirksverbandes sind, werden Werbeschreiben zum Beitritt ergehen. —g.

—* **Das Werden der Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung Dresden.** Die Ausstellungsleitung hatte für heute vormittag die Vertreter der Dresdner Presse zu einer Vorbesichtigung der im Werden begriffenen Großen Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung eingeladen. Direktor Straßhausen wies in einer Ansprache darauf hin, daß diese Ausstellung die erste nichtindustrielle sein werde. Sie werde aber trotzdem das Beste und Schönste des deutschen Schaffens in einer Spezialausstellung der Oeffentlichkeit zeigen und damit versuchen, den gesunkenen Mut der deutschen Wirtschaft zu heben. Die Ausstellung gliedert sich in vier große Gebiete, den Großen Garten und seinen Gartenanlagen, die industriell-technische Abteilung, die wissenschaftliche Abteilung und die Internationale Kunstausstellung. Ein besonderes Gebiet würden die 6 Sonderschauen darstellen, die in Abständen von etwa einem Monat in den Hallen stattfinden. Den größten Teil der Ausstellung werde der Große Garten mit seinen Anlagen einnehmen. Die industrielle Ausstellung umfasse nur etwa 110 Aussteller. Bereits heute, 5 Wochen vor der Eröffnung, seien die Vorbereitungen soweit gediehen, daß die Verwaltung mit Zuversicht hoffen könne, daß die Ausstellung am 28. April fertig sein werde. Die Internationale Kunstausstellung werde ihre Pforten erst am 12. Juni öffnen, sie aber mit der Gartenbauausstellung gemeinsam am 10. Oktober schließen.

—* **Landespensionsverband Sächsischer Gemeinden.** Die Pensionsanstalt in Dresden teilt uns mit, daß die von ihr im vergangenen Rechnungsjahre durchgeführte Werbung von Mitgliedern auf Grund günstiger Beitrittsbedingungen zu einem vollen Erfolg geführt hat. Es sind folgende Städte mit der früher maßgebenden revidierten Städteordnung dem LPV. beigetreten: Bad Schandau, Borna, Falkenstein i. V., Frankenberg, Freiberg, Hainichen, Marienberg, Meerane, Meißen, Oelsnitz i. V., Pirna, Reichenbach i. V., Riesa, Schwarzenberg, Werdau. Beitrittsverhandlungen schweben zurzeit mit Zwickau und Plauen i. V. Einige Städte stehen dem Verbande noch fern, sie werden aber durch die allgemein vorliegenden ungünstigen finanziellen Verhältnisse noch vor die Entscheidung gestellt werden, den Beitritt nachträglich zu erklären. Der Ausbau der Pensionsgesetze und die Kriegsfolgen bringen den Gemeinden weit größere Lasten als bisher. Die Verbandszugehörigkeit verhindert die plötzlich eintretende Belastung im gemeindlichen Haushaltplan. Durch die Verbandsbeiträge, die sich ungefähr immer gleich bleiben, sind die Verbandsmitglieder vor größeren Schwankungen im Haushaltplan geschützt. Hinzu kommt noch weiter, daß das angesammelte und noch aufzuwertende Verbandsvermögen eine Sicherheit für die Ansprüche der Gemeinden und deren Beamten bietet. Der gegen tausend Mitglieder zählende Landespensionsverband gehört damit zu den führenden gemeindlichen Zweckverbänden Sachsens.

—* **Stürme.** An der gigantischen Orgel der Lüfte sitzt titanenhaft das Schicksal, greift mit unsichtbaren Fingern in die Tasten, spielt in brausenden Akkorden die gewaltige Fuge: „Zerstörung". Zerstörung! Vernichtung! Der Sturm heult über das Land. Unter dem düsteren Grau dahinjagender Wolken treiben haltlos die Vögel. Schaumbedeckt schlagen die trüben Fluten wild aufgeregter Wasserwogen an die Ufer. Auf den Meeren schaukeln die Schiffe wie Nußschalen, reißen sich aus der Verankerung und werden zum Spielball der Wellen. Stürme sind an sich nichts absonderliches. Nur wenn sie mit großer Heftigkeit auftreten, können sie großes Unheil anrichten. Der Monat März hat uns in diesem Jahre derartige Stürme reichlich beschert. Aus allen Teilen der Erde bringt der Draht eine Hiobspost nach der anderen. Fast scheint es, als hätten sich die Naturgewalten gegen die Menschheit verschworen, um ihr zu zeigen, wie ohnmächtig sie ist, trotz all ihrer neuzeitlichen Errungenschaften. Dort, wo der Sturm sein zerstörendes Werk vollbringt, fliegen die Dachziegel von den Dächern, zerspringen die Fensterscheiben, brechen die Bäume und werden entwurzelt. Leichtgebaute Holzhäuser, Lagerschuppen und Gartenlauben stürzen ein und bieten ein Bild furchtbarer Zerstörung. „Hoffnungslos weicht der Mensch der Götter Stärke; müßig sieht er seine Werke und bewundernd untergehn" philosophiert resigniert schon Schiller. „Ein Unglück kommt selten allein" sagt ein altes Sprichwort. Auch der Sturm kommt selten allein. Regen, Schnee und Hagelschloßen sind oft seine treuen Begleiter. Wir haben in den letzten Tagen das verhängnisvolle Unwetter zur Genüge kennen gelernt, der eine mehr und der andere weniger. In manchen Gegenden sind Wolkenbrüche niedergegangen und haben kostbare Werte vernichtet. Schwere Frühlingsgewitter sind mit Blitz und Donner über die Gefilde dahingezogen und haben vereinzelt durch Einschlag Feuer entzündet. Ohnmächtig steht die Technik dem gewaltigen Naturgeschehen gegenüber. Wie dünne Zwirnfäden hat der Sturm die Telegraphendrähte zerrissen, die elektrischen Starkstromleitungen für Licht und Kraft zerstört. Still stehen die Motore, der Mensch schreitet durch die Finsternis, abgeschlossen von der Außenwelt. Denn nicht nur die telephonische Verständigung mit anderen Städten war ihm genommen, auch der Zugverkehr war teilweise infolge der entfesselten Elemente eingestellt worden. Märzstürme, die mit einer derartig lang anhaltenden Heftigkeit auftreten, gehören zu den Seltenheiten. Die Wissenschaft ist bemüht, den Ursprung dieser katastrophalen Wettererscheinung aufzuklären. Wohl ist man sich darüber klar, daß gewaltige Temperaturgegensätze in höheren Luftschichten Stürme hervorrufen. Doch damit ist wenig gesagt. Man sucht die Temperaturunterschiede in der Luft zu ergründen und ist dabei zu der Annahme gekommen, daß die in diesem Jahre besonders stark auftretenden Sonnenflecken der tiefere Grund der gegenwärtigen Witterung sind. Vor allem nimmt man an, daß die häufigen und heftigen Frühlingsgewitter auf die in diesem Jahre schon mit bloßem Auge sichtbaren Sonnenflecken zurückzuführen sind.

—* **Erwerbslosenfürsorge für höher bezahlte Angestellte.** Im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht der Reichsarbeitsminister einige Bescheide, die wir nachstehend wiedergeben: Ueber die Beitragspflicht heißt es: in einem Bescheid vom 30. Januar 1926 (RABl. S. 46): „Ob ein Angestellter mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 2700 Mark nach der Siebenten Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 21. Januar 1926 (RGBl. I S. 96) Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu entrichten hat, hängt davon ab, ob er der Angestelltenversicherungspflicht unterliegt. Die Frage ist zu verneinen, wenn er kraft Gesetzes versicherungsfrei oder auf Antrag von der Versicherung befreit ist. Demnach sind Ihre drei Fragen folgendermaßen zu beantworten: 1. Offiziere, die auf Grund des Versorgungsgesetzes Pension beziehen, fallen dann nicht unter die Siebente Ausführungsverordnung, wenn sie gemäß § 14 des Angestelltenversicherungsgesetzes im Einzelfalle von der Versicherungspflicht befreit worden sind. 2. Lebensversicherte, die von der eigenen Beitragszahlung zur Angestelltenversicherung befreit sind, haben Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu zahlen, da sie nur von der Beitragszahlung, übrigens nur der eigenen, nicht dagegen von der Versicherung als solche befreit sind. 3. Angestellte, die auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes Ruhegeld oder Witwenrente beziehen, sind gemäß § 13 dieses Gesetzes von der Versicherung und damit auch von der Beitragsleistung zur Erwerbslosenfürsorge frei." Ein Bescheid vom 4. Februar 1926 (RABl. S. 47) sagt über die Abführung der Beiträge für diese Angestellten: „Artikel 3 Abs. 1 der Siebenten Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 21. Januar 1926 (RGBl. I S. 96) überträgt die Einziehung der Beiträge der Angestellten mit über 2700 Mark bis zu 6000 Mark Jahresverdienst den Krankenkassen, bei denen die Angestellten für den Fall der Krankheit pflichtversichert wären, wenn ihr Arbeitsverdienst nicht über die Grenze der Krankenversicherungspflicht hinausginge. Solche Krankenkassen sind — abgesehen von der knappschaftlichen Versicherung — lediglich die Krankenkassen nach § 225 der Reichsversicherungsordnung, d. h. die Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen. An Ersatzkassen sind daher Beiträge dieser Angestellten nicht abzuführen. KK.

—WK. **Die Durchführung der Kurzarbeiterfürsorge.** Der Reichsarbeitsminister hat sich der Wohlfahrts-Korrespondenz zufolge in einem besonderen Schreiben an die obersten Landesbehörden eingehend zur Durchführung der Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge geäußert. Danach kommen die neuen Erhöhungen der Erwerbslosenunterstützung, die für alleinstehende und für mehr als 8 Wochen unterstützte Erwerbslose in Kraft gesetzt sind, für die Kurzarbeiterunterstützung nicht in Betracht, weil für die Kurzarbeiter die besonderen sozialen Notstände die zu diesen Unterscheidungen führen, infolge des verbleibenden Kurzlohns nicht in dem Maße wie bei Vollerwerbslosen vorliegen. Die Kurzarbeiterunterstützung selbst ist insoweit nicht zu gewähren, als die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie nicht benötigt wird. Ebenso ergibt sich aus dem Sinne der Verordnung, daß die Kurzarbeiterunterstützung nur dann gewährt werden darf, wenn ein zwingender wirtschaftlicher Grund für die Verkürzung der Arbeitszeit vorliegt. Besteht für einen einzelnen Betrieb ein begründeter Verdacht, daß keine dringende Notwendigkeit für die Verkürzung oder für das Maß der Verkürzung gegeben ist, so ist die Unterstützung zu versagen. Wird die Kurzarbeiterunterstützung unterbrochen, so kann sie erst wieder gewährt werden, nachdem die Wartezeit gemäß § 3 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Febr. 1926 erneut erfüllt ist.

—WK. **Ueberzahlungen von Renten.** Rentenempfänger, bei denen die Gewährung der Versorgungsgebührnisse von der Höhe ihres Einkommens abhängt, z. B. Eltern, Witwen und Waisenbeihilfeempfänger, haben es wiederholt unterlassen, Aenderungen in ihren Einkommensverhältnissen rechtzeitig den Versorgungsbehörden mitzuteilen. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die sich bei den meisten dieser Rentenempfänger bei der Rückzahlung der zu Unrecht erhaltenen Versorgungsgebührnisse ergeben haben, hat der Reichsarbeitsminister jetzt der Wohlfahrts-Korrespondenz zufolge den Fürsorgestellen und Versorgungsbehörden empfohlen, entsprechend zusammenzuarbeiten. Sollten den Fürsorgestellen in Zu-

kunft Tatsachen bekannt werden, die auf eine weitere Gewährung der Rente von Einfluß sein könnten, so ersucht der Reichsarbeitsminister, unverzüglich die Versorgungsbehörden auf diese Tatsachen hinzuweisen. Aufgabe der Versorgungsbehörden wird es dann sein, die Nachprüfung im einzelnen vorzunehmen. Dies gilt auch für die Empfänger einer Elternrente oder Elternbeihilfe, da den Fürsorgestellen die Verhältnisse dieser Rentenempfänger ebenfalls bekannt sein dürften.

—* **Die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe.** In den letzten Tagen haben viele Zeitungen Mitteilungen über das wirtschaftliche Ergebnis der Landwirtschaftsbetriebe des Wirtschaftsministeriums auf Grund des Berichtes des Staatsrechnungshofes zum Rechenschaftsbericht auf das Jahr 1924 gebracht. In diesen Mitteilungen sind zwar die im Bericht des Staatsrechnungshofes enthaltenen Zahlen, soviel hier hat festgestellt werden können, richtig wiedergegeben. Meist sind aber die vom Staatsrechnungshof diesen Zahlen beigefügten Erläuterungen entweder völlig weggelassen oder nur unvollständig mitgeteilt worden. Infolgedessen hat es in der Oeffentlichkeit den Eindruck erweckt, als ob die Staatsgüter in einem Wirtschaftsjahre tatsächlich einen Wirtschaftsverlust von 488 448 RM. erlitten haben. Ueber die Angelegenheit wird zwar noch im Landtage zu verhandeln Gelegenheit sein. Um Irrtümern vorzubeugen, ist aber schon jetzt darauf hinzuweisen, daß es sich erstens um einen Zeitabschnitt handelt, in welchem die Einnahmen nur aus einer Ernte zur Verfügung standen, in dem aber das an Einnahmen arme, aber an Ausgaben, vor allem für die Frühjahrsbestellung reiche Vierteljahr vom 1. April bis 30. Juni zweimal enthalten ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß in dem Verluste 100 850,53 RM. Barablieferungen an die Staatskasse und an den Landeskommandanten für Zwecke der Waisenfürsorge und rund 187 000 RM. laufende und besondere Abschreibungen mit enthalten sind. Hiernach ergibt sich nach Abzug dieser Ausgaben bezw. Abschreibungen für den Zeitraum von fünf Vierteljahren ein Verlust von 166 002,47 RM., wovon auf das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 nur ein Betrag von 48 087,65 RM. entfällt. Einschließlich der Abschreibungen beträgt der Verlust für das Wirtschaftsjahr 1924/1925 176 950,65 RM. oder rund 60 Mark je Hektar.

—* **Beschluß des Gesamtministeriums.** Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 12. d. M. noch beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über die hypothekarische Belastung von familienanwartschaftlichen Grundstücken und Lehngütern zugehen zu lassen.

—* **Von der Leipziger Technischen Messe.** Wie uns das Leipziger Messeamt mitteilt, sind auf dem Ausstellungsgelände der Leipziger Technischen Messe während der Dauer der diesjährigen Frühjahrsmesse insgesamt 290 532 Besucher gezählt worden.

—* **Der Kampf gegen die Sensationspresse.** Der Rat zu Dresden hat die vier schlimmsten Sensationsblätter Dresdens vom Verkauf in den Straßenbahnwartehallen ausgeschlossen. Auch die Reichsbahndirektion Dresden hat sich in diesem Sinne entschieden.

Dahlen. Die Stadtgemeinde Dahlen kaufte unterm 12. März d. J. unter günstigen Bedingungen das etwa 90 Acker große Stadt- und Mühlengrundstück vom Guts- und Mühlenbesitzer Lamm zum Preise von 100 000 Mark. Voraussichtlich wird das Gut verpachtet werden.

* **Freiberg.** Sonntag Nacht brannte das Fabrikgebäude der Freiberger Pappenfabrik Oskar Mollner im Muldentale bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der verursachte Schaden ist beträchtlich, doch durch Versicherung gedeckt. Das gesamte Fertiglager sowie ein bedeutendes Rohmaterialiager und die Betriebseinrichtungen fielen den Flammen zum Opfer. Das anstoßende Wohngebäude konnte gerettet werden. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

* **Dresden.** Festgenommener Betrüger. Ein Techniker Gütlich unterhielt hier in der Christianstraße ein Ingenieurbüro. Er hat von zahlreichen Personen für Patentvermittlung Beträge bis zu 300 Mark entgegengenommen, das Geld indessen ausschließlich in seinem Nutzen verbraucht. Auch einige seiner Geschäftsteilnehmer sind durch Hergabe größerer Summen geschädigt worden. Gütlich wurde festgenommen.

* **Dresden.** Der Beginn der B.U.-Woche fällt mit dem 21. März zusammen mit Frühlingsanfang. Sie werden beide eingeläutet durch die Platzmusiken, die die Kommandantur an diesem Tage um ½12 Uhr auf dem Altmarkt und um ½1 Uhr auf dem Neustädter Markt veranstaltet. Und dann erschließt sich in frühlingsmäßiger Reichhaltigkeit und Wechsel eine Fülle köstlicher Darbietungen. Es ist schwer, das eine oder andere besonders herauszugreifen. Aber sicher ist soviel, daß jeder Geschmack auf seine Rechnung kommt. Ernst und Belehrung wechseln tagaus, tagein mit frohbelebender Freude.

—g. **Dreden.** Eine ungewöhnliche Angelegenheit — so schreibt eine Dresdner Korrespondenz — gelangte bei der Staatsanwaltschaft Dresden zur Anzeige. Wie in vielen Orten, so wird auch in der Gemeinde Brockwitz, Amtshauptmannschaft Meißen, der Posten, bezw. das Amt eines Totenbettmeisters nebenamtlich mit versehen. Bei vorkommenden Todesfällen in vorgenannter Gemeinde, bei Beerdigung etwa am Elbufer angeschwemmter Wasserleichen usw. versah der Ziegeleiarbeiter Otto Eulitz bisher das Amt des Totengräbers, wie der Volksmund diese Tätigkeit kurzerhand bezeichnet. Gelegentlich der letzten Silvesterfeier waren nun betreffender Eulitz und die im traulichen Kreise daran beteiligten Personen auf eine recht törichte Idee gekommen. Unter Führung von Eulitz drangen diese Zechgenossen zur Jahreswende, wo alter Sitte gemäß die Kirchenglocken allerwärts das angebrochene neue Jahr gewissermaßen einläuten, in die Kirche ein, wo dieser Totenbettmeister den Pfarrer markierte und eine fingierte Trauung vornahm. Zu diesem Zweck hatte sich die Ehefrau als der Bräutigam angezogen, während eine andere weibliche Person die Braut darstellte und die übrigen hieran Beteiligten die Trauzeugen usw. machten. Diese unglaubliche, ja direkt geschmacklose Angelegenheit wurde vor mehreren Wochen in einer Brockwitzer Familie während des sogenannten Federnschleißens von einer in jener Silvesternacht dabei mitbeteiligten weiblichen Person geschildert bezw. mit zum Besten gegeben und dann weiter erzählt. So erlangten die zuständigen Behörden und schließlich auch die Staatsanwaltschaft Dresden durch Anzeigeerstattung hiervon Kenntnis. Der unzweifelhaft recht taktlose Totengräber Eulitz wurde nach Bekanntwerden des nächtlichen Vorkommnisses sofort seines Amtes enthoben; er und die übrigen daran beteiligten Personen dürften noch in strafrechtlicher Richtung einen empfindlichen Denkzettel zu gewärtigen haben.

Freital. Annahme eines großen Bauprogramms. In einer außerordentlichen Stadtverordnetensitzung am Freitag abend im Festsaal der Höheren Handelslehranstalt wurde die Wohnungsfrage ausführlich behandelt. Oberregierungsrat Dr. Rusch (Dresden) hielt zunächst einen großzügigen Lichtbildervortrag und behandelte ausführlich das Wohnungselend, die geschichtliche Entwicklung des Wohnungsbauwesens und die Arbeit der Landessiedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim". Interessant ist, daß bis Ende 1924 rund 650 000 Wohnungen seit Kriegsende im Reich erbaut worden sind, in Sachsen etwa 28 000, und dennoch, wenn man nur in Sachsen das Vordringlichste berücksichtigen wollte, noch 40 000 Wohnungen erstellt werden müßten. Stadtrat Baumgarten legte ein Bauprogramm dar und ging von der in Freital herrschenden Wohnungsnot aus. Der Rat bittet die Stadtverordneten um Annahme des Ratsbeschlusses, das Bauprogramm in Gemeinschaft mit der Landessiedlungsgesellschaft durchzuführen. Danach baut die Stadt 38 Wohnungen, 45 die Baugenossenschaften in Dresden und bis zu 20 Wohnungen bleiben Privaten überlassen. Sechs Sechsfamilienhäuser für zusammen 341 000 Mark will die Stadt erbauen. Man rechnet mit einem Mindesteinkommen aus der Mietzinssteuer von 450 000 Mark, 150 000 Mark will man ferner aus der Sparkasse entnehmen und 150 000 Mark will die Landessiedlungsgesellschaft zur Verfügung stellen, so daß zusammen 750 000 Mark herauskommen, wofür 100 Wohnungen erstellt werden sollen. In Zusammenarbeit mit der Landessiedlungsgesellschaft sollen drei Sechsfamilien-Reihenhäuser an der Wehrstraße im Stadtteil Deuben errichtet werden. Die Ratsvorlage wurde gegen fünf Hausbesitzerstimmen angenommen. Besonders bemerkenswert ist noch, daß im Verlauf der Aussprache kommunistische Redner den Hausbesitzern, wie überhaupt den Bürgerlichen, erklärten, daß nach Durchführung der Enteignung der Fürsten die Enteignung der Hausbesitzer drankäme, wozu die Mieterorganisationen schon ihre Mitarbeit erklärt hätten. Mit den Hausbesitzern, die nur ein Fünftel des Volkes ausmachten, würde die KPD. auch noch fertig.

Putzkau. Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen Auto und Radfahrer ereignete sich bei der hiesigen Schule. Der Radfahrer, ein Kaufmann aus Radeberg, fuhr gegen das Auto, erlitt schwere Verletzungen und wurde ins Radeberger Krankenhaus eingeliefert. Das Auto wurde infolge plötzlichen Bremsens gegen einen Baum geschleudert, wodurch das Oberdeck in Trümmer ging. Der Insasse, ein Herr aus Zittau, erlitt schwere innere Verletzungen, während der Führer unversehrt blieb. An der gleichen Stelle haben sich wiederholt ähnliche Unfälle ereignet.

* **Bischofswerda.** Am Sonntag wurde die erneuerte Hauptkirche, zu der im Jahre 1076 der Grundstein gelegt wurde, eingeweiht. Die Weihe nahm Landesbischof Dr. Ihmels vor.

Zittau. Der Streit zwischen Kirche und Kirchenchor, der vor längerer Zeit hier ausbrach, ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Wie Oberbürgermeister Zwingenberger in der letzten Sitzung der Stadtverordneten mitteilte, hat die Kirchenverwaltung beschlossen, auf die Dienste des aus Schülern des Gymnasiums und des Realgymnasiums bestehenden Chores endgültig zu verzichten. Der Rat hat infolgedessen die Absicht, den Kirchenchor in einen weltlichen umzuwandeln, dessen Leistungen bei offiziellen Veranstaltungen den Schulen und der Stadt selbst zugute kommen sollen. Im übrigen habe der Kirchenchor seinen Dienst hauptsächlich aus dem Grunde eingestellt, weil sich seine gesanglichen Leistungen seit dem Weggange des Professors Stöbe immer mehr verringerten, und weil die Leitung des Chores bisher nicht zufriedenstellend geregelt werden konnte.

* **Löbau.** Hohes Lebensalter. Die älteste Einwohnerin Löbaus, Frau Christiane Hummel, konnte gestern ihren 95. Geburtstag feiern. — Ihren 90. Geburtstag beging gestern die in Freital wohnende Witwe Christiane Wilhelmine Wachsmuth aus Gittersee.

* **Leipzig.** Städtischer Häuserbau. Entsprechend dem Beschluß der städtischen Körperschaften wurde in der letzten Gesamtratssitzung beschlossen, als ersten Abschnitt des städtischen Wohnungsbauprogramms für das Jahr 1926 48 Häuser mit 377 Wohnungen und 12 Läden, und zwar in den Ortsteilen Connewitz, Schönefeld, Kleinzschocher und Mockau zu errichten und den hierzu erforderlichen Aufwand in Höhe von 5 243 000 Mark zu genehmigen.

* **Leipzig.** Eine internationale Ausstellung in Leipzig. Die Stadt Leipzig besitzt bekanntlich am Völkerschlachtdenkmal an der Straße des 18. Oktober ein ideales Ausstellungsgelände, dessen umfangreiche Hallen zweimal im Jahre zur Aufnahme der Technischen Messe dienen, die größte Zeit des Jahres aber ungenutzt liegen. Wiederholt haben Wirtschafts-, Handels- und Industrieverbände auf dem Leipziger Ausstellungsgelände Ausstellungen veranstaltet, die von Erfolg gekrönt waren. Eine für weite Kreise bedeutungsvolle Ausstellung beabsichtigt der Sächsische Gastwirtsverband zusammen mit den am Gärungsgewerbe interessierten Zweigen im Jahre 1928 in Leipzig zu veranstalten. Die Vorarbeiten für die „Internationale Ausstellung für das Gärungs- und Gastwirtsgewerbe sind bereits in vollem Gange. Wie wir erfahren, soll das Unternehmen rein wissenschaftlichen Charakter tragen und speziell die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gärungs- und Gastwirtsgewerbe berücksichtigen. Auch die Bedeutung des internationalen Fremdenverkehrs soll auf der Ausstellung besonders zum Ausdruck gebracht werden. In den Kreisen des deutschen Gastwirts- und Gärungsgewerbes bringt man dem Unternehmen das größte Interesse entgegen und der Vorstand des Sächsischen Gastwirtsverbandes ist mit den maßgebenden Stellen in Leipzig bereits in Verhandlung getreten, um die Bereitstellung von Ausstellungshallen zu erwirken. Da die Ausstellung internationalen Charakter tragen soll, hat sich der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Gastwirtsverbandes bereits mit allen Gastwirtsorganisationen des Auslandes in Verbindung gesetzt, um eine Beteiligung des Auslandes sicherzustellen. Verbunden mit dieser Ausstellung sollen der Verbandstag des Gastwirtsverbandes sowie eine Reihe von Tagungen des deutschen Gärungsgewerbes werden; auch die Organisationen des Brauerei-, Brennerei- und Weingewerbes sollen zur Abhaltung von Tagungen im Jahre 1928 in Leipzig veranlaßt werden. Die Ausstellung wird vom Sächsischen Gastwirtsverband finanziert werden. Bei dem regen Interesse, das dem Unternehmen vom In- und Ausland entgegengebracht wird, kann schon jetzt gesagt werden, daß die Ausstellung 1928 in Leipzig die bisher größte Schau auf diesem Wirtschaftsgebiete zu werden verspricht.

Leipzig. Durch eine etwa 20 Meter hohe umstürzende Schiebeleiter eines Leipziger Fenster-Reinigungsinstituts wurde in der Elisenstraße ein Angestellter des Instituts schwer verletzt. Der Angestellte befand sich auf der Leiter, als diese durch einen Windstoß umfiel und im Fallen das Dach eines benachbarten Schuppens traf, das völlig durchschlagen wurde. — Die beiden Räuber, die den Beamten nachts im Rosenthal überfallen und ihm seiner goldenen Uhr beraubt hatten, sind ermittelt. Beide sind vorbestraft. Sie wurden der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Leipzig. Zu der von uns gestern gemeldeten schweren Gasexplosion in Gohlis gibt der Polizeibericht folgende Darstellung: Am 14. März vormittags ½7 Uhr ereignete sich im Grundstück Menckestraße 48 eine Gasexplosion. Der Inhaber der Wohnung, ein Kassenbote, Schwerkriegsbeschädigter, hatte in der Küche durch Gasvergiftung seinem Leben ein Ende gesetzt. Als um die angegebene Zeit sein 18jähriger Sohn die Küchentür öffnete, um nach dem Vater zu sehen, erfolgte eine starke Explosion, offenbar veranlaßt durch noch vorhandene glühende Kohlen im Ofen und den durch das Oeffnen der Tür entstandenen Luftzug. Die Explosion war ziemlich stark. Es wurden nicht nur eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert und eine Türfüllung in der Stubentür herausgedrückt, sondern die Türgewände wurden sogar im Mauerwerk gelockert. Der Knabe trug solche schwere Brandwunden davon, daß er sofort nach dem Krankenhause St. Georg gebracht werden mußte. Sein Vater war bereits an Gasvergiftung gestorben. Es wurde festgestellt, daß der Wohnungsinhaber bis um ½12 Uhr nachts sich in seiner Wohnung aufgehalten hat und, weil es ihm nicht wohl war, diese, um an die Luft zu gehen, verlassen hat. Etwa 2 Uhr nachts kehrte er zurück, um, wie er seiner Frau sagte, die inzwischen schlafen gegangen war, noch ein Pfeifchen zu rauchen, begab er sich in die Küche. Die nach der Explosion eingetroffenen Beamten stellten fest, daß in der Küche ein Gasstopfen aus der Gasleitung herausgeschraubt war. Der Stopfen, den man auf dem Küchenfenster fand, wies Spuren auf, die ergaben, daß der Stopfen mit einer Kneifzange, also unsachgemäß, herausgeschraubt war. Die mutmaßlich dazu benutzte Zange fand man auf dem Küchentische. Sie war von dem Kassenboten kurz nach seiner Rückkehr aus der Kammer aus einem Werkzeugkasten geholt worden, wie die Kinder mit Bestimmtheit annehmen, die ihren Vater in die Kammer kommen und den Werkzeugkasten vorziehen hörten.

—sk. **St. Egidien.** (Elternratswahl.) Die von der Elternschaft im Laufe des vorigen Jahres beschlossene Bildung eines Elternrates war nicht zur Ausführung gekommen, sondern auf den Anfang des neuen Schuljahres 1926 verschoben worden. Plötzlich setzte der Schulleiter diesen Wahltermin noch auf das alte Schuljahr fest und zwar auf Sonntag den 14. März. Die Wähler erklärten sich damit einverstanden unter der Bedingung, daß die Eltern, deren Kinder in diesen Tagen die Schule verlassen, aus der Wählerliste gestrichen würden, dafür aber aufgenommen diejenigen Eltern, deren Kinder mit dem neuen Schuljahr in das Schulleben eintreten. Das Ergebnis der Wahl stellt einen großen Sieg für die christliche Liste dar. Die Wahlbeteiligung war sehr lebhaft, indem von 343 Wahlberechtigten 250 ihr Wahlrecht ausübten (73 Prozent). Auf die christliche Liste entfielen 228 Stimmen, auf die weltliche nur 22, so daß von den 9 Elternratsmitgliedern 8 der christlichen Seite und einer der weltlichen Seite angehören.

* **Annaberg.** Dank des ausgezeichneten Geländes am Pöhlberg konnte die Segelfliegerei ausgiebig geübt werden, was zur Gründung einer Segelflugschule führte. Aber auch auf dem Gebiete des Motorflugsportes will sich der Annaberger Verein hervortun; so veranstaltet er mit Unterstützung von sechs Chemnitzer und Plauener Piloten am 9. Mai ein Schaufliegen, das mit Fallschirmabstürzen umrahmt wird.

Meerane. Seltsamer Zufall. Am vorigen Sonntag verstarb plötzlich, wie schon gemeldet, während des Gottesdienstes in Lastau bei Colditz der dortige Pfarrer Butheitel am Herzschlag. Vor kurzem verschied auch in Hautenkranz i. E. plötzlich während des Gottesdienstes der dort amtierende Pfarrer Rolle. Das seltsame bei beiden Todesfällen ist nun, daß die zwei so plötzlich im Gotteshause aus dem Leben geschiedenen Geistlichen geborene Meeraner sind. Pfarrer Butheitel war der Sohn des Besitzers des damaligen Hotels „Kaiserhof" und Pfarrer Rolle der Sohn eines früher hier angestellten Oberlehrers.

Burgstädt. Jubiläum beim Burgstädter Anzeiger und Tageblatt. Die Buchdruckerei Reinhold Schmidt, früher C. A. Tetzner und Sohn, in deren Verlag der „Burgstädter Anzeiger" erscheint, konnte am Montag auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Mannigfache Glückwünsche und Ehrungen wurden der Firma zuteil.

* **Lugau.** Schlagwetterexplosion. Am Sonntag entstand, wie die Chemnitzer Volksstimme meldet, im Kaiserschachte eine Schlagwetterexplosion, durch die drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Die genaue Ursache des Unglückes steht noch nicht fest. Es wird angenommen, daß die Explosion durch das Feuerschlagen eines Ventilators verursacht wurde.

•

* **Reichenberg.** Eine Schwebebahn auf den Jeschken. Das Projekt einer Schwebebahn auf den 1010 Meter hohen Berg bei Reichenberg, den höchsten Berg des Lausitzer Gebirges, soll überraschend schnell seiner Verwirklichung zugeführt werden. In einer dieswöchentlichen Konferenz der Vertreter des tschechischen und deutschen Touristenverbandes kam man überein, daß der Jeschken vom tschechischen Bodenamte erst im Jahre 1929 übernommen wird, bis dahin in Pacht des Deutschen Gebirgsvereins bleibt, der Investitionen in Höhe von 2 Millionen Kr. vornehmen wird, während ein Kuratorium, das zu gleichen Teilen aus Tschechen und Deutschen besteht, die Geschäftsgebarung überwacht. Die Bedienung wird durchweg beider Landessprachen mächtig sein. Das Projekt der Schwebebahn wird noch in diesem Jahre Wirklichkeit annehmen und die Bahn soll spätestens zu Weihnachten in Betrieb genommen werden.

Die Mißtrauensanträge gegen Dr. Külz.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichstag nimmt am Mittwoch seine Vollsitzungen wieder auf und setzt die 2. Lesung des Haushaltplanes des Reichsministeriums des Innern fort. Am Donnerstag soll die Abstimmung über die gegen den Reichsinnenminister Dr. Külz vorliegenden Mißtrauensanträge erfolgen.

Das deutschnationale Mißtrauensvotum weist die übliche Fassung auf und sagt nur: „Der Reichsminister des Innern Dr. Külz besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags".

Das kommunistische Mißtrauensvotum lautet folgendermaßen: „Der Reichstag spricht dem Reichsminister des Innern Dr. Külz sein Mißtrauen aus, da er jede Maßnahme zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion unterläßt und dadurch ihre Bestrebungen fördert, andererseits alle von Schwerkapital und Großagrariern gegen die Arbeiterschaft geforderten Polizeimaßnahmen unterstützt und durchführt".

„Von Versailles nach Genf."

Reichswehrminister Geßler über Innen- und Außenpolitik.

* **Bremen.** In einer von der Deutschdemokratischen Partei Bremens einberufenen Versammlung sprach am Montag abend Reichswehrminister Dr. Geßler über das Thema „Von Versailles nach Genf". Der Reichsminister gab in kurzen Zügen einen Ueberblick über die deutsche Politik seit den Tagen des Umsturzes bis zur heutigen Tagung in Genf. Er führte u. a. aus, daß sich dieser Abschnitt der Geschichte als ein Kampf des deutschen Volkes um Recht und Freiheit darstelle. Die Wirkungen des Versailler Vertrages gingen jetzt nicht ungestraft an dem Leben der Siegerstaaten vorüber. Ueberall sehe man wirtschaftliche und politische Krisen, überall Unruhe, Zerstörung statt Wiederaufbau der Wirtschaft und Kultur. Er vertrete die Auffassung, daß diese Gründe einen Teil der Schuld für die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse trügen. Gewisse Konstruktionsfehler liegen in der Verfassung vor. Ein System, bei dem die Minister auf tägliche Kündigung stünden, könne die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht meistern. Bei dem Wege von Versailles bis Genf handele es sich nicht darum, ob uns der Weg passe, sondern ob es einen anderen Weg gäbe. Es gebe keinen anderen Weg als den beschrittenen. Auf der großen Linie der Außenpolitik müsse sich das ganze Volk zusammenfinden. In Genf habe es sich herausgestellt, daß anderen Völkern Versprechungen gemacht worden seien, das hätte man uns vorher sagen müssen. Das wäre dann ein fair play gewesen. In politische Intrigen werde die deutsche Delegation sich nicht hineinziehen lassen. Sie werde fest bleiben. Zum Schluß betonte der Reichswehrminister, so lange das europäische Problem nicht gelöst sei, stehe alles, was wir aufgebaut hätten, auf Sand. Innen- und außenpolitisch müsse die Einheit erhalten werden, dann würden wir die Freiheit erlangen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Bezirks-Konsum- u. Sparverein „Volkswohl" e. G. m. b. H. Riesa

Für den Verteilungsstellen-Bezirk Alt-Riesa findet

Mittwoch, den 17. März 1926

abends punkt 8 Uhr nur für Erwachsene

im Hotel Höpfner, Riesa

und

für den Verteilungsstellen-Bezirk Stadtteil Gröba

Donnerstag, den 18. März 1926

abends punkt 8 Uhr nur für Erwachsene

im Gasthof Große
im Stadtteil Gröba

eine Wiederholung der

Film-Vorführungen

statt. **Saal gut geheizt. Eintritt frei.**

Mitglieder, deren Angehörige und Verwandte, sowie alle Gönner der Genossenschaftsbewegung, die in der erstmaligen Vorführung keinen Platz finden konnten oder durch Nachtschicht verhindert waren, werden hiermit herzlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

DAS RECHTE, STETS WILLKOMMENE
KONFIRMATIONS-GESCHENK
VON BLEIBENDEM WERT IST EINE

Alpina UHR

Allein-Verkauf der Alpina-Uhren

A. Herkner
Inh.: Johannes Kühnert
Wettinerstr. 6

R. Richters kaufmänn. Separat-Tanzkursus

beginnt

Mittwoch, 7. April (Damen 7 Uhr, Herren 8½ Uhr) **Hotel Wettiner Hof.**

Weitere Anmeldungen in meiner Wohnung. Albertplatz 6, erbeten.

Rob. Richter, Lehrer der höh. Tanzkunst.

Café Central.

Mittwoch nachmittag 4—6 Uhr

Kaffeestunden mit dem so beliebten **Künstlerkonzert.**

Erstkl. Konditoreiwaren.
Vanille- und Frucht-Eis. Fürst Pückler.
7 Uhr das bekannte Abend-Künstler-Konzert.
Um gütigen Zuspruch bittet **W. Franke.**

Gasthof Seerhausen.

Sonntag, den 21. März

Karpfenschmaus.

Stadt Hamburg.

Morgen Mittwoch Schlachtfest. Früh ab 8 Uhr Wellfleisch, später frische Wurst und Gallertschüsseln.

Kurt Kern, Elbstr. 2.

Wäsche wird geflickt
Goethestraße 78, 1.

Agenten

sucht f. erstkl. Jalousien, Gardinenspanner etc.
Grüßner & Co., Neurode Eule
Leistungsfähige Fabrik.

Junger Mann

(17 Jhr.), der mit Pferden umgehen kann, sucht sofort od. spät. Stellung als **Hausbursche** oder dergl. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Chauffeur

Autoschlosser, 21 Jahr, gewandter Fahrer, sucht **Stellung.** Gute Zeugnisse vorhand. Offert. unt. W 3597 a. d. Tagebl. Riesa.

Ja., strebs. Mann, led., sucht Stellung als

Chauffeur

(Anfänger), Führersch. 1, 2 u. 3b, in Werkst. tätig, mit Rep. vertraut. Werte Offert. erb. unter U 3595 an das Tageblatt Riesa.

Mitteljähriges

Arbeitspferd

verkauft Reuthen Nr. 17.

---

2 Zickchen

zu verk. Seerhausen 14.

Gebrauchte kleine

Polster-Plüsch-Garnitur

zu kaufen gesucht. Angeb. u. X 3598a a. d. Tabl. Riesa

Kinderwagen
Waschmaschine (System Krauß) billig zu verkauf.
Schloßstr. 32, pt. l.

Ein guter

Kutschwagen

geeignet für Fleischerei, und ein sehr gutes

Marken-Fahrrad

stehen zum Verkauf
Merschwitz a. E. Nr. 5
a. d. Fähre.

---

1 gebr. Herren- und Damenrad

billig zu verkaufen
L. Winkler, Fahrradhandlung, **Hauptstr. 83.**

Cutaway und 1 Paar **hohe Schuhe** gut erhaltene Gr. 43, preiswert zu verk. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Frisch eingetroffenen

Weißkalk

empfiehlt ungelöscht
Hahnemann, Mergendorf

Prima Heu

in 10-Pfd.-Gebunden ab Lager.
P. Fritz Rühle
Elbstraße.

Stiefmütterchen
Vergißmeinnicht
Tausendschön
Salatpflanzen sowie
Sämereien jed. Art empf.
Paul Görler, Pausitz.

Feine

Fischmarinaden

jetzt billig!
Hering in Gelee
Rollmops
Bratheering
Sardinen
ca. 2-Pfd.-Dose nur 80 Pf.
H. Modler, Schulstr. 3.

Donnerstag, d. 18. März abends 8 Uhr
Ausschußsitzung
bei Kamerad Schröter, Restaurant Gambrinus.

Die heutige Nr. umfaßt 12 Seiten.

Leeres Zimmer zu verm. Gröba, Oschatzer Str. 55, 2., r.

2000 Mk.

als 1. Hypothek auf Landgrundstück mit Geschäft gesucht. Werte Offert. unt V 3596a a. d. Tagebl. Riesa.

Für 15. April oder 1. Mai zuverlässiges

Hausmädchen

nicht unt. 18 Jahren, mit etwas Kochkenntn. gesucht.
Frau Helbig, Rittergut Mautitz bei Riesa.

Suche für sofort oder 1. April ehrliches, sauberes und fleißiges

Hausmädchen

nicht unter 17 Jahren.
Harz
Rittergut Boberfen.

Ehrliches, fleißiges

Hausmädchen

zum 1. 4. gesucht.
M. Schröder,
Brauerei-Restaurant Röderau.

Zur Konfirmation

WMF

Bestecke

Ersatz für echtes Silber
Garantie für die Silber-Auflage

Verkaufsstelle:

B. Költzsch
Wettinerstr. 37
Katalog kostenlos

Schaufensterdekorationen

elegant und zugkräftig
Eugen Bauer, Leipzig
Brüderstraße 8, II. r.
Im Abonnement zu mäßigen Preisen.

Café Reichskanzler.

Morgen Mittwoch nachmittag von 4—6 Uhr in den festlich dekorierten Räumen **vornehmes**

Kaffee-Konzert.

Reichhaltiges Konditoreibüfett.
Abends 8 Uhr stimmungsvoll. **Künstlerkonzert.**
Um gütigen Besuch bittet **Wold. Birke.**

Parkschlößchen.

Morg. Mittwoch Schweineschlachten.
Ergebenst ladet ein **Herm. Vogel.**

Makulatur

in kleinen und großen Mengen verkauft

Tageblatt-Druckerei
— RIESA —
Goethestraße 59.

Bei Bedarf wenden Sie sich an

Langer & Winterlich
Drucksachen für Werbezwecke, Verwaltung, Organisation
Schnelle Lieferung — Preiswerte Bedienung — Moderne Ausführung

Riesa - Goethestr. 59

Fernruf 20

Baugenossenschaft

des Personals der Reichseisenbahnen zu Riesa eingetragene Genossenschaft m. b. H.

Die diesjährige **(16.) ordentliche Hauptversammlung** findet **Mittwoch, den 24. März 1926** abends 8 Uhr im Restaurant **Schlachthof** in Riesa statt. Es haben nur Genossenschaftsmitglieder Zutritt, am 31. Dezember 1925 Ausgeschiedene nicht. Anträge sind schriftlich bis zum 21. 1926 an den Vorstand einzureichen. Die Bilanz liegt im Geschäftszimmer aus.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Genehmigung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, 3. Verteilung des Reingewinnes, 4. Entlastung des Vorstandes, 5. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern, 6. Festsetzung des Gesamtbetrages einer aufzunehmenden Anleihe, 7. Genehmigung der allgemeinen Bedingungen für Vermietung von Wohnungen, 8. Anträge.

Riesa, am 16. März 1926.

Der Aufsichtsrat.
Lange. Weinhold.

Auch wir wollen

beitragen zur körperlichen Ertüchtigung unseres Volkes.
Wir zeigen im Film am **Sonntag, 21. März,** 10—12 Uhr vorm., im **Lichtspielhaus U. T., Riesa**

Puddeln, Rudern, Rettungsschwimmen usw.

Eintritt für Erwachsene 1.— M. inkl. Steuer.
— Schüler die Hälfte. —
Karten durch unsere Mitglieder und an der Kasse.

Faltboot-Verein Riesa.

(Siehe auch unter Oertliches u. Sächsisches.)

Jagd-Verpachtung.

Die Jagd der Jagdgenossenschaft Leutewitz, ca. 366 ha groß, soll

Donnerstag, 25. März, nachm. 5 Uhr
im Gasthof zu Leutewitz

öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Leutewitz, 11. März 1926.

Der Jagdvorstand.

Gute Speisekartoffeln

weiße und gelbfleischige, empfiehlt billig zentnerweise und liefert frei Haus

H. Grühle, Bismarckstr. 35a, Tel. 652.

Alle Maurer- und Zimmer-Arbeiten

Abputzen und Abweißen von Gebäuden, sowie Stubenmalerei führt sauber und preiswert aus

Emil Helm, Baugewerke
Altdirschstein.

Café Promenade.

Heute Dienstag, morgen Mittwoch und folgende Tage

das beliebte **Künstlerkonzert.**

Vereinsnachrichten

Ruderverein Riesa e. V. Mittwoch ½2 Uhr Ehrengeleit für unseren verst. Sportskameraden Rudolf Rödiger von der Friedhofshalle aus.

Hockey. Donnerstag abend 8 Uhr wichtige Versammlung der gef. Abteilung im Café Barth.

Funkvereinigung Riesa. 18. 3., 8 Uhr in der Pestalozzischule 8. Reihenvortrag: Empfänger- und Verstärkerröhren. Herr Ing. Lange.
Sonnabend, den 20. 3. 8,15 im Deutsch. Haus, gemütl. Beisammensein am Lautsprecher anläßl. des zweij. Bestehens des Vereins.

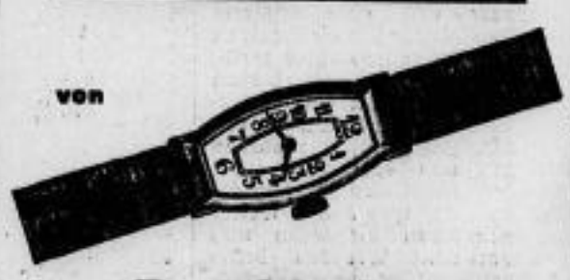
Jungstahlhelm. Donnerstag abend Elbterrasse.

Zur Konfirmation

erzieht zur Pünktlichkeit und ist ein bleibendes Geschenk eine moderne zuverlässige

ARMBANDUHR

von



B. KÖLTZSCH
Wettinerstraße 37, Ecke Rosenplatz

Gestern verschied plötzlich und unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit im Krankenhaus zu Riesa unsere liebe gute Tochter und Schwester

Erna

im blühenden Alter von 12 Jahren.

Im tiefsten Schmerz
Familie Paul Lehmann nebst Hinterbliebenen.
Riesa-Weida, Langestr. 11.

Beerdigung findet Donnerstag nachmittag ½2 Uhr von der Friedhofshalle in Weida aus statt.

Der bevorstehende Volksentscheid.

Nachdem nunmehr die Eintragungen in die Listen des Volksbegehrens, wie zu erwarten war, die notwendige Zahl von 4 Millionen überschritten haben, ist der Volksentscheid nicht mehr aufzuhalten. Was auch geschehen mag, der Volksentscheid muß nun, weil 4 Millionen Deutsche es so verlangen, in Szene gesetzt werden. Auch darin zeigt sich wiederum die Unzulänglichkeit der Verfassungsparagraphen, denn wenn es es soweit ist, wird wahrscheinlich längst eine andere Entscheidung gefallen sein. Der Rechtsausschuß des Reichstages wird in den nächsten Tagen mit den Beratungen über das neue Kompromiß der Regierungsparteien über Einsetzung eines Sondergerichtes beginnen. Sicherem Vernehmen nach sind auch die Sozialdemokraten jetzt zu der Einsicht gekommen, daß der Volksentscheid nicht zu dem gewünschten Resultat führen kann. Denn höchstenfalls kann man mit einer Vermehrung derjenigen Stimmen, die beim Volksbegehren abgegeben worden sind, um eine oder zwei Millionen beim Volksentscheid rechnen. So steht zu erwarten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich entschließen wird, dem in ihren Augen kleineren Uebel von zwei großen den Vorzug zu geben, denn schließlich erscheint auch den Sozialdemokraten das Sondergericht günstiger zu sein, als ein durchgefallener Volksentscheid. Ob freilich selbst dann der Gesetzentwurf über das Sondergericht, welches die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürsten in die Hand nehmen soll, im Reichstag die notwendige Zweidrittelmehrheit finden wird, muß noch dahingestellt bleiben. Sollte dies aber eintreffen, so muß auch dann der Volksentscheid stattfinden, wenn er auch kaum mehr als eine rein kommunistische Aktion darstellen dürfte. Das einzige Mittel, ihn zu verhindern, ist wieder einmal nicht der gesunde Menschenverstand, der ihn als unsinnig abtut, sondern dieses Mittel wäre einzig und allein der Umstand, wenn der Reichstag das Gesetz über die entschädigungslose Enteignung annehmen würde. Es wird also das Unmögliche geschehen können, daß gegebenenfalls der Kompromißentwurf längst angenommen ist, wenn es zum Volksentscheid kommt.

Die Londoner Arbeitskonferenz.

)(London. Bei der gestrigen Eröffnungssitzung der Arbeitszeitkonferenz, bei welcher nach der Begrüßungsansprache Baldwins die einzelnen Delegationsführer das Wort ergriffen, führte

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

u. a. aus das deutsche Volk sei aufs tiefste durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das materielle und geistige Wohl der Völker Europas nur wiederhergestellt werden könne, wenn in toleranter und friedfertiger Gesinnung gemeinsam für den Frieden Europas angestrengt gearbeitet werde. Die Verwirklichung dieses Zieles sei zunächst auf politischem Gebiet versucht worden. Alle wünschten, daß diese Bemühungen trotz der ungeheuren Schwierigkeiten zu einem glücklichen Abschluß gelangen werden, aber aus dem bisherigen Verlauf der Dinge habe man doch die Erkenntnis gewonnen, daß eine friedliche Zusammenarbeit Europas nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Boden gesucht werden müsse. Diesem Zwecke solle die gegenwärtige Konferenz dienen. Er sei überzeugt, daß alle hier vertretenen Nationen von dem Willen beseelt sind, diesen Beratungen zum Erfolge zu verhelfen und damit auf dem Wege zum Ziel einen beträchtlichen Fortschritt zustandezubringen.

Hierauf ergriff der

englische Arbeitsminister Steel Maitland

das Wort zu längeren Ausführungen. Er erklärte u. a., angesichts der Schwierigkeiten, welche die zu erörternde Frage biete, erscheine es angezeigt, zunächst darüber Klarheit herbeizuführen, ob die vier oder fünf hauptsächlich interessierten Länder untereinander zu einer Einigung gelangen könnten. Aus diesem Grunde seien die Einladungen zu der Konferenz nur an diejenigen Staaten ergangen, welche die Angelegenheit bereits vor 1½ Jahren in Bern erörtert hatten, sowie an Italien, das mit Rücksicht auf seine bedingte Ratifizierung des Washingtoner Achtstundenabkommens an den Verhandlungen besonders interessiert sei. Wenn die vertretenen fünf Mächte sich einigen könnten, werde es an der Zeit sein, andere Mächte zur Mitarbeit aufzufordern. Die jetzige Konferenz sei nur als Unterstützung und in keiner Weise als Ersatz der internationalen Arbeitsorganisation gedacht. Ueber die Art und Weise, wie er die Aufgaben der Konferenz auffasse, erklärte Steel Maitland ferner, die britischen Delegierten in Washington hätten seinerzeit für das Abkommen gestimmt, jedoch hatten sich bei den Bemühungen um Herbeiführung der Ratifikation das Vorhandensein sehr ernster Schwierigkeiten infolge der Auslegungsmöglichkeiten gewisser Artikel ergeben. Daraus habe sich die sonderbare Lage ergeben, daß England „das Land, das an günstiger Gestaltung der Arbeitszeit für seine Arbeiter keinem anderen Lande nachsteht", nicht in der Lage gewesen sei, das Arbeitszeitabkommen zu ratifizieren. Der vorbereitende Meinungsaustausch zwischen den auf der jetzigen Konferenz vertretenen Regierungen habe beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung einiger der wichtigsten Artikel des Abkommens hervortreten lassen, und er halte es deshalb für erwünscht, diese Punkte genau ins Auge zu fassen und eine Verständigung über die eigentliche Bedeutung des Textes herbeizuführen. Das Recht zur bindenden Auslegung stehe selbstverständlich allein dem Internationalen Gerichtshof zu, aber es liege auf der Hand, daß eine Ratifizierung kaum möglich sei, wenn es nicht gelinge, auf dieser Konferenz sich über wesentliche Fragen zu verständigen und die Grundlagen für gegenseitiges Vertrauen zu legen.

Steel Maitland erklärte zum Schluß, nach Ueberwindung der Auslegungsschwierigkeiten werde es eine Aufgabe von besonderem Interesse sein, in diesem neuen Licht die jetzige Gesetzgebung und Praxis der verschiedenen in Betracht kommenden Staaten als Anschauungsmaterial für die Tragweite der Ratifizierung des Abkommens zu prüfen.

*

Zur Arbeitszeitfrage in Deutschland.

)(London. In der Londoner Konferenz für die Regelung der Arbeitszeit führte der deutsche **Reichsarbeitsminister Brauns** über die Entwicklung und den Stand der Arbeitszeitfrage in Deutschland weiter aus: Nach dem Kriege war der uneingeschränkte Achtstundentag bis Ende 1923 in Geltung. Schon im Jahre 1922 hatte die deutsche Regierung einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet. Durch den völligen Ruin der Währung und den Zusammenbruch der Ernährung und Wirtschaft im Jahre 1923 mußte, um das Wirtschaftsleben einigermaßen in Fluß zu bringen, leider auch unter großen Opfern für die Sozialpolitik die noch heute in Geltung befindliche **Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember 1923 erlassen werden. Die deutsche Regierung erblickt in dieser Verordnung nur eine Notgesetzgebung, die sie sobald wie möglich wieder abzuschaffen bestrebt ist.** Ueber die unter diesem Gesetz tatsächlich übliche Arbeitszeit in Deutschland herrschen im Auslande falsche Vorstellungen. Vor mir liegt eine neue amtliche Statistik, die von der Reichsarbeitsverwaltung aufgestellt worden ist. Der Statistik unterliegen 7000 Tarifverträge, von denen 785 945 Betriebe mit rund 11,9 Millionen Arbeitnehmern erfaßt werden. 6506 von diesen Tarifverträgen, die rund 10,9 Millionen Arbeiter, also über 90 Prozent der Verträge, erfassen, enthalten Angaben über die Arbeitszeit. Von diesen 10,9 Millionen Arbeitnehmern hatten 1 205 037 eine regelmäßige Arbeitszeit von weniger als 48 Stunden pro Woche.

Die **regelmäßige Wochenarbeitszeit** von 48 Stunden hatten 8 432 421 Arbeitnehmer. Eine Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden hatten nur 1 190 635 Arbeiter, also nur ein Zehntel der von der Statistik erfaßten Arbeitnehmerschaft. An diesem Zehntel haben den größten Anteil die landwirtschaftlichen Betriebe. Erst in weitem Abstande dahinter kommt die Metallindustrie. Die Tarifverträge lassen naturgemäß Ueberstunden zu, die ja auch nach dem Washingtoner Abkommen grundsätzlich gestattet sind. Aus diesem Bilde ergibt sich, daß **die Rückkehr zu einem Normalarbeitstag von acht Stunden für Deutschland keineswegs eine Unmöglichkeit darstellt.** Infolgedessen ist die deutsche Regierung insbesondere seit der Besprechung mit vier der auch hier vertretenen Staaten in Bern unausgesetzt an der Arbeit gewesen, um ein neues Arbeitszeitgesetz zu entwerfen, das wieder zu dem Normalarbeitstag von acht Stunden zurückkehrt. Ein neuer Gesetzentwurf wird noch im Sommer dem Reichskabinett zugehen. Er ist so gestaltet, daß auf seiner Grundlage die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland erfolgen kann. Wir wollen jedoch auch dann das Gesetz ergehen lassen, wenn, was wir nicht wünschen, aus irgend welchen Gründen eine Ratifizierung des Abkommens durch die westeuropäischen Staaten nicht gleichzeitig erfolgen sollte.

Der Freiheitlich-nationale Gewerkschaftskongreß

fand in Berlin am Montag seinen Abschluß. In einer Begrüßungsansprache feierte der **Reichsinnenminister Dr. Külz** die Verantwortlichkeit der Gewerkschaft vor Staat und Volk und bezeichnete eine so verantwortungsbewußt geführte Gewerkschaft als Bundesgenossen der Regierung.

Der Kongreß wurde außerdem durch die demokratische Reichstagsfraktion, die Reichstagsfraktion des Zentrums und die der Deutschen Volkspartei begrüßt.

Dann nahm die Versammlung ein Referat von Prof. **Dr. Bonn** über **„Die Nöte des Kapitalismus"** entgegen, das darin gipfelte, daß der Kapitalismus nur existieren könne, wenn er die Masse am Besitz zu interessieren versteht. Notwendig seien heute niedrige Preise bei hohen Löhnen, durch die ein kaufkräftiger Markt geschaffen und somit die Wirtschaft aus der Krise herausgeführt würde. Das sei auch der Grundgedanke des Erfolges der amerikanischen Wirtschaft. Internationale Kartelle seien abzulehnen, weil sie ebenso wie die nationalen Kartelle preissteigernd wirkten. Dagegen könnte eine internationale Konvention über die Beseitigung des Prämienwesens begrüßt werden, jenes Prämienwesens, das sich in England in Kohlenprämien, in Frankreich und Belgien in Valutaprämien und in Deutschland in Exportprämien äußere und das, ein Widerspruch in sich, jeweils die eigenen Konsumenten belaste und dadurch niemandem zugute kommen könne.

Der Führer der Bodenreformer, **Dr. A. Damaschke**, sprach über **„Bodenrecht und Arbeitsrecht"**. Er legte der Versammlung eine Entschließung vor, die einstimmig angenommen wurde und in der es u. a. heißt: Der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände fordert Regierung und Volksvertreter auf, die Reichsverfassung auch dadurch in unserem Volke lebendig zu machen, daß sie ihre grundlegende Verheißung in Artikel 155 entschlossen durchführt. Ihre Erfüllung würde entscheidend dazu beitragen, Wohnungsnot, Landnot, Arbeitsnot zu überwinden. Einen erfolgreichen Weg dazu weist der Entwurf eines Bodenreformgesetzes, um dessen baldige Verabschiedung gebeten wird.

Im Anschluß an ein Referat des Bundesvorstandsmitgliedes des G. D. A., **Thal**, über **„Gewerkschaftspolitik"**, das die internen Fragen des Gewerkschaftsringes berührte, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in der Delegierte aus allen Teilen des Reiches das Wort nahmen.

U. a. sprach der Reichstagsabgeordnete **Erkelenz**, der darauf hinwies, daß bei den freien Gewerkschaften sich in der vergangenen Zeit eine große Umwandlung zu den Zielen des Gewerkschaftsringes hin vollzogen habe. Die anderen Gewerkschaften würden durch die Zeit gezwungen werden, noch ganz auf die Basis des Gewerkschaftsringes zu kommen. Dann könnte man die Grenzen, die jetzt noch zwischen den einzelnen Arbeitnehmer-Organisationen bestehen, als sinnlos niederlegen.

Tagung des Bundes Sächsischer Staatsbeamten.

Zwickau. Der 9. Bundestag des Bundes Sächsischer Staatsbeamten wurde am Sonnabend und Sonntag in Zwickau abgehalten. Erschienen waren etwa 100 Delegierte aus allen Gauen des Landes. Eröffnet wurde die Tagung durch den Bundesvorsitzenden Regierungsrat Forkhardt, Dresden, der in seiner Begrüßungsansprache besonders die Notwendigkeit eines neuen Beamtenrechtes betonte. Die sächsischen Ministerien waren vertreten durch die Regierungsräte Roth und Biebrach. Auch die Kreishauptmannschaft Zwickau, die Amtshauptmannschaft und Stadt Zwickau sowie verschiedene befreundete Organisationen hatten Vertreter entsandt. Namens des Ministerpräsidenten Heldt und der sächsischen Ministerien wünschte Regierungsrat Roth, namens der Stadt Zwickau Polizeidirektor Dr. Gerland der Tagung den besten Verlauf. Ferner sprachen Vertreter des Asbundes, des Verbandes der Zivildienstberechtigten, des A. D. B. und des A. D. G. B. der Redner der freien Gewerkschaften, der frühere Arbeitsminister Graupe sprach auch zugleich für die S. P. D. Die D. V. P.- und D. D. P.-Landtagsfraktionen hatten Begrüßungsschreiben gesandt.

Nach der Bürowahl gab Geschäftsführer Richter zu dem gedruckt vorliegenden umfangreichen **Geschäftsbericht** eingehende Erläuterungen. Er bezeichnete es als eine Aufgabe des Bundes, für einen besseren Ausbau der berufsständigen Gliederung der Organisation zu sorgen. Des weiteren streifte er die Lösung des Verhältnisses zum Sächsischen Staatsbeamtenverein für Wohlfahrtseinrichtungen, indem er betonte, daß der B. S. S. niemals Mitglied des Vereins gewesen sei. Es handelt sich nur um die Aufgabe einer rein geschäftlichen Vereinbarung. Das staatliche Unterstützungswesen, insbesondere die Regelung vom 16 Dezember 1925 lehnte der Redner unter Beifall der Anwesenden entschieden ab. Er hofft, daß die Besoldungsregelung bald kommt, damit man von derartigen Almosen verschont bleibe. Die Neuregelung der Beamtenbesoldung sei noch durchaus ungewiß. Beamte des Ministeriums glauben, daß sie nicht vor 1927 kommt. Die Arbeit des Bundes in der Besoldungspolitik kennzeichnete der Geschäftsführer als Kampf um den Gold- und Reallohn, wobei er betonte, daß der Reallohn noch nicht das Ideal darstelle. Im Hinblick auf die kommende Besoldungsrevision und die Aenderung des Beamtenrechts könnte das verflossene Geschäftsjahr als ein solches der Kräfteansammlung für **neue schwere Kämpfe** bezeichnet werden. Auch die Einigungsfrage (mit dem DBB.) streifte der Redner.

Im Anschluß an die Ausführungen des Geschäftsführers erstattete Schatzmeister Dittrich seinen **Kassenbericht**. Danach betrugen die Einnahmen des Bundes 78 750 RM., die Ausgaben 79 185 RM. Die Zahl der Mitglieder hat sich auf nahezu 8000 gehoben. Mit den Berichten des Ausschusses für Wohlfahrtszwecke, worin der Ankauf des Erholungsheims in Ahlbeck behandelt wird, und des Unterstützungsausschusses wurden die Jahresberichte abgeschlossen und interne Angelegenheiten erledigt.

Am Abend fand im Tagungslokal, dem „Deutschen Kaiser", ein **Begrüßungsabend** statt, der ein recht abwechslungsreiches Programm aufwies.

Eine merkwürdige Staatsaktion.

tsd. Dresden. Dem Telunion-Sachsendienst wird geschrieben: Die „Dresdner Volkszeitung" vom 13. März bringt unter obiger Ueberschrift eine längere Auslassung, worin sie sich beschwert über **angebliche Bespitzelung einer sozialdemokratischen Delegiertenversammlung.** Es handelt sich dabei um die am 21. vorigen Monats in Dresden-Striesen abgehaltene Versammlung, in deren Verlauf nach Meldung der Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz **Abg. Arzt gesagt haben soll, er wolle den Ministerpräsidenten Heldt dorthin bringen, wo Zeigner gewesen** sei. Ministerpräsident Heldt hatte in der Landtagssitzung vom 25. Februar sofort selbst von dieser Meldung Kenntnis gegeben, und es ist nur selbstverständlich, daß sofort die nötigen Erörterungen eingeleitet worden sind, um festzustellen, ob die von der genannten Korrespondenz behaupteten Aeußerungen gefallen sind. Daß man hierbei gründlich vorgeht und gründlich vorgehen muß, liegt auf der Hand. Kein Minister kann es sich gefallen lassen, daß ihm nachgesagt wird, er habe im Amte strafbare Handlungen begangen. Man sollte denken, eine solche Klärung müßte auch Herrn Arzt und den ihm nahestehenden Kreisen erwünscht sein, wenn sie wirklich, wie sie behaupten, in dieser Angelegenheit reine Wäsche haben. Demgegenüber erscheint es aber umso auffälliger, daß **Herr Arzt gegen den ihm doch wohl bekannten Urheber der ersten Meldung,** den Herausgeber der Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz, **bis heute noch keine gerichtlichen Schritte getan** hat, was doch das nächstliegende und selbstverständliche gewesen wäre.

Statt dessen bringt der von Herrn Arzt offenbar inspirierte, wenn auch wohl nicht selbst verfaßte Artikel der Dresdner Volkszeitung eine Darstellung, als wenn die Erörterungen der Regierung sich in den Formeln des dunkelsten Mittelalters bewegten und als wenn beabsichtigt sei, Herrn Arzt ein Disziplinarverfahren anzuhängen. Der Artikel spricht sogar von einem Skandal und von einem Hinweggehen über gesetzliche Vorschriften, wovon natürlich keine Rede sein kann, geniert sich aber selbst keineswegs, die Vorgänge in ärgster Weise zu verzerren und geradezu sinnlose Behauptungen aufzustellen. So wird z. B. gesagt, es seien Telephongespräche abgelauscht und ein Genosse sei zur Verantwortung gezogen worden, weil er im Landtage einen Brief abgegeben habe, von dem man vermutet habe, er könne mit der Angelegenheit in Verbindung stehen. Der Artikelschreiber mag sich beruhigen, wenn er auch noch so scharfe Ausdrücke aus seinem Schimpfwörterlexikon anführt, so wird er doch der Regierung das Recht nicht absprechen können, von ihren Beamten zu verlangen, daß sie während der Dienstzeit an ihren Plätzen sind und nicht nach dem Landtage laufen, um dort Privatbriefe abzugeben. Was das Abhören von Telephongesprächen betrifft, so möge sich der Artikelschreiber daran erinnern, daß man niemanden hinter dem Busche sucht, wenn man nicht selbst dahinter gesessen hat. Im übrigen stammt der Artikel der „Dresdner Volksztg." nach Form und Fassung offenbar aus einer juristischen Feder, und sein Verfasser hat bei der Niederschrift sicherlich das aufgeschlagene Gesetzbuch neben sich gehabt. Diese Ansicht dürfte der bekannte Spezialjurist der sozialistischen Parteileitung Sachsens Amtsgerichtsdirektor Weiland gewiß teilen.

Das Eisenbahnunglück in Costa Rica.

248 Tote.

)(San Jose (Costa Rica). Bisher ist festgestellt worden, daß bei dem Eisenbahnunglück **248 Personen getötet und 93 verletzt worden** sind. Nachrichten aus Boston zufolge hat die United Fruit Co. angegeben, daß die Ausflügler, die sich in dem Eisenbahnzug befanden, auf dem Wege nach Cartago waren, wo sie an einer religiösen Feier teilnehmen wollten.

)(Boston. Die Eisenbahnlinie in Costa Rica, auf der sich das furchtbare Eisenbahnunglück ereignete, gehört der United Fruit Company. Die Gesellschaft hat von Puerto Limon einen Hilfszug mit Sanitätspersonal an die Unglücksstelle entsandt. Der verunglückte Zug bestand aus sechs Wagen. **Entgleist sind die drei letzten Wagen. Sie stürzten 50 Fuß tief in den Virilla-Fluß.** Das Unglück ereignete sich vormittags 8,15 Uhr.

Vor dem Reichsbahngericht.

Keine besonderen Steuerzuschüsse der Reichsbahn in Gemeinden mit mehr als 5 Proz. Eisenbahnpersonal.

Am Sonnabend, den 13. März ist in Leipzig zum ersten Mal das Reichsbahngericht in Tätigkeit getreten. Es handelte sich um die Frage, ob die durch die Paragraphen 8 bis 10 des Reichsgesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und der Gemeinden der Reichsbahngesellschaft auferlegte Zahlung von gewissen Zuschüssen zu den Kosten der Gemeindeverwaltung zu Recht bestehe oder ob diese Belastung dem Paragraph 14 des Reichsbahngesetzes widerspreche, nachdem die Reichsbahngesellschaft von jeder neuen direkten Steuer des Reichs, der Länder und der Gemeinden befreit ist. Unter neuer Steuer versteht das Gesetz jede Steuer, der das Unternehmen „Deutsche Reichsbahn" am 12. Februar 1924 nicht unterworfen war. Nach eingehender mündlicher Verhandlung, in der das Reich durch den Oberregierungsrat Kaufmann, die Deutsche Reichsbahngesellschaft durch den Reichsbahndirektor, Geh. Regierungsrat Nehse vertreten war, hat das Gericht, das sich aus dem Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Dr. Meyer, dem Wirklichen Geheimrat Fritsch und dem Staatssekretär z. D. Busch zusammensetzte, dahin entschieden, daß die Paragraphen 8 bis 10 des Reichsgesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und der Gemeinden vom 10. August 1925 dem Paragraph 14 des Reichsbahngesetzes widersprechen. Das Gericht hat sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß der Begriff „direkte Steuern" im Paragraph 14 des Reichsbahngesetzes nur indirekte Steuern anschließe, im übrigen aber soweit wie möglich auszulegen sei und deshalb auch die Gemeindezuschüsse mit darunter fielen. **Es handele sich auch um eine neue Steuer, weil die Reichsbahn nach dem alten Reichsbesteuerungsgesetz vom 15. April 1911 zur Zahlung dieser Zuschüsse nicht verpflichtet gewesen sei.**

SLUB
Wir führen Wissen.

Noch keine innerpolitische Klärung.

qu. **Berlin.** Die Aeußerungen des Reichsinnenministers Dr. Külz über das Verhältnis der jetzigen deutschen Republik zur früheren Monarchie haben in parlamentarischen Kreisen eine Diskussion entfacht, die trotz demokratischer Vermittlungsversuche noch nicht abgeschlossen ist. Die Demokraten haben, wie wir hören, in Erfahrung gebracht, daß einzelne volksparteiliche Abgeordnete bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen den Reichsinnenminister ihre Stimme abgeben wollen, weil sie sich durch seine Ausführungen bei der Beratung des Etats in ihren Anschauungen verletzt fühlen. Von demokratischer Seite wird verlangt, daß die Geschlossenheit der Regierungskoalition gewahrt wird, und hat daher die Deutsche Volkspartei wissen lassen, daß sie ein Abspringen einzelner Abgeordneter als für die deutsche Innenpolitik abträglich finden würden. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird sich mit dieser Frage vor der Abstimmung im Plenum noch eingehend beschäftigen. Aus deutschnationalen Kreisen hören wir, daß die Absicht bestehe, nach der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Luther erneut die Aussprache auf dieses Gebiet zu lenken und Dr. Luther zu bitten, auf strikte Durchführung des Regierungsprogrammes durch seine Ministerkollegen zu achten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Erörterung dieser delikaten Angelegenheit dem Reichskanzler gegenwärtig sehr ungelegen kommt; er wird daher versuchen, den Meinungsstreit über die angeschnittene Frage auf dem Wege inoffizieller Verhandlungen zwischen den Parteien beizulegen.

•

Kabinettssitzungen in Berlin.

qu. **Berlin.** Von bestunterrichteter Seite hören wir, daß seit der Zuspitzung in Genf sich **das Reichskabinett wiederholt mit den Berichten der deutschen Delegation beschäftigt** hat. Die Ansicht des Kabinettes geht dahin, daß die Richtlinien für die Delegierten nicht neu zu formulieren seien, da sie ihr genügend Spielraum geben Entscheidungen auch dann zu treffen, wenn sie sich auf Lösungen beziehen, die vom Kabinett nicht vorhergesehen waren. Die Bedingung soll nach wie vor darin bestehen, daß der Standpunkt der deutschen Regierung aufrecht erhalten bleibt, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundsrat ohne weitere Vermehrung der Ratssitze erfolgt und keine Verpflichtung übernommen wird, grundsätzlich vor der Aufnahme einer späteren Erweiterung des Rates zuzustimmen. Zu den letzten Lösungsmöglichkeiten, die der deutschen Delegation nur gerüchteweise zugekommen sind, konnte bisher keine Stellung genommen werden, da man abwarten will, bis die Vorschläge hier in kongreter Form mitgeteilt werden. Vor Mitte dieser Woche rechnet man nicht mit einer Entscheidung.

Rußland als Militärmacht.

vdz. Anläßlich des achten Jahrestages der Bildung der „Roten Armee" hielt der Volkskommissar für Heer und Flotte eine Rede **über Sowjets-Rußlands militärische Rüstungen**, in der er u. a. erklärte: **Unsere Armee umfaßt gegenwärtig 562 000 Mann, während jede Jahresklasse von Wehrpflichtigen neunhundertundfünfzigtausend Mann umfaßt.** Würden wir diese alle zum Heere einziehen können, so würde dieses rund anderthalb Millionen Mann betragen. Das gestatten uns aber unsere materiellen Einnahmen und unsere inneren Verhältnisse nicht, deshalb wir jedes Jahr zwischen 350 000 und 450 000 junge Arbeiter und Bauern ohne militärische Ausbildung lassen müssen. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß wir trotz der „Friedfertigkeit" der imperialistischen Mächte einem Krieg nicht ausweichen können und deshalb müssen wir nicht bloß eine nach Organisation und Ausbildung, sondern auch hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Stärke große und starke Armee haben. **Unser Ziel muß sein: Ein paar Millionen in den Waffen geübte Männer als Kriegsreserve.**

Unsere Regimentsschulen liefern uns rund 75 000 fertig ausgebildete Unteroffiziere pro Jahr. Außerdem haben wir eine große Zahl fertig ausgebildeter roter Offiziere. Die militärischen Unterrichtsanstalten werden immer effektiver. Auch die Verpflegung der Armee haben wir verbessert, wollen diese jedoch noch weiter verbessern, obwohl der russische Soldat schon heute mehr Kalorien erhält als der französische. Die Gehälter der Offiziere sind zu niedrig und müssen erhöht werden. In der Flotte ist in den letzten Jahren hauptsächlich an der Ausbildung der Mannschaften gearbeitet worden. Für unsere Luftflotte haben wir in den letzten Jahren einen soliden Grund geschaffen und können mit gutem Gewissen sagen, daß diese in ein paar Jahren einen militärischen Machtfaktor darstell enwird mit dem unsere Nachbarn ernstlicher rechnen müssen.

Zum Schluß hob der Volkskommissar hervor, daß Geist, Manneszucht und Disziplin in der Roten Armee ebenso gut seien wie die körperliche Beschaffenheit der Mannschaften und Offiziere.

Aus dem Feme-Untersuchungsausschuß.

)(**Berlin.** Der Feme-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags setzte gestern vormittag seine öffentlichen Verhandlungen fort. Der Vorsitzende Abg. Szillat (Soz.) verlas ein **Schreiben des völkischen Reichstagsabgeordneten Kube** an den Ausschuß, in dem es u. a. heißt:

„Auf Ihr Schreiben des Herrn Landtagsarchivars vom 11. März teile ich Ihnen mit, daß ich am Montag vor dem Preußischen Ausschuß nicht erscheinen werde. Ich habe an diesem Tage als Mitglied des Reichstags in einer Wählerversammlung zu sprechen und halte diesen Vortrag für ganz erheblich wichtiger als Ihren Ausschuß. Soweit sollten Sie über die verfassungsrechtlichen Gründe und Befugnisse eines bundesstaatlichen Landtages gegenüber einem Mitglied des Deutschen Reichstages unterrichtet sein, daß die Herren Ihres Ausschusses wenigstens soviel Höflichkeit aufbringen und sich vorher mündlich mit mir darüber verständigen, wann ich Zeit habe. Ich habe nicht die Absicht, mit Ihnen in einen Briefwechsel einzutreten, der mich noch Geld kostet, und ersuche Sie, in Zukunft das Rückporto beizufügen".

Vors. Abg. Szillat erklärte dazu: Ich stelle lediglich fest, daß der Reichstagsabgeordnete Kube von uns geladen ist auf Wunsch seines Parteifreundes Körner, und daß Abg. Körner uns ausdrücklich erklärt hat, er würde die Vermittlung mit dem Abg. Kube übernehmen.

In der gestrigen Nachmittagsverhandlung des Feme-Ausschusses des Landtags erklärte der als Zeuge vernommene **völkische Landtagsabgeordnete Wulle**, daß er der schwarzen Reichswehr, von deren Bestehen er erst im Laufe der Zeit gehört habe, von vornherein ablehnend gegenüber gestanden habe. Wir haben den jungen Leuten, sagte Wulle, die mit uns Fühlung nahmen, direkt verboten, sich dort anzuschließen. Er, Zeuge, habe nicht im geringsten Beziehungen zu dem Kreise um den Oberleutnant Schulz gehabt. Es sei wohl möglich, daß er hier und da einmal etwas gegeben habe, daß es sich aber um Geld für die Aufstellung einer Kompagnie gehandelt habe, sei ganz ausgeschlossen. Als nächster Zeuge wird der frühere völkische Abgeordnete Oberstleutnant a. D. Ahlemann vernommen. Er gibt an, daß er oft jungen Leuten, die unter ihm gedient hatten, Empfehlungsschreiben ausgestellt habe, wenn sie in die Reichswehr eintreten wollten. Dabei habe es sich für ihn immer nur um die legale Reichswehr gehandelt. In seiner Partei habe die Ansicht geherrscht, die schwarze Reichswehr nicht zu unterstützen.

Strafantrag gegen die Gräfin Bothmer.

Nr[illegible] Monate Gefängnis.

vdz. Im Bothmer-Prozeß in Potsdam beantragte der erste Staatsanwalt Gerlach, für die Gräfin Bothmer im ganzen auf neun Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe zu erkennen. Ehrverlust sei mit Rücksicht auf die eigenartige Psyche der Angeklagten nicht auszusprechen. Die Sachverständigen hatten in ihrem Gutachten die angeklagte Gräfin als hemmungslos und phantastisch bezeichnet, den § 51 aber als nicht vorliegend erklärt.

R.-A. Bahn teilte, bevor der Staatsanwalt zum Plaidoyer kam, mit, daß die Gräfin sich jetzt auf eine völlig ernste Tätigkeit eingestellt und umgelernt habe. Sie ernähre sich mit Adreßenschreiben, weil sie von den 75 Mark, die Graf Bothmer ihr monatlich überläßt, nicht leben könne. Außerdem habe sie einen Auftrag, Memoiren zu schreiben und Prologe zu sprechen.

Dann nahm der **Staatsanwalt Gerlach** das Wort, der darauf hinwies, daß es sich bei dem ominösen Brief um eine schwere Urkundenfälschung handle, auf die an sich Zuchthaus bis zu fünf Jahren stehe. Er wolle jedoch Zubilligung mildernder Umstände verlangen. Der Staatsanwalt kam dann zu dem eingangs erwähnten Strafantrag. Die Angeklagte weinte bitterlich.

Als erster Verteidiger kam gestern noch **R.-A. Bahn** zu Wort, der eingehend die menschliche Seite des Falles würdigte um dann ausführlich auf das rein juristische einzugehen, wobei er darum bat, eindringlich zu erwägen, ob bei dem Brief überhaupt von einer Urkunde gesprochen werden könne. Das Reichsgericht fordere Rechts- und Beweiserheblichkeit für eine Urkunde; hier aber handle es sich lediglich um eine gewöhnliche Darlehensbitte.

•

Das Urteil.

)(**Berlin.** In später Abendstunde wurde gestern die Gräfin Bothmer wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zum Nachteil des Präsidenten Rieck zu zwei Monaten, wegen Betrugs in zwei Fällen zum Nachteil des Präsidenten Rieck und des Geheimen Justizrates Kaempf zu einem Monat Gefängnis verurteilt. **Diese Strafe wird zusammengezogen zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten 14 Tagen.** In den übrigen drei Betrugsfällen wird auf Freisprechung erkannt. Soweit die Freisprechung erfolgt ist, werden die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

Keine falsche Sparsamkeit.

Von Oberregierungsrat Dr. **Breger**, Reichsgesundheitsamt Berlin.

WK. Viele Menschen lernen den Wert ihrer Gesundheit erst schätzen, wenn sie dieses wertvolle Gut verloren haben. Erst dann kommen ihnen die wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruchs in Gestalt von Ausgaben für Arzt, Apotheker und Krankenpflege sowie in dem Verlust an Arbeitseinkommen und Produktionskraft zum Bewußtsein.

Ebenso liegen die Dinge bei der Gemeinde und dem Staate. Einige Beispiele mögen dies erläutern.

Die Choleraepidemie, die während der Monate August bis November 1892 in Hamburg geherrscht hat, verursachte 16 956 Erkrankungen mit 8605 Todesfällen. Alle die wirtschaftlichen und seelischen Opfer dieser Katastrophe hätten durch die rechtzeitige Fertigstellung einer einwandfreien Wasserversorgung vermieden werden können.

Aehnlich wie die Cholera kann auch der Unterleibstyphus durch infiziertes Trinkwasser verbreitet werden. Die letzte große Trinkwasserepidemie hat sich in Deutschland im Jahre 1919 in der Stadt Pforzheim in Baden ereignet, wo unter einer Einwohnerschaft von nur 75 000 Seelen innerhalb weniger Wochen 4000 Personen an Typhus erkrankt sind. Von diesen sind 400 gestorben. Schon früher (1896) war hier eine ähnliche Epidemie mit etwa 900 Erkrankungen aufgetreten. Beidemal hat die mangelhafte Quellwasserleitung der Stadt, durch Jauche verunreinigt, die Massenerkrankungen hervorgerufen. Vergegenwärtigt man sich, daß jeder Typhuskranke etwa fünf Wochen im Krankenhaus verpflegt werden muß, so kann man sich einen Teil derjenigen Summen errechnen, die hätten gespart werden können, wenn man die Kosten nicht gescheut hätte, rechtzeitig das Wasserwerk einwandfrei zu gestalten.

Der Gesamtverlust, den das deutsche Nationalvermögen durch Tuberkulose jährlich erleidet, wird auf einen Betrag geschätzt, der sich zwischen 1 und 2,3 Milliarden Goldmark bewegt.

Auf gesundheitlichem Gebiete bedeutet aber die größte Verschwendung an Arbeitskraft und Nationalvermögen das Auftreten von übertragbaren Geschlechtskrankheiten.

Wenn man auch nicht so weit gehen soll, für Deutschland mit seinen 62 Millionen Einwohnern die wirtschaftlichen Schäden der Geschlechtskrankheiten nach Milliarden wie bei der Tuberkulose zu berechnen, auf Hunderte von Millionen Goldmark belaufen sie sich sicher. Alle diese Ausgaben erscheinen nur zu einem geringen Teil in einem Haushaltplan des Staates oder der Gemeinde, sie sind aber trotzdem vorhanden und müssen getragen werden. Lastenträger sind wir alle, jeder Steuerzahler, jeder arbeitende Volksgenosse.

Für den flüchtigen Beobachter sind ebenso unsichtbar wie diese großen nationalen Verluste die wirtschaftlichen Gewinne, die wir der Vorbeugung verdanken. Sie erscheinen nirgends als Einnahmeposten und dennoch müssen wir sie dankbar anerkennen.

In den Jahren 1871 und 1872 starben im Deutschen Reiche 162 111 Menschen an den Pocken (Blattern). Die Zahl der Erkrankungen betrug 1¼ Million. In den letzten fünf Berichtsjahren (1921—25) belief sich dagegen die Zahl der Pockenerkrankungen (Todesfälle) nur auf 689 (100), 215 (28), 17 (2), 16 (2) und 24 (9). Hier haben wir ein Beispiel dafür, wie es einer vorbeugenden Gesundheitspflege gelingen kann, eine gefährliche Volksseuche nahezu zum Verschwinden zu bringen.

Die ärztliche Wissenschaft hat längst die Waffen geschmiedet, um viele vermeidbare Krankheiten auszurotten. Der Erfolg ist lediglich eine Frage der Aufklärung, der Organisation und der vernünftigen Geldwirtschaft. Nur keine falsche Sparsamkeit! Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Politische Tagesübersicht.

Kurzarbeit auf der Hütte Phönix. Aus Ruhrort wird uns berichtet: In einigen Betrieben der Hütte Phönix soll in dieser Woche nur noch an drei Tagen gearbeitet werden, und zwar im Walzwerk und im Preßwerk. Wie lange die Kurzarbeit andauern wird, ist nicht bekannt.

Gemeinsame Aerztekammer für Ober- und Niederschlesien. Der Bevölkerungspolitische Ausschuß des preußischen Landtages beschloß am Montag auf Antrag des Demokraten Schmiljan, daß für Nieder- und Oberschlesien eine gemeinsame Aerztekammer mit dem Sitz in Breslau errichtet werden solle. Dagegen stimmten Zentrum und Sozialdemokraten mit Ausnahme eines Mitgliedes.

Reichstagung der deutschen Kolonialvereine in Bochum. Die Reichstagung der Deutschen Kolonialvereine wird vom 27. bis 31. Mai in Bochum stattfinden. Es wird mit einer Teilnahme von mehreren Tausend Personen gerechnet.

Ersatzwahlen in Paris. Gestern fand in einem Stadtbezirk von Paris die Ersatzwahl für zwei verstorbene Abgeordnete, die der republikanischen Vereinigung angehört hatten, statt. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erzielt hat, ist eine Stichwahl notwendig, die in vierzehn Tagen stattfindet. Im übrigen haben bei 115 000 abgegebenen Stimmen und rund 78 000 Enthaltungen die Liste der nationalen Vereinigung rund 47 000, die der Radikalen rund 11 500, die der Sozialisten rund 15 500 und die der Kommunisten rund 38 000 auf sich vereinigt, während der Rest zersplittert war.

Doumergue über den Frieden. Der Präsident der Republik, Doumergue, hat gestern in einer Ansprache an eine Abordnung des Nationalverbandes der französischen Reserveoffiziere, die ihn zu einer Galafeier eingeladen hatten, erklärt: Wir wollen an den Frieden glauben, ohne uns indes zu sehr pazifistischen Illusionen hinzugeben, die eines Landes wie Frankreich unwürdig sind.

Ein Schritt der Großmächte wegen der Minensperre im Peiho. Nach einer gemeinsamen Besprechung über die Blockade von Tientsin durch die chinesischen Truppen in Taku haben Großbritannien, Amerika, Frankreich, Italien und Japan ihre Flottenkommandanten in Tientsin angewiesen, den Befehlsstellen der Taku-Forts amtlich mitzuteilen, daß sie, sofern nicht die Störung der fremden Schiffahrt innerhalb von drei Tagen aufhört, sich das Recht vorbehalten, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Kommunistische Propaganda in Polen. Die politische Polizei hat in Warschau eine Geheimdruckerei aufgedeckt, in der in großen Mengen kommunistische Flugschriften hergestellt worden waren. Gegen 30 Personen wurden verhaftet und zahlreiches Propagandamaterial beschlagnahmt.

Sultan Atrasch gestorben? Nach einer Reutermeldung aus Beirut meldet eine syrische Zeitung den Tod des Drusenführers Sultan Atrasch. Die Nachricht ist bisher noch nicht bestätigt worden.

Die Forderungen der österreichischen Industrie vor dem Nationalrat. Die Regierung hat den Parteien des Nationalrates eine Anzahl von Forderungen der österreichischen Industriellen vorgelegt, die sich auf verschiedene Zweige der industriellen Erzeugung beziehen. Die parlamentarischen Parteien werden noch im Laufe dieser Woche zu den Forderungen Stellung nehmen. Die Aufträge bezwecken die Erhöhung der Agrarzölle und die Erhöhung des Schutzes der industriellen Erzeugung.

Die Gewerkschaften zur Urteilsbegründung im Reichsbahnprozeß.

* **Berlin.** Der **Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands** sucht in seiner Stellungnahme zu dem Urteil, durch das die Klage der Gewerkschaften gegen die Reichsbahngesellschaft abgelehnt wurde, die wesentlichen Punkte der Urteilsbegründung folgendermaßen zu widerlegen: Das Gericht habe außer acht gelassen, daß nach dem Reichsbahngesetz in den Begriff **„Vereinbarung"** die durch die Verbindlichkeitserklärung zustande gekommene Zwangsvereinbarung eingeschlossen sei. Diese Auffassung sei sowohl von der Rechtsprechung wie auch vom Reichsarbeitsminister stets vertreten worden. Wenn weiterhin die **völlige Unabhängigkeit der Reichsbahngesellschaft in ihrer Lohnpolitik** anerkannt werde, würde letzten Endes das gesamte Tarifvertragsrecht bei der Reichsbahn in Frage gestellt werden, das den Gewerkschaften das Recht der Mitbestimmung gebe. Die Anpassung des Schlichtungsverfahrens an die Lage der Reichsbahn und die Rücksichtnahme auf ihre Reparationsbelastung sei durchaus erfolgt, denn der Schiedsspruch habe ja den Eisenbahnern nur die geringe Lohnaufbesserung von ein und zwei Pfennig für die Stunde zugestanden. Der Erklärung, daß das ordentliche Gericht in dieser Sache allein zuständig sei, sei zuzustimmen.

Feier zur Erinnerung an den Abstimmungssieg.

)(**Flensburg.** Am Sonntag fand hier eine Feier zur Erinnerung an den vor sechs Jahren errungenen Abstimmungssieg in der zweiten Zone statt. Nachdem die Feier am frühen Morgen durch ein Wecken der Reichswehrkapelle eingeleitet worden war, wurde mittags auf dem Südermarkt ein großes Konzert veranstaltet. Abends sprachen in vier überfüllten Versammlungen bekannte Führer des Deutschtums in der Nordmark. Der Verlauf aller Versammlungen legte beredtes Zeugnis von dem lebendigen Bekenntnis zum Deutschtum ab. Um Mitternacht fand eine kirchliche Abschlußfeier in der St. Nikolaikirche statt.

Kundgebung zur Eröffnung des direkten Telephonverkehrs Berlin und London.

)(**Berlin.** Aus Anlaß der Eröffnung der direkten telephonischen Verbindung zwischen Berlin und London hat der Präsident des deutschen Handelstages und der Berliner Handelskammer Franz von Mendelssohn dem „Berliner Tageblatt" eine Kundgebung zur Verfügung gestellt, die über die Bedeutung der neuen Verbindungslinie nach London gegeben wurde. In Erwiderung dieser Kundgebung haben hervorragende englische Persönlichkeiten, darunter der ehemalige Premierminister Mc Donald, durch den Londoner Vertreter des Berliner Tageblattes telephonisch ihrer Genugtung über die Schaffung der neuen Verbindungsmöglichkeit Ausdruck gegeben.

Große Ueberschwemmungen in Südamerika.

)(**Guayaquil.** Wie gemeldet wird, sind in der Provinz Oro infolge Hochwassers des Jubones, das durch einen Wolkenbruch entstand, **mehrere Dörfer überschwemmt** worden. Viele Einwohner wurden in ihren Häusern von den Wassermassen überrascht, **50 Personen sind ertrunken.** Der Sachschaden wird auf zwei Millionen Dollar geschätzt.

Beginn des Matteotti-Prozesses.

)(**Rom.** Heute beginnt der Matteotti-Prozeß. Die hiesigen Blätter sollen Anweisung erhalten haben, nur kurz und ohne sensationelle Aufmachung zu berichten. Die faschistischen Blätter berichten, daß nachgewiesen werden soll, daß das patriotische Gefühl und die faschistische Partei schwer herausgefordert worden seien und daß die Faschisten sich nicht an Matteotti in seiner Eigenschaft als Abgeordneten vergriffen hätten, sondern nur an dem Umstürzler und Sozialisten Matteotti. Außerdem habe man nicht die Absicht gehabt, Matteotti zu töten, sondern ihm nur eine Lektion erteilen wollen. Nach der „Tribuna" sollen von der ausländischen Presse nur drei Berichterstatter, eine Schwedin, ein Amerikaner und der Vertreter einer französischen illustrierten Zeitschrift zum Matteotti-Prozeß zugelassen sein.

SLUB
Wir führen Wissen.

Aenderung der Branntweingesetzgebung erwünscht.

Die Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz faßte in ihrer Hauptversammlung folgende

Entschließung:

„Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges hat der deutsche Konsum der wichtigsten Lebensmittel eine Wandlung erfahren, die für unsere gesamte Volkswirtschaft gewaltige Gefahren in sich birgt. Das deutsche Volk hat sich viel mehr als im Frieden auf den Verzehr ausländischer Erzeugnisse eingestellt und vom Verbrauche der im Inlande erzeugten Nahrungsmittel, wie Molkereiprodukte und Fleisch, Roggenbrot, deutsches Obst und Gemüse usw. in bedenklicher Weise Abstand genommen. Durch diese Aenderung der Geschmacksrichtung gehen unserem Volksvermögen alljährlich Milliardenwerte verloren. Es liegt daher nicht nur im Interesse der deutschen Landwirtschaft, sondern ganz allgemein auch der deutschen Volkswirtschaft, daß dieser Zustand sich grundlegend ändert, und daß sich der Lebensmittelverbrauch der deutschen Bevölkerung wieder mehr den einheimischen Erzeugnissen zuwendet.

Die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer bittet daher die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden dringend, kein Mittel unversucht zu lassen, den Konsum unserer für die Ernährung und Gesundheit des Volkes so notwendigen Nahrungsmittel, wie Milch, Roggenbrot usw., durch umfassende Propaganda zu heben und weiter darauf hinzuwirken, daß auch die Erzeugnisse des heimischen Obst-, Gemüse- und Weinbaues wieder mehr zur Geltung kommen, damit dadurch die teure, unsere Handelsbilanz stark belastende Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln zurückgedrängt wird.

Da unter den veränderten Konsumansprüchen die Bevölkerung nur das äußerlich gut aussehende Obst aufnimmt, daher nicht mehr alles Obst frisch verwertet werden kann, hält es die Hauptversammlung für notwendig, daß die **Branntweingesetzgebung baldigst entsprechend geändert wird, damit durch Verbrennen dieses Obst volkswirtschaftlich nutzbar gemacht werden kann.** G. P. D.

Doppelter Stapellauf in Stettin.

Am Mittwoch wird in Stettin der **Stapellauf der beiden neuen Ostpreußen-Schiffe** stattfinden. Es ist ein besonderes Ereignis, daß zu gleicher Zeit diese beiden Schiffe von Stapel gelassen werden können. Die Schiffe werden mit allen neuen Errungenschaften der Technik ausgebaut und darin Höchstleistungen aufweisen. Die Seeverbindung zwischen Swinemünde und Danzig und Ostpreußen soll besonders die kulturellen Beziehungen innerhalb des Deutschen Reiches und besonders mit Ostpreußen und Danzig dauernd lebendig erhalten. Die neuen Schiffe versprechen eine besonders schöne Reise über die Ostsee. Die Fahrt von Berlin nach Königsberg über den Seeweg wird etwa 24 Stunden betragen.

•

Zwei Stapelläufe in Hamburg.

Auf der Vulkanwerft Hamburg sind am Sonnabend nachmittag zwei Neubauten, ein Auftrag der A.-G. Ems und ein für die Hamburg-Harburg-Linie der Reederei Wachsmuth und Krogmann bestimmter Passagierdampfer glücklich zu Wasser gelassen worden. Der Doppelschraubendampfer **„Rheinland"** für die A.-G. Ems wird den Seebäderdienst zwischen Emden, Borkum und Helgoland versehen. Das für die kleine Küstenfahrt bestimmte, aus bestem Siemens-Martin-Stahl erbaute Schiff hat eine Länge von sechzig Metern, eine Breite von 8, 6 Metern und einen Tiefgang von 2,62 Metern. Zwei dreifache Expansionsmaschinen über 800 PS. werden ihm eine Geschwindigkeit von 12 Meilen verleihen.

Der für Wachsmuth und Krogmann erbaute **„Courier"** ist ein mit durchgehendem Hochdeck und allen modernen Einrichtungen ausgestatteter Doppelschrauben-Passagierdampfer.

Vermißter deutscher Dampfer.

London. (Funkspruch.) Times berichtet aus Dublin, es werde befürchtet, daß der **deutsche Dampfer Arabia** (1385 Tonnen) der der Firma Siemens-Schuckert gehört und am 25. Februar aus Hamburg nach Limerick abfuhr **mit der gesamten Besatzung in der Irischen See während des Sturmes am 3. März gesunken ist.**

Der Dampfer **Arabia**, welcher von der Hamburg-Rhein-Linie an die Firma Siemens-Schuckertwerke verchartert ist, unter deren Flagge fährt und auch von ihr beladen und expediert wird, hat seinen Bestimmungshafen Limerick in Irland bisher nicht erreicht, sodaß die Befürchtung besteht, daß das Schiff als verschollen angesehen werden muß. Der Dampfer Arabia, der 1385 Brutto-Register-Tonnen groß ist, ist am 23. 2. mit Schienen, Schwellen und Konstruktionsteilen beladen von Hamburg abgefahren. Seitdem der Dampfer in Dartmouth seinen Kohlenbestand ergänzt und am 1. März seine Reise fortgesetzt hat, fehlt vom ihm jede Meldung, und es konnten trotz aller Nachforschungen Nachrichten über seinen Verbleib nicht erlangt werden.

Falsche Gerüchte.

* Genf. **Reichskanzler Dr. Luther und Dr. Stresemann** verbrachten den gestrigen Nachmittag und den Abend auf einem **Ausflug in Montreux.** Da sie bis gegen 11 Uhr abends nicht zurückgekehrt waren, verbreitete sich das Gerücht, daß sie in Montreux eine Entscheidung in den schwebenden Genfer Fragen abwarten wollen und falls die Entscheidung negativ ausfalle, nicht mehr nach Genf zurückkehren würden. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite erfährt, ist natürlich an diesem Gerücht kein wahres Wort. Der Reichskanzler und Dr. Stresemann haben ihren Aufenthalt in Montreux bis in die späten Abendstunden ausgedehnt, da sie aus Genf telefonisch den Bescheid erhielten, daß sich inzwischen in Genf nichts ereignet hätte, was ihre Anwesenheit notwendig machte.

Die Lieferungsgeschäfte mit Rußland.

vdz. Berlin. Die seitens des Reiches zur Erledigung des Abschlusses von Lieferungsgeschäften mit Rußland zu treffenden Maßnahmen sind noch Gegenstand eingehender Beratungen zwischen den beteiligten Stellen. Das Ergebnis dieser Beratungen wird seinerzeit in der Tagespresse bekanntgegeben werden. Schon jetzt steht fest, daß eine Gewährung von Krediten seitens des Reiches nicht erfolgen wird, vielmehr lediglich die Uebernahme einer Ausfallgarantie. Die Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen wird zum Teil durch einen Interministeriellen Ausschuß erfolgen. Anträge auf Gewährung der Garantie werden an diesen Ausschuß zu richten sein. Auch hierüber werden noch nähere Bekanntmachungen in der Tagespresse erfolgen. Eine Vormerkung von Anträgen zur späteren Berücksichtigung kann nicht erfolgen.

Italien gegen ein deutsches Kolonialmandat.

* Rom. In der Tribuna polemisiert der Nationalist Coppola heftig gegen die Uebertragung eines Kolonialmandates an Deutschland. Es sei ganz ausgeschlossen, daran zu denken, dem besiegten Deutschland irgend ein Mandat zu geben, bevor man nicht die berechtigten Ansprüche des siegreichen Italiens auf Kolonialbesitz berücksichtigt hätte. Als kurz nach Locarno diese Frage angeschnitten wurde, habe Italien in London und Paris protestiert und dabei die Auskunft erhalten, daß Deutschland keinerlei bindende Zusicherungen auf Uebertragung eines Kolonialmandats gemacht worden seien. Es sei unverständlich, wie Briand jetzt dazu komme, bestimmte Zusagen zu machen. Italien habe nicht die geringste Lust, die Kosten eines Kompromisses zu tragen, das nur den sozialistischen Utopien anderer zu gute komme. Das habe man noch 1919 in Versailles sich leisten können, heute aber müsse man außer mit dem Geist von Locarno noch mit etwas anderem rechnen: Dem Faschismus!

Weitere Nachrichten aus Genf.

Neue Instruktionen für Undén.

Stockholm. (Funkspruch.) Das Kabinett hat gestern der schwedischen Delegation in Genf diejenigen weiteren Instruktionen erteilt, die man für erforderlich hält, um eine Prüfung gewisser Lösungsmöglichkeiten der Genfer Krise, nämlich die Anregungen zur Neuwahl einiger oder aller nichtständigen Ratsmitglieder, zu ermöglichen. Schweden würde demgemäß gleichzeitig mit einer anderen Macht unter der Voraussetzung zurücktreten, daß ein mit Schweden gleichgestellter Staat gewählt wird.

Gegen den geplanten Rücktritt Undéns.

London. (Funkspruch.) Times berichtet aus Genf, **in Völkerbundskreisen werde der geplante Rücktritt Undéns mit tiefem Bedauern angesehen.** Der Mann, der fast allein den Völkerbundssinn während der ganzen augenblicklichen Krisis gezeigt habe, werde jetzt vielleicht geopfert werden. Aber weder die neutralen Mächte noch die deutsche Delegation sähen die Lösung günstig an und es sei immer noch möglich, daß Belgien der Staat sei, der zurücktrete.

London. (Funkspruch.) Der Parlamentsberichterstatter der Times meldet, 23 Mitglieder der Arbeiterpartei des Unterhauses telegraphierten an den schwedischen Premierminister die **dringende Bitte, Schweden möge seinen Sitz im Völkerbundsrat nicht aufgeben.**

Holland nichtständiges Ratsmitglied?

Paris. (Funkspruch.) Wie der Sonderberichterstatter des Quotidien meldet, sollen die Vertreter der Kleinen Entente dem Ersatz der aus dem Völkerbundsrat freiwillig ausscheidenden Tschechoslowakei durch Holland gestern nachmittag in einer Sitzung zugestimmt haben.

Englische Urteile über die Lage in Genf.

London. (Funkspruch.) Reuter berichtet aus Genf, die Verschiebung der Versammlung auf Mittwoch sei erfolgt, um Zeit für eine Regelung der Krise im Zusammenhange mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu gewinnen, bez. deren der französische Vertreter Boncour dem Reuterkorrespondenten erklärte, daß alles gut gehen werde. Die Staaten der Kleinen Entente sollen über die Aussicht, daß die Tschechoslowakei ihren Sitz im Völkerbundsrat aufgebe, um Platz für Polen zu machen, unzufrieden sein. Auf der gestrigen Sitzung der Delegierten der südamerikanischen Staaten wurde als gemeinsame Ansicht festgestellt, daß sich Brasilien dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht widersetzen dürfe, da dies eine europäische Frage sei.

Schweizerischer Druck auf Deutschland.

* Basel. Ein charakteristisches Zeichen für den Stimmungsumschwung gegen Deutschland, der sich auch nach deutschen Berichten aus Genf vollzog, ist ein Kommentar des halbamtlichen „Berner Bundes". Das Blatt schreibt unter anderem: Nicht ohne Grund wird man dem Lande, das die einfachste und ehrlichste Haltung zeigt, auch Glauben schenken, wenn es die Verantwortung für Unstimmigkeiten im Völkerbunde ablehnt, wie dies Dr. Luther und Dr. Stresemann vor der schweizerischen Presse tun. Aber ratlos steht man vor der Frage, wo denn das materiell wichtige liegt, das eine Einigung verhindert. Könnte bei aller nötigen Verwahrung gegen Bedingungen und Zumutungen die Haltung Deutschlands nicht so gemildert werden, daß auch die anderen schließlich einen Teil Erfolg davon tragen?

Die „Neue Züricher Zeitung" schreibt, die Politik beruhe nicht auf dem formellen Recht allein. Es könne sehr leicht vorkommen, daß die Ausübung eines Rechts dessen eigenen Träger schädlich würde. Es könnte z. B. den deutschen Delegierten passieren, daß sie alles erreichen, was sie erstreben, aber mit einer Hypothek belastet zurückkehrten, die vielleicht drückender wäre, als die Bedingungen des gestern abgewiesenen Vorschlages, nämlich mit dem Odium der vollen Verantwortung für eine innere Schwächung des Völkerbundes und für eine Lähmung des Geistes von Locarno.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 16. März 1926.

Ein neues Grubenunglück in Oberschlesien.

Berlin. (Funkspruch.) Wie gemeldet wird, ging gestern in der Karsten-Zentrums-Grube eine weitere Strecke auf der tiefsten Sohle zu Bruch, wobei sieben Bergleute verschüttet wurden. Einer konnte nur als Leiche geborgen werden, während die sechs anderen Verletzungen erlitten hatten.

Die beiden dänischen Militärflieger in Berlin gelandet.

Berlin. (Funkspruch.) Im Flughafen Tempelhof sind heute mittag 1,30 Uhr die beiden dänischen Militärflieger, die sich auf dem Wege nach Ostasien befinden, gelandet. Zu ihrem Empfang hatten sich Vertreter der dänischen Gesandtschaft, der dänischen Kolonie in Berlin, des Reichswehrministeriums und der Deutschen Lufthansa eingefunden. Die Flieger werden am Mittwoch früh 7 Uhr ihren Flug fortsetzen.

Emission hessischer Schatzanweisungen.

Frankfurt am Main. (Funkspruch.) Der Freistaat Hessen hat an die Darmstädter und Nationalbank, Deutsche Bank, Deutsche Vereinsbank, Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Hessische Landesbank, sämtlich in Darmstadt und an das Bankhaus Lazard, Speyer und Ellissen, Frankfurt am Main, dreijährige Schatzanweisungen im Gesamtbetrage von 5 Millionen Reichsmark begeben, die zu 96½ Prozent zum Verkauf gelangen.

Flug dänischer Heeresflugzeuge nach Tokio.

Kopenhagen. (Funkspruch.) Zwei dänische Heeresflugzeuge unter Führung von Botved und Oerschend sind heute zum Flug nach Tokio aufgestiegen. Die erste Landung soll in Berlin erfolgen.

Ultimatum an General Lutschunglin.

Schanghai. (Funkspruch.) Reuters Vertreter erfährt aus japanischer Quelle aus Tientsin, daß die Vertreter der fremden Marinestreitkräfte in einem Ultimatum an General Lutschunglin unter Androhung eines gemeinsamen Vorgehens ihrer Marinestreitkräfte fordern: Zurückziehung des Geschwaders von Tientsin, Entfernung der Minen, Einstellung der Untersuchung der ausländischen Schiffe und Wiederherstellung der Kanäle.

Schulgeld und Volkskultur.

Von einem Schulmann.

Seit der preußische Kultusminister das Schulgeld für die höheren Lehranstalten von 120 M. auf 200 M. erhöht hat, wollen die Bestrebungen nicht aufhören, diesen Beschluß wieder rückgängig zu machen oder doch durch Aufnahmebestimmungen zu erleichtern. Der kritische Ostertermin rückt heran und für das neue Schuljahr müssen die Eltern natürlich bald Bescheid wissen, wieviel Geld sie für die Bildung ihrer Kinder zu veranschlagen haben. 200 M. sind aber ein sehr beträchtlicher Posten. Man stelle sich den kleinen Beamten, den durch die Inflation enteigneten Mittelstand oder gar die Arbeiterschaft vor! In diesen Kreisen lebt ein sehr beträchtliches Bildungsbestreben. Aber 200 M. sind für sehr viele, um nicht zu sagen für die Allermeisten in diesen Kreisen unerschwinglich. Und wenn gar noch jemand mehrere Kinder zur Schule zu schicken hat! Der Antrag der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtage ist sicherlich berechtigt, der mindestens für diesen Fall starke Ermäßigungen verlangt. Wir stehen auch hier wieder vor dem herausfordernden Gegensatz, daß Gehälter, Löhne und Geschäftserträgnisse weit hinter dem Friedensstande zurück sind, während die Anforderungen des Staates gewaltig erhöht werden. Und wenn diese Anforderungen sich gar auch noch auf das Kulturgebiet beziehen, so ist die Schädigung eine doppelte und dreifache. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch das erhöhte Schulgeld Tausende von wohlbegabten Kindern nunmehr von dem Besuche einer höheren Lehranstalt ausgeschlossen sein werden. Das ist ein reiches geistiges Kapital, das für unseren Staat, für den gesamten Wiederaufbau Deutschlands rettungslos verloren geht. Der preußische Kultusminister kann sich allerdings auf den deutschen Städtetag berufen, der sogar ein Jahresschulgeld von 250 Mark verlangt hat. Aber diese ganze Schulwirtschaft erklärt sich nur aus der einseitig fiskalischen Einstellung zu dem gesamten Problem. Man betrachtet auch die Vermittlung von Bildung nur wie ein Geschäft, bei dem jeder bezahlen muß, was er an Ware bezieht. Aber Kenntnisse und Bildung sind keine Ware, die nur für den Einzelnen zur Befriedigung seiner privaten Wünsche verabreicht wird. Hier handelt es sich vielmehr um die große, nationale Aufgabe, das deutsche Kulturgut in möglichst weitem Umfange der heranwachsenden Generation mitzuteilen und je weitere Kreise an diesem Kulturgut teilhaben, umso reicher werden nicht nur diese, sondern auch die Nation als Ganzes einmal sein. Die geistige Höhe unserer künftigen Politik, unserer Parlamente, unserer Zeitungen, unserer Geselligkeit, wird ebenso vom Durchschnitt der Volksbildung bestimmt, wie unsere wirtschaftlichen Leistungen, die ja doch letzten Endes auf geistigen Funktionen, auf durchdachter Technik und Organisation, auf Qualitätsarbeit und Vergeistigung von Rohstoffen und Halbfabrikaten beruht. Erhöhtes Schulgeld bedeutet eine im Verhältnis zu den gesamten Schulkosten verhältnismäßig geringfügige Einnahmeerhöhung und um dieses geringen Augenblicksgewinnes willen werden Zukunftswerte von unberechenbarer Bedeutung aufs Spiel gesetzt. Das ist wohl die falscheste Politik, die Deutschland zur Zeit machen kann. Sie bedeutet das volle Gegenteil zu dem, was das geschlagene Preußen nach 1806 tat.

Messungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Riesa).

15. März 1926: 0,5 mm Niederschlag.

Der Sächsische Gemeindebeamtenbund, Landesfachgruppe der Verkehrsbeamten, richtet folgende Bitte der Straßenbahnführer an

alle Eltern, Erzieher, Lehrer und an die Verkehrspolizei.

Der Verkehr auf den Straßen ist in den letzten zwei Jahren immer lebhafter geworden. Automobile, Kraftradfahrer und Radfahrer sausen in den Straßen umher. Geschirre, leicht und schwer beladen, bewegen sich unter den kreuz und quer über die Fahrstraßen laufenden Menschenmassen und die Straßen sind oft zu eng, um den riesigen Verkehr aufzunehmen. Dazu kommt noch, daß die Geschirrführer sich mit ihren Fuhrwerken auf Straßenmitte bewegen, weil sie dort ein sicheres Fahren haben und die Straßen meist von der Mitte aus nach den Seiten zu abhängig angelegt worden sind und ihre Fuhrwerke, zumal bei Schnee, nach den Bordsteinen zu rutschen. Wenn Kraftfahrer und Radfahrer gern auf der Straßenmitte fahren, kann man es ihnen auch nicht verdenken, denn sie sind dort sicherer vor den Straßenpassanten, die oft ganz plötzlich von den Fußwegen auf die Fahrstraße treten und den Kraftwagenführer in die gefährlichste Situation bringen. Durch all diesen Wirrwarr der Straße muß sich der Führer eines Straßenbahnzuges Bahn brechen. Der Straßenbahnführerberuf ist ein außerordentlich verantwortungsvoller Beruf; ein solcher Führer befördert täglich Tausende von Menschen, für deren Leben und Gesundheit er während einer Straßenbahnfahrt verantwortlich ist. Er soll aber auch Menschen und Tiere, die sich auf den Gleisen bewegen, nicht gefährden, jedoch auch seine ihm vorgeschriebenen Fahrzeiten innehalten.

Dem Straßenbahnführer kann der verantwortungsvolle Dienst erleichtert werden und der Geschirrführer und Kraftwagenführer kann sich und den Straßenbahnführer vor Zusammenstößen, vor Lebensgefahr und Sachbeschädigung schützen, wenn er die Straßenbahngleise freihält, mindestens aber rechtzeitig freigibt, wenn das Warnungssignal ertönt. Gewiß, die Straße ist nicht nur für die Straßenbahn gebaut, es wollen auch andere die Straße benutzen; aber man bedenke, daß die Straßenbahn nicht aus den Gleisen heraus und ausweichen kann und ferner, daß jeder Zug ca. 150 Menschen zu ihrem Ziel führt.

Eine große, fast täglich zu beobachtende Unsitte ist es, daß Kinder sich auf den Gleisen umhertummeln, Steine in die Gleise legen und sich dann in der Ferne freuen, wenn die Straßenbahnwagen darüber hinwegfahren. Daß damit die in den Straßenbahnwagen sitzenden Menschen schwer in Gefahr gebracht werden, ist den Kindern nicht verständlich. Die Kinder gehören auf Spielplätze, deren es ja fast in jedem Stadtviertel gibt, oder in Kindergärten: Viele Kinder werden jährlich infolge des Spielens auf den Gleisen gesundheitlich geschädigt oder gar getötet.

Wir Verkehrsbeamten fassen unsere Bitten zusammen wie folgt:

1.) Geschirrführer, Kraftwagenführer, Motorradfahrer, Radfahrer, Straßenpassanten, nehmt Rücksicht auf die Straßenbahnführer.

2.) Eltern, Erzieher, Lehrer, haltet die Kinder wiederholt (täglich) an, sich nicht auf den Fahrstraßen umherzutummeln, besonders nicht auf den Gleisen zu spielen.

3.) An alle:

Gleise frei!

4.) Verkehrspolizei: **Bitte, unterstütze uns und sorge für freies Gleis.**

Vermischtes.

Die Toten von der Schneekoppe. Wie die „Voss. Zeitung" meldet, ist die Persönlichkeit der erfrorenen Begleiterin des indischen Studenten Patak als die 26 Jahre alte Tochter der Witwe Dürnberger in Warmbrunn festgestellt worden. Die Familie Dürnberger scheint von einem tragischen Geschick verfolgt zu werden. Der Buchdruckereibesitzer Dürnberger hatte im Jahre 1920 seine Frau, seine Schwiegermutter, seinen 14 Jahre alten Sohn und eine Tochter durch Beilhiebe schwer verletzt. Das Haus hatte er angezündet und sich selbst dann vom Balkon gestürzt. Die jetzt verunglückte Tochter Lotte entging damals ihrem Schicksal dadurch, daß sie sich am verhängnisvollen Tage in Liegnitz befand.

Wieder ein Berliner an der Koppe vermißt. Das Bergungskommando der Sanitätskolonne Krummhübel ist heute wieder alarmiert worden, um den Rechnungsrevisor Erich Müller aus Charlottenburg zu suchen, der seit dem 2. März vermißt wird. Er hat zuletzt in Spindelmühl gewohnt und wollte von der böhmischen Seite des Riesengebirges aus eine Besteigung der Schneekoppe unternehmen. Von dieser Tour ist Müller nicht mehr zurückgekehrt.

Todessturz beim Eissegeln. Nach einer Blättermeldung aus Stockholm wurde beim Eissegeln die Eisjacht des Direktors Johnson in schärfster Fahrt gegen einen Felsen geworfen, so daß die beiden Insassen in großem Bogen gegen das Gestein geschleudert wurden. Johnson wurde getötet, sein Begleiter schwer verletzt.

Von einem französischen Soldaten erschossen. Der „L.-A." meldet aus Saarbrücken: Nachdem erst vor kurzem ein französischer Wachtposten auf den Schießständen einen Zivilisten durch einen Gewehrschuß schwer verletzt hatte, ereignete sich jetzt ein neuer Zwischenfall, der einem Kinde das Leben kostete. Ein französischer Soldat, der einer deutschen Familie einen Besuch abgestattet hatte, wollte dort einen nicht funktionierenden Revolver nachsehen. Dabei entlud sich plötzlich die Waffe und tötete einen siebenjährigen Knaben durch Brustschuß. Der Soldat, der fahrlässig gehandelt hatte, wurde verhaftet.

Selbstmord des schwedischen Großindustriellen Flyborg. Der schwedische Großindustrielle Flyborg, der bei einer Explosion in seinem Kraftwagen in Stücke gerissen wurde, hat nach den bisherigen Feststellungen der Stockholmer Polizei Selbstmord begangen, indem er eine im Wagen angebrachte Sprengstoffladung zur Entzündung brachte. Flyborg hatte bereits vor einem Monat schon einmal versucht, sich das Leben zu nehmen.

Ein Reichswehrsoldat auf Posten angeschossen. Gestern abend wurde ein Reichswehrsoldat vom Reichswehrinfanterieregiment 9, der als Posten an einem Pulverschuppen hinter den Schießständen in Ruhleben bei Spandau stand, von der Wache blutüberströmt und besinnungslos durch einen Schuß in die rechte Schulter getroffen, aufgefunden. Nach den Angaben des Schwerverletzten haben drei Männer, die sich in der Nähe des Postens zu schaffen machten, als sie von dem Posten angerufen wurden, sofort mit Pistolen auf ihn geschossen. Bis jetzt ist es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. — Zu dem Ueberfall erfährt die „B. Z.", daß auf Grund der Aussagen des überfallenen Postens Dahlke noch in der Nacht Haussuchungen in den ehemaligen Militärbaracken in Ruhleben vorgenommen wurden, wobei ein Karabiner und eine abgeschossene Patrone gefunden wurden. Drei Söhne einer Witwe, die in dieser Baracke wohnten, sind als der Tat verdächtig festgenommen worden. Es handelt sich wahrscheinlich nicht um ein politisches Attentat, sondern um einen Akt persönlicher Rache.

Todesfall eines italienischen Militärfliegers. Ueber dem Karst vor Montena stürzte infolge falschen Manövrierens ein Militärflugzeug ab. Der Offizier wurde dabei getötet.

Ein holländisches Militärflugzeug verunglückt. In der Nähe von Nymwegen mußte ein Militärerkundungsflugzeug gestern nachmittag eine Notlandung vornehmen. Der Apparat überschlug sich hierbei und geriet in Brand. Von den zwei Fliegern war der eine sofort tot, der andere erlag wenige Minuten später seinen Verletzungen.

Weitere Verhaftung im Tempelhofer Kassenraub. Im Zusammenhang mit dem vor einiger Zeit ausgeführten Kassenraub im Bezirksamt Tempelhof, bei dem den Verbrechern 338 000 Mark in die Hände fielen, wurde nunmehr ein 56 Jahre alter Händler und früherer Mechaniker Paul Schröder verhaftet, der unter dem Namen Wilhelm in der Verbrecherwelt als Bankier waltete. Gleichzeitig gelang es, außer den bereits seinerzeit mit der Verhaftung der Verbrecher herbeigeschafften 210 000 Mark weitere 32 000 Mark aufzufinden. Ueber den Verbleib der noch fehlenden 60 000 Mark verweigerte Wilhelm jede Angabe.

Millionen-Unterschlagung eines Florentiner Bankiers. Wie aus Florenz berichtet wird, ist der Bankier Giovanni Giudotti nach Unterschlagung von 2 Millionen Lire, wodurch hauptsächlich die amerikanische Kolonie geschädigt wurde, geflüchtet. Unter den Geschädigten befindet sich auch die Witwe Carusos, die ½ Million Lire verloren hat.

Hotelbrand. Nach einer Meldung des „Newyork Herald" sind in Shrevevort (Louisiana) einem Hotelbrand mehrere Personen zum Opfer gefallen. Fünf Leichen sind bereits geborgen worden.

Schweres Bauunglück in England. In den Gruben bei Doncaster (York) wurden durch Einsturz eines Gerüstes sechs Arbeiter verschüttet.

Eine Autoexplosion in Stockholm. In Stockholm ist nach einer Meldung des „B. T." ein Automobil unter merkwürdigen Umständen explodiert, wobei der Fahrgast in Stücke gerissen wurde, während der Lenker wie durch ein Wunder nur betäubt wurde. Da die Häuser in der Umgebung stark demoliert wurden, nimmt man an, daß eine größere Menge Sprengstoff die Explosion herbeigeführt hat. Zwei Herren, beide Compagnons des Getöteten, die das Automobil holten, sind vorläufig in Haft genommen worden. Der eine war der Besitzer einer Lebensversicherung, die auf den Namen des Getöteten lautete.

Amerikanischer Antitrustprozeß. Acht Filialen der kanadischen Organisation einer großen amerikanischen Frucht- und Produktenfirma wurden wegen Vergehens gegen das Antitrustgesetz zu je 25 000 Dollar Strafe verurteilt. Der zweitägige Prozeß gegen diese Organisation, die einen beherrschenden Einfluß auf die Märkte der westlichen Provinzen ausübte, wurde vom Richter als einer der sensationellsten in der Geschichte Westkanadas bezeichnet.

Nach mir die Sintflut. In Mannheim handelt ein jüngerer Hausierer mit kleinen Emaille- oder Blechschildern, deren Aufschrift eine glänzende Illustration des bekannten Schlagwortes darstellt „Nach mir die Sintflut". Auf den Schildern befinden sich nämlich die Worte: „Betteln und Hausieren verboten."

Der Lebensroman einer Sängerin. In diesen Tagen ist in einem kleinen Ort der Steiermark die ehemals weltberühmte Operettensängerin Hermine Meyerhoff gestorben. Sie war eine Schwiegertochter des Zaren Alexander II. von Rußland und kam zu Beginn der siebziger Jahre aus ihrer Heimat Braunschweig als Operettensängerin nach Wien, wo sie in kürzester Zeit große Triumphe errang. Schließlich bewarb sich der Sekretär der russischen Botschaft in Wien, Tatitschew, um sie. Er wollte sie heiraten und gab ihr auch ein schriftliches Eheversprechen. Tatitschew war ein natürlicher Sohn Alexander II., dem er auch verblüffend ähnlich sah. Der Zar bekundete stets lebhaftes Interesse für die Erziehung dieses Sohnes. Er trug alle Kosten der Erziehung und ließ ihn dann in das diplomatische Korps eintreten. Ueber die Tätigkeit und das sonstige Leben des jungen Mannes ließ er sich nach Petersburg berichten. Kurz nach seiner Verlobung wurde er nach Petersburg berufen und vom Zaren empfangen, der ihm erklärte, daß ihm die gewünschte Heirat nicht passe. Tatitschew kehrte nach Wien zurück, löste aber seine Beziehungen zu der Sängerin nicht und heiratete sie tatsächlich zwei Jahre später, und zwar in der russischen Botschaftskapelle. Später siedelte er nach Petersburg über, doch war die Aufnahme, die er und seine Gattin fanden, keineswegs günstig. Alexander II. war inzwischen dem Bombenattentat zum Opfer gefallen. Sein Nachfolger, Alexander III., stellte Tatitschew und seiner Gemahlin die Mittel zu einer sorgenlosen Existenz zur Verfügung. Sie konnten jedoch in der Petersburger Gesellschaft keine Aufnahme finden, und Hermine Meyerhoff siedelte nach dem Tode ihres Gemahls wieder nach Oesterreich über, und zwar nach Graz. Dort ist sie nunmehr im Alter von 78 Jahren gestorben.

Leopardenjagd mit der Feuerspritze. In der Tierhandlung Ruhe in Alfeld kam in diesen Tagen aus Uebersee ein Raubtiertransport an. Unter den Tieren zeichnete sich ein riesiger Leopard durch besondere Gereiztheit und Unbändigkeit aus. Trotz aller Wachsamkeit gelang es der Riesenkatze, aus einem in den Räumen des Unternehmens aufgestellten Käfig zu entkommen. Die Angestellten schlossen sofort alle Türen und Fenster ab, um zu verhindern, daß die Bestie auf die Straße gelange. Alle Versuche, das Tier in den Käfig zurückzutreiben, waren aber vergebens. Der Leopard wurde immer wilder und drohte schließlich, sich auf die Wächter zu stürzen. Er verkroch sich brüllend und knurrend in einen Winkel und verharrte dort in sprungbereiter Stellung. Niemand konnte sich ihm nähern, und wenn ein Mensch das Zimmer betrat, zeigte er wütend fauchend seine mächtigen Fänge. Die Tierbändiger dachten, ihn im Laufe der Zeit gefügig machen zu können und ließen die Bestie zwei Tage lang in Ruhe. Aber der Leopard gab nicht nach, fauchte und brummte und war eine ständige Gefahr für die Angestellten. Man mußte schon daran denken, das Tier zu erschießen, trotzdem das dem Unternehmen einen großen Verlust bereitet hätte. Plötzlich hatte jemand einen genialen Einfall: das Mädchen für alles, die Feuerwehr, mußte helfend eingreifen. Es wurden einige Leute mit einer Handdruckspritze geholt und diese begannen aus einer Türspalte einen starken Wasserstrahl in die Ecke zu senden, in der sich der Leopard aufhielt. Dieser schüttelte sich zunächst bloß und blieb aber liegen. Erst als das ganze Zimmer unter Wasser gesetzt war, und das Raubtier keinen trockenen Platz mehr fand, wurde es gefügig, kroch, am ganzen Leibe zitternd, hervor und ließ sich brav wie ein Lämmchen in den Käfig zurückführen.

Bücher und Zeitschriften.

Bei der Redaktion eingegangen:

Thron und Altar ohne Schminke. Vergessene Historien und Histörchen. Mit zeitgenössischen Illustrationen. Von Hans Otto Henel. Freidenker-Verlag, G. m. b. H., Leipzig-Lindenau. Kartonniert 1.50 Mark, solid in Halbleinen gebunden 2 Mark.

„Der Sportfischer". Heft 2 zeigt als großes Titelbild eine Generalversammlung der Fische gezeichnet von Prof. Kirchner. Ueber das Für und Wider der Wurfturniere für die praktische Sportfischerei wird ausführlich gesprochen und noch vieles andere vervollständigen den literarischen Wert auch dieses schönen Heftes. „Der Sportfischer" ist eine wirkliche Kunstzeitschrift, die es verdient, von allen Jüngern St. Petri durch rasche Bestellung bei der Post oder bei ihrem Verlage, München, Karlstraße 44 wärmstens unterstützt zu werden. Wer sich noch eine rechte Freude dazu machen will, wird sich auch den in künstlerischer Einbanddecke gebundenen vorhergehenden 2. Jahrgang 1925 „Der Sportfischer" bestellen.

Marktberichte.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 15. März. Auftrieb: 1. Rinder: 185 Ochsen, 278 Bullen, 269 Kalben und Kühe; 2. 1028 Kälber; 3. 651 Schafe; 4. 2002 Schweine, zusammen 4413 Tiere. **Preise** in Reichsmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: **Ochsen:** 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 47 bis 49 (87), 2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 41 bis 45 (83), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 35 bis 38 (78), 4. gering genährte jeden Alters 30 bis 33 (78). **Bullen:** 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 50 bis 51 (87), 2. vollfleischige jüngere 47 bis 49 (87), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 41 bis 45 (83), 4. gering genährte 38 bis 40 (83). **Kalben und Kühe:** 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 47 bis 49 (87), 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 41 bis 45 (83), 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 36 bis 40 (83), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 31 bis 34 (83), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 26 bis 30 (81). **Kälber:** 1. beste Mast- und Saugkälber 76 bis 79 (125), 2. mittlere Mast- und gute Saugkälber 70 bis 74 (120), 3. geringe Kälber 56 bis 66 (111), 4. sehr geringe Kälber 45 bis 48 (103). **Schafe:** 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel 58 bis 61 (119), 2. ältere Masthammel 50 bis 55 (117), 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 38 bis 46 (111). **Schweine:** 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1¼ Jahr 78 bis 79 (101), 2. Fettschweine 81 bis 83 (102), 3. fleischige 74 bis 76 (100), 4. gering entwickelte 72 bis 73 (100), 5. Sauen und Eber 65 bis 75 (93). Ausnahmepreise über Notiz.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 15. März. Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. **Weizen,** märkischer 250—254, pomm. —, **Roggen,** märkischer 156—160, mecklenburg. —, pomm. —, **Gerste,** Futtergerste 138—152, Sommergerste 166—190, Wintergerste 138—152, **Hafer,** märkischer 162—172, pomm. —, westpreuß. —, **Mais,** loco Berlin —, Waggon frei Hamburg —. **Weizenmehl,** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 32,50—36,00. **Roggenmehl** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 22,75—24,75. **Weizenkleie,** frei Berlin 10,10—10,20. **Roggenkleie,** frei Berlin 9,00—9,20. **Raps** —. **Leinsaat** —. **Viktoria-Erbsen** 25,00 bis 31,00, **kleine Speise-Erbsen** 23,00—25,00. **Futtererbsen** 19,00—21,00. **Peluschken** 20,00—21,00. **Ackerbohnen** 20,00 bis 21,00. **Wicken** 23,00—25,50. **Lupinen,** blaue 11,50—12,50, gelbe 14,00—14,50. **Serradella** alte 16,00—21,00, neue 26,00—29,00. **Rapskuchen** 14,50—14,70. **Leinkuchen** 18,20—18,50. **Trockenschnitzel** 8,30—8,60. **Soya-Schrot** 18,40—18,60. **Torfmelasse** 80/70 —. **Kartoffelflocken** 13,70—14,00.

Amtliches.

Unter dem Viehbestande des Gutsbesitzers **Oswin Hähne** in **Pahrenz Nr. 7** ist die **Maul- und Klauenseuche** bezirkstierärztlich festgestellt worden. Auf die bereits erlassene Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft wird Bezug genommen.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande von Gutsbesitzer **Alfr. Kießling** in **Pahrenz.**

Großenhain, am 15. März 1926.

F. **Die Amtshauptmannschaft.**

Das im Grundbuche für **Strehla** Blatt 635 auf den Namen des Kaufmanns **Ernst Otto Heinig** eingetragene Grundstück soll

am 20. Mai 1926, vormittags 10 Uhr

in der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 8,9 Ar groß und auf 15 700 M. — Vjg. geschätzt. Es besteht aus einem an der Bahnhofstraße gelegenen, ursprünglich als Lagerraum errichteten, später zum Betrieb einer Kofferfabrik eingerichteten Gebäude Nr. 157 B der Ortsliste und aus Hofraum und Garten. Brandversicherung: 12100 RM.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 12. Januar 1926 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Riesa, den 14. März 1926.

Za 1/26 Nr. 2.

Mittwoch, den 17. März 1926, nachmittags ½2 Uhr sollen im **Gasthof Wülknitz** 1 Büfett, 1 Sofa, 2 Polstersessel und 1 Spiegel mit Sockel versteigert werden.

Riesa, am 16. März 1926.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Mittwoch, den 17. März 1926, vormittags 11 Uhr sollen im **Café Finke, Zeithain-Lager,** 1 Mandoline und 1 Zither versteigert werden.

Riesa, am 16. März 1926.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Die Entlassungsfeiern der Riesaer Volksschulen und der Berufsschule Riesa

finden am **Freitag, den 19. März,** statt, und zwar

in der Parkschule	vorm.	9 Uhr
in der Pestalozzischule	vorm.	9 Uhr
in der Schule am Wasserturm	vorm.	10 Uhr
in der Volksschule Gröba	vorm.	9 Uhr
in der Schule am Heideberg	vorm.	9 Uhr
in der Berufsschule (Turnhalle der Pestalozzischule)	nachm.	5 Uhr.

Zu recht zahlreichem Besuch der Feiern wird hierdurch höflichst eingeladen.

Riesa, den 16. März 1926.

Die Lehrerschaft der Riesaer Volks- und Berufsschulen.

Kurzarbeiterfürsorge betreffend.

Durch Verordnung vom 20. Februar 1926 ist für die Zeit vom 1. März bis 1. Mai 1926 eine Kurzarbeiterfürsorge eingeführt worden.

Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes, in dem regelmäßig mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigt werden, können aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Kurzarbeiterunterstützung erhalten, wenn sie in einer Kalenderwoche mindestens drei volle Arbeitstage nicht beschäftigt werden können und dadurch der Arbeitsverdienst entsprechend verringert wird.

Die Kurzarbeiterunterstützung darf nur gewährt werden, wenn in dem Betriebe unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens acht volle Arbeitstage, in jeder Kalenderwoche aber mindestens zwei volle Arbeitstage ausgefallen sind. Auf die Frist von acht Tagen dürfen mehr als drei Tage in jeder Kalenderwoche nicht angerechnet werden.

Kurzarbeiterunterstützung darf auch gewährt werden, wenn der Betrieb unmittelbar zuvor mindestens drei Wochen hintereinander geruht hat. Der Arbeitgeber hat dem öffentlichen Arbeitsnachweis eine Anzeige zu erstatten, aus der sich ergibt, daß die Voraussetzungen für die Unterstützung und ihre Höhe erfüllt sind. **Die Unterstützung beginnt mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis folgt.**

Der Arbeitgeber hat den Unterstützung beziehenden Kurzarbeitern jede Woche eine Bescheinigung auszustellen, worauf verzeichnet ist, wie lange die Kurzarbeit in der betreffenden Woche gedauert hat. Der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haftet für mißbräuchlich in Anspruch genommene Unterstützung.

Mit dem Eintreten der Kurzarbeiterfürsorge ist die Aussetzerunterstützung eingestellt worden mit Ausnahme derjenigen, die vor dem 1. März bereits solche bezogen haben. Diesen Leuten kann bis zum 27. ds. Mts. die Unterstützung weitergezahlt werden, weiterhin aber nur dann, wenn sie bis zu diesem Zeitpunkt beim öffentlichen Arbeitsnachweis die Entlassungspapiere vorgelegt haben. Eine Wartezeit ist dabei nicht durchzumachen.

Großenhain, am 15. März 1926.

Oeffentlicher Arbeitsnachweis Großenhain, Radeburg und Riesa.

Wegen Massenschüttung wird die Straße von **Prausitz nach Pahrenz** vom 16.—19. März **gesperrt.** Der Verkehr wird über Bahnhof Prausitz verwiesen.

Der Bürgermeister.

Visitenkarten
für
Tanzstunde
und andere Angelegenheiten in verschiedenen Ausführungen fertigt umgehend
an
Tageblattdruckerei
Riesa, Goethestr. 59

Plan
der
Stadt Riesa
mit Umgebung und Straßenverzeichnis
Preis 1,50 Mk.
verkauft
Alleinverlag
Langer & Winterlich
Tageblatt-Druckerei
Riesa, Goethestr. 59.

Zur Abwehr.

Seit einiger Zeit erscheinen in Tages- und Fachzeitungen Artikel, die ihrem Inhalte nach recht geeignet sind, in der breiten Oeffentlichkeit Mißstimmung gegen die Gemeindeverwaltungen und die dort beschäftigten Beamten hervorzurufen. Die Artikel stellen fast durchweg in den Vordergrund: Der Beamtenapparat ist aufgebläht, der Beamten sind zu viele, ihre Besoldung ist zu hoch! — nur bei äußerster Sparsamkeit in den Gemeindeverwaltungen kann erwartet werden, daß sich die Lasten der einzelnen Gemeindebürger verringern und ein Gesunden der Wirtschaft im allgemeinen wieder eintritt.

In diesem und ähnlichem Sinne schreiben zahlreiche Tageszeitungen, und auch fast ausnahmslos die Fachblätter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, des Handwerks, selbst die wichtige Fachzeitung Ferkel- und Läuferhändler. Es ist deshalb an der Zeit, einiges zu diesen Darstellungen zu sagen.

Seit 1913, mehr noch aber seit 1918, dem Jahre, das für Deutschland auf dem gesamten Gebiete des Staats- und Gemeindewesens tiefeinschneidende Aenderungen brachte, haben sich die Verhältnisse, besonders die der Gemeinden, ganz anders gestaltet. Neue Aufgaben sind hinzugetreten, andere, schon vorhandene, sind erweitert worden. Es sei hierbei erinnert an den ungeahnten Ausbau der sozialen Fürsorge auf allen Gebieten, besonders zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und geistigen Not, umfassend: Armenfürsorge, Kinderfürsorge, Mutterschutz, Vormundschaft, Fürsorgeerziehung, Jugendgerichtshilfe, Erholungsfürsorge, Sozial- und Kleinrentnerfürsorge. Auch die soziale Gesetzgebung hat in den verschiedenen Zweigen des Versicherungswesens nicht nur umfassende Aenderungen, sondern auch bedeutende Erweiterungen und damit ein gerüttelites Maß voll Mehrarbeit gebracht.

Neu sind die Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriegsfolgen für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene, neu ist die Bekämpfung der Wohnungsnot, die heute einen Umfang angenommen hat, der beispiellos ist (Wohnungsbau, Wohnungsnachweis, Mietstreitigkeiten).

Wer kannte vor dem Kriege den Gemeindegiroverkehr? Eine Einrichtung, die sich den größten Bankunternehmen ebenbürtig an die Seite stellen kann, und von der Industrie und Handel stark profitieren. Wer dachte früher an die kostenlose Totenbestattung, ein gemeindliches Bestattungswesen?

Daß alles dies nicht ohne wesentliche Vermehrung der Arbeitskräfte durchgeführt werden kann, ist selbstverständlich.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Einverleibung von Vororten, die Errichtung von Schulen und Fachschulen, die bedeutende Erweiterung von Gemeindebetrieben und -anstalten, die Errichtung und der Ausbau von Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken und Straßenbahnen eine bedeutende Vermehrung der Kräfte notwendig macht.

Welch gewaltige Arbeitsvermehrung hat die Erwerbslosenfürsorge gebracht (= die Fürsorge für die Arbeitnehmer, die der private Arbeitgeber nicht weiter beschäftigt), weiter die Einrichtung und Unterhaltung der Arbeitsämter und Arbeitsnachweise, die im Interesse der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber geschaffen worden sind und früher von diesen selbst unterhalten werden mußten.

Mit der allgemeinen Entwicklung der Gemeinde, insbesondere der Großstädte vermehren sich auch die Gemeindeanstalten aller Art; es sei nur erinnert an die Errichtung oder Uebernahme von Schlachthöfen, Abfuhrbetrieben, Krankenanstalten, Pflegeheimen, Kinderheimen. Auch Einrichtungen und Aufgaben der freiwilligen Wohlfahrtspflege, früher von Vereinen und Verbänden getragen, sind durch die veränderten Wirtschaftsverhältnisse auf die Gemeinden übergegangen.

Die Gesetze, die das Arbeitsrecht berühren, haben — wie übrigens auch in der privaten Wirtschaft — dem öffentlichen Arbeitgeber neue Geschäfte gebracht und nehmen aus den Kreisen der Arbeitnehmer für Betriebs- und Berufsvertretungen — die Industrie fühlt das ja selbst — Kräfte in Anspruch. Die Arbeitszeitregelung hat überall, auch in der freien Wirtschaft, die Zahl der Beschäftigten erhöht.

Die Steuergesetzgebung hat allen Arbeitgebern — den privaten und öffentlichen — große Aufgaben auferlegt und zahlreiche neue Kräfte in Anspruch genommen. Das gilt besonders für die mit dem Steuerabzug vom Arbeitslohn zusammenhängenden Arbeiten, denn hierzu sind bei größeren Verwaltungen (und industriellen Unternehmen) nicht selten besondere Abteilungen einzurichten gewesen. Die Steuergesetzgebung ist jetzt viel komplizierter als früher. Dies tritt bei den Gemeinden besonders in Erscheinung bei der Veranlagung, Einhebung und Abrechnung der Arbeitgeberabgabe, der Mietzins-, Gewerbe- und Kirchensteuer. Während früher die Steuererhebung in höchstens vier Terminen erfolgte, ist sie jetzt für einzelne Steuergattungen bis zu 36 Terminen im Jahre ausgedehnt. Daß dies ein bedeutendes Mehr an Arbeit erfordert, bedarf keines Beweises. Für die riesige Arbeitsvermehrung kann aber der Uebergang der Einkommen- und Umsatzsteuer an das Reich keineswegs als Ausgleich angesprochen werden.

Eine Vermehrung der Zahl der Beamten ist auch dadurch eingetreten, daß Arbeiter und Angestellte, deren Beschäftigungsverhältnis im Lauf der Zeit der Behörde gegenüber ein festeres und verantwortlicheres geworden ist, ins Beamtenverhältnis übergeführt worden sind. Dabei sind Beamtengruppen geschaffen worden, die früher als solche selten waren — städtische Kapellenmitglieder, Gemeindefeuerwehr u. a. Damit ist, wie gesagt, zwar die Zahl der Beamten, nicht aber die Zahl der Beschäftigten größer geworden. Dies wird sich wiederholen je nach Stimmung und Richtung, die die Gemeindekollegien beherrschen.

Alles das aber, was zu der bedeutenden Erweiterung und Vermehrung der öffentlichen Verwaltungsaufgaben und der damit notwendigen Vermehrung der Beamten beigetragen hat, ist nicht von selbst entstanden, sondern von den Volksvertretern im Reich, in den Ländern und Gemeinden veranlaßt oder beschlossen worden. Hier müßte die Kritik einsetzen, nicht aber an dem Verwaltungskörper, der diese Neuaufgaben zu erfüllen hat.

Unberücksichtigt bleibt bei der Kritik auch, daß die meisten Beamten im Felde gewesen sind. Viele von ihnen sind kriegsbeschädigt oder krank zurückgekommen, sind aber wegen ihres Gebrechens oder ihres Leidens nicht immer an den von ihnen innegehabten verantwortlichen Stellen zu beschäftigen. Außerdem ist den Gemeinden gesetzlich die Verpflichtung auferlegt, Kriegsbeschädigte, auch solche, die für sie als Berufsfremde gelten, zu beschäftigen, und sie können sich dieser Verpflichtung nicht entziehen.

Wenn im Publikum von „Beamten" die Rede ist, wird gewöhnlich nur an Verwaltungsbeamte gedacht. Daß aber in der Zahl der „Beamten" eine große Anzahl anderer Beamter (Technik, Verkehr, Betrieb, Wissenschaft) enthalten ist, wird fast nie erwähnt.

Die Berufsvertretungen der freien Wirtschaft (Verbände, Schutzgemeinschaften, Genossenschaften, Arbeitgeberverbände) sind auch viel zahlreicher als vor dem Kriege. Sie beschäftigen, was dort für selbstverständlich gehalten wird, eine größere Anzahl von Kräften als früher und belasten infolgedessen ihre Mitglieder auch mit höheren Beiträgen. Die gegenwärtigen, weit über Friedenshöhe liegenden Handels- und Gewerbekammerbeiträge sprechen ebenfalls eine sehr deutliche Sprache.

Auch die Organisationen der Landwirtschaft haben in verschiedenen Teilen des Reiches sich bedeutend vermehrt und vergrößert. Kröffin-Barth schreibt im Beamtenbund 1926 Nr. 6 sehr treffend: „Es würde sich empfehlen, den Landbund mit seinen unzähligen Zweigstellen, Buchstellen und deren Beziehungen näher anzusehen und zu prüfen, ob hier nicht eine fühlbare Reduzierung der Kräfte und Einrichtungen vorzunehmen ist. Die Beiträge, die der Landwirt, ganz besonders der kleine, an diese Einrichtungen abtreten muß, sind ganz erhebliche."

Die Beamtenschaft hat ferner durch ihre dienstliche Tätigkeit wiederholt feststellen können, daß in einer großen Anzahl industrieller Betriebe die Zahl der kaufmännischen und technischen Beamten auch nicht mehr im gleichen Verhältnis zur Arbeiterschaft steht wie vor dem Kriege. Feststellungen in dieser Hinsicht würden sehr interessante Ergebnisse zeitigen. Bei Gegenüberstellung der Gehaltsaufwendungen dürfte man allerdings die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder, Direktoren und Steuersyndizi nicht vergessen.

Nun noch ein Wort zur Erhöhung des Beamtenetats. Sie hat die gleichen Ursachen wie die Erhöhung aller Preise in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, das ist die „Teuerung". Solange viele Gegenstände des täglichen Bedarfs (Zeitung, Kleidung und Nahrung) bis zu 100 v. H. teuerer als vor dem Kriege sind, so lange wird man schon dafür Verständnis haben müssen, daß auch die beamteten Arbeitnehmer, die keine Konjunktur ausnützen können, die ihre ganze Zeit und Kraft ihrem Amte zu widmen haben, dieser Teuerung entsprechend entlohnt werden müssen. Wenn aber beliebt wird, darauf hinzuweisen, daß Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft die Gehälter für die Beamten aufbringen müssen, so sei nur daran erinnert, daß die Beamten durch äußerst gewissenhafte Steuerzahlung ihren Gehalt nach ihrem Teile selbst mit aufbringen müssen, daß aber die freie Wirtschaft keinen Pfennig mehr bezahlt, als sie nach ihrem „buchmäßigen" Verdienst unbedingt zu zahlen hat. Wenn die Beamten mit ihren Gehältern aber auf diese Steuern angewiesen wären, dann würden sie wohl manchmal lange warten müssen.

Nicht uninteressant ist es aber, einmal zu sehen, wie und von wem denn die Steuern im Reiche aufgebracht werden.

Nach den monatlichen Uebersichten des Reichsfinanzministeriums im Reichsministerialblatt betragen in den Monaten April bis Dezember 1925 (9 Monate) die Einnahmen an Einkommensteuer 1 682 964 483 Mk., und zwar 1 101 666 791 Mk. Lohnsteuer und 580 697 692 Mk. andere Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist mit 1 700 000 000 Mk. aufs Jahr veranschlagt, mithin 1 275 000 000 Mk. auf neun Monate. Der Voranschlag wird sonach allein schon durch die Lohnsteuer erreicht. Wenn man dann weiter in Betracht zieht, daß im gleichen Zeitraume auch die Umsatzsteuer, die ebenfalls von den breiten Massen getragen wird, einen Ueberschuß von 25 000 000 Mk. gebracht hat, dagegen die Körperschaftssteuer, die von den Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. zu entrichten ist, und die Vermögenssteuer in gleichem Zeitraume ein Minus von weit über 200 000 000 Mk. ergeben haben, so wird wohl auch dem Laien klar, wer unter der Belastung von Steuern zu leiden hat.

Auch sei hier darauf hingewiesen, daß lediglich die Lohnsteuer das Reich in den Inflationsjahren 1922 und 1923 gerettet hat, und daß während dieser Zeit eine große Anzahl Gewerbetreibender so gut wie keine Steuern bezahlt

---

Das Herz soll vertrauen.

Roman von Seifert Klinger.

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Aber wenn er seine Gewohnheiten änderte, des Nachts schlief, was sollte er dann in aller Welt mit dem endlos langen Tage beginnen? Vielleicht im Büro am Schreibtisch sitzen und sich von einem der jungen Affen belehren lassen?

Er schüttelte sich.

Da galt es dann, vielen spöttischen Blicken standzuhalten, die von vornherein seine Ausdauer bezweifelten.

„Am auffälligsten trieb es seine eigene Frau. Sie traute ihm nichts Gutes mehr zu. Sie hatte ihn aufgegeben."

„Aber gerade ihre Pflicht wäre es gewesen, ihn zu halten, als er im Begriff gewesen, zu sinken. Sie war doch eine energische Frau. Warum hatte sie sich nicht mehr mit ihm beschäftigt?"

Einige Male wurden ihm Vorhaltungen gemacht, sie hatte versucht, ihn ins Büro zu stecken, und als ihr dieser Anschlag auf seine Freiheit mißlang, da hatte sie sich kühl und hochmütig von ihm abgewendet. Von da an war er Luft für sie.

Ja, warum! Konnte er da wirklich fragen?! Sicher dachte sie immer noch an Rode, welcher damals sein Rivale gewesen. Rode war ein Arbeitstier, den hätte sie heiraten sollen, da wären zwei Erzphilister zusammen gekommen.

Daß er selbst damals mit allen Mitteln seine Verlobung mit Elvira betrieben, daß seine junge Frau ihn dann angefleht, beschworen hatte, von den Karten zu lassen, das hatte er offenbar vergessen.

Jedenfalls befand er sich in einer äußerst mißmutigen Stimmung, und wie alle schwachen Naturen, bürdete er die Schuld an seinem Elend anderen auf — in diesem Falle seiner Frau.

„Hol sie der Kuckuck, wenn sie mir wegen des Geldes Scherereien macht. Ich muß es haben, koste es, was es wolle, und dann werden wir weiter sehen."

Er warf sich in die Brust, trat fester auf als gewöhnlich, und verließ sein Zimmer.

Dann aber fiel es ihm ein, daß Loni erkrankt war.

Er schnitt ein Gesicht, als schlucke er Essig, aber das mußte natürlich sein. Das ganze Haus hätte ihn als Rabenvater verschrien, wenn er nicht die übliche Teilnahme gezeigt hätte.

Als er Lonis Stübchen betrat, atmete er auf. Sie — seine Frau war nicht da.

Er trat an das weiße Lager und beugte sich über das stille Gesichtchen mit den geschlossenen Augen, das so bleich und reglos in den Kissen lag.

Der Anblick packte ihn. Verstört sah er die Pflegerin an, die sich bei seinem Eintritt erhoben und dann wieder geräuschlos ihren Platz eingenommen hatte.

„Hier muß doch etwas geschehen, Schwester! Das Kind kann doch nicht hilflos zugrunde gehen!"

„Vorläufig können wir nichts beginnen. Wir warten auf den Arzt. Hoffentlich kommt er bald."

„Wo ist meine Frau?"

„Am Apparat, soviel ich weiß, um den Arzt zu rufen!"

Noch einen scheuen Blick warf er auf das stille Gesicht seines Kindes, dann ging er hinaus.

„Wenn Loni starb, waren keine Erben da, dann hatte es keinen Sinn mehr, Geld anzuhäufen, den Geschäftsbetrieb beständig zu vergrößern, dann kam es auf den Verlust einiger Hunderttausende nicht mehr an."

Aber dann schämte er sich vor sich selber. Wie kamen ihm doch nur so egoistische, abscheuliche Gedanken!

Elvira hielt noch den Hörer. Wie das verkörperte Leid kauerte sie auf dem Sessel neben dem Apparat. Ihr Gesicht war so weiß, wie das Kleid, das sie trug.

Sie hob den Blick nicht, als Arno zu ihr herantrat. „Guten Morgen, Elvira. Ich war soeben bei Loni. Das sieht ja böse aus mit dem Kinde. Hoffentlich —"

„Gott wird barmherzig sein," murmelte sie.

„Ja, hm — gewiß — selbstverständlich ... Hast du nicht ein paar Minuten Zeit für mich, Elvira? Bitte leg doch den Hörer hin, wer dich sprechen will, wird sich schon melden."

Sie tat, wie er es verlangte und sah gramvoll zu ihm auf. „Du hast wieder gespielt?"

„Ja. Und leider ein scheußliches Pech gehabt. Um es kurz herauszusagen: Ich habe Sechzigtausend verloren und versprochen, bis zum Abend zu zahlen."

Empörung schnürte ihr die Kehle zu. Vor Jahren waren es hin und wieder 6 000 gewesen, die er verlangt hatte. Jetzt war er unverschämt geworden. Immer häufiger kam es vor, daß er ein Jahreseinkommen verspielte. Sie konnte diese hohen Summen dem Geschäftsbetriebe nicht mehr unbeschadet entziehen. Zudem, wieviel Gutes hätte mit dem Gelde gestiftet werden können. So wurde es unnütz vergeudet, an irgendeinen Spieler verloren, der es bei nächtlichen Gelagen durchbrachte.

Elvira hatte sich fest vorgenommen die Spielschulden ihres Mannes nicht mehr zu bezahlen. Doch nebenan lag das schwerkranke Kind. Zu einer Szene mit Arno durfte sie es in dieser Stunde nicht kommen lassen.

„Andere Ehemänner verbrauchen für galante Abenteuer mit schönen Frauen das Dreifache."

Dies war Arnos stereotype Redensart. Stets erinnerte er sie daran, daß ihm die Frauen gleichgültig waren, daß sie sich glücklich schätzen könne, einen so treuen Gatten zu besitzen.

Elvira sagte: „Es ist das letztemal, Arno, daß ich deine Spielschuld bezahle. Richte dich bitte danach. Die Herren Prokuristen haben mich schon vor längerer Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß wir in Zahlungsschwierigkeiten geraten müssen, wenn wir dauernd dem Geschäft so hohe Summen entziehen. Du erhältst für deine eigenen Bedürfnisse monatlich dreitausend Mark. Richte dich bitte damit ein. Ich darf diese Verschwendung nicht weiter dulden."

Sie setzte sich schweigend an den Schreibtisch und füllte ein Scheckformular aus über den Betrag von 60 000 M.

Ohne ein Wort zu sagen, überreichte sie es ihrem Manne.

Ohne ein Dankeswort nahm er es entgegen, mit zusammengekniffenen Lippen und böse funkelnden Augen.

Er schien sich schnell genug hinauskommen zu können.

Die junge Frau blieb auf ihrem Platz in gebrochener Haltung. O dieses Elend, dieser grenzenlose Jammer! In welch ein unsagbares Unglück war sie durch eigene Schuld, durch ihr törichtes, durch nichts gerechtfertigtes Mißtrauen geraten!"

Die Klingel am Apparat unterbrach ihre gramvollen Gedanken.

Professor Rode war am Apparat. Nach Jahren hörte sie nun wieder seine warme dunkeltönende Stimme, die ihren Ohren wie Erlösung klang.

„Gnädige Frau wünschen mich zu sprechen. Wenn es sich nicht um einen besonders schweren Fall handelt, so bitte ich, auf meine Hilfe zu verzichten. Ich habe das Haus voller Gäste. Mein Sohn feiert seinen Geburtstag."

„O Herr Professor, bitte, bitte kommen Sie sofort, meine kleine Tochter hat einen schweren Unfall erlitten und ist seit Stunden ohne Bewußtsein trotz aller Bemühungen des Herrn Doktor Arve. Er verwies mich an Sie. Wenn noch menschliche Hilfe etwas vermag, so kann es nur durch Sie geschehen, sagte der Herr Doktor."

Sie lauschte mit verhaltenem, stockendem Atem, ihr bleiches Gesicht hatte sich mit dunkler Röte gefärbt.

„O bitte, bitte!" flehte sie in ersticktem Ton.

„Ich bin in wenigen Minuten dort," klang es zurück.

„Tausend Dank!" hauchte sie, „der Himmel vergelte es Ihnen."

Sie war so aufgeregt, so vom Jammer, aber auch von neu erwachender Hoffnung durchrüttelt, daß sie in die Knie brach und aufschluchzend ihren Kopf auf die Seidenpolster des vor ihr stehenden Sessels barg:

„Meine süße Motte, meine Loni, du wirst leben, denn er wird dir beistehen."

14.

Kaum zehn Minuten später betrat der Professor das Krankenzimmer.

Elviras Gesicht war jetzt wieder bleich. Dunkle Ränder zeichneten sich unter den verweinten Augen ab.

Sie ging ihm entgegen, ihre Züge belebten sich ein wenig. In tiefer Bewegung streckte sie ihm die schmale zarte Hand entgegen.

Er schien dieselbe nicht zu bemerken. Stumm verneigte er sich. Er trat an das Bett des Kindes. Er beugte sich über die wie tot daliegende kleine Gestalt.

Er untersuchte die Wunde, verband sie von neuem und stellte dann, unterstützt von der Pflegeschwester, Wiederbelebungsversuche an, die bald Erfolg hatten.

Doch die Kleine schien sehr zu leiden. Ihr Gesichtchen verzog sich schmerzhaft. Die vorher erblaßten Bäckchen brannten in Fieberglut, die schönen dunklen Augen — die Augen der Mutter — öffneten sich weit in heißem Glanz und schauten irr ins Leere, die trockenen Lippen flüsterten unzusammenhängende, unverständliche Worte.

Der Professor beobachtete die kleine Patientin und traf dann seine Maßnahmen, um ihr Erleichterungen zu schaffen.

Elvira stand am Kopfende des Bettchens, die Hände krampfhaft ineinander verschlungen, ein Bild leidender Mutterliebe.

„Es ist ein schweres Wundfieber im Anzuge," sagte der Professor, „alles kommt auf genaueste Befolgung

bal, weil die zu entrichtenden Steuerbeträge infolge der rasenden Geldentwertung an den Fälligkeitstagen völlig entwertet waren. Daß den Kreisen, die nicht zu den Arbeitnehmern zählen, jetzt, nachdem die Steuern wieder in Gold zu bezahlen sind, das Steuerzahlen schwerfällt, ist wohl verständlich. Daß aber auch heute noch die Lohnsteuer die gesamte öffentliche Finanzverwaltung trägt, ist bei den Verhandlungen im Steuerausschuß des Reichstages zum Ausdruck gekommen. Die Reichsregierung hatte zur Bedingung gemacht, daß das Aufkommen der Lohnsteuer nicht unter 1200 Millionen sinken dürfe, „weil sonst die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden nicht balanciert werden könnten."

Die Wirtschaftskreise und Parteien, die, oft überstürzt, ein Gesetz nach dem anderen fordern und beschließen und die die Durchführung der Gesetze meist den Gemeinden aufbürden, die aber auch zur Sicherung ihrer Person oder ihrer Unternehmungen noch obendrein immer nach Staatsschutz und Sicherheit rufen, scheinen es nicht begreifen zu können, daß zu neuen Arbeiten und neuen Aufgaben auch Köpfe und Hände gehören.

Vom Steuerausschuß des SGB.

Staatshilfe für notleidende Industriezweige?

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

gn. Bisher ist es immer noch der Grundsatz der deutschen Schaffens- und Tatkraft gewesen: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott. Bisher konnte sich die deutsche **Industrie** diesen Grundsatz ebenfalls leisten, weil sie im Ausland konkurrenzfähig war, weil die Beschaffenheit ihrer Erzeugnisse jede andere Ware übertraf und weil sie es verstand, den Bedürfnissen der von ihr versorgten Länder Rechnung zu tragen. Diese herrschende Stellung unserer Industrie ist naturgemäß zunächst während des Krieges vernichtet worden und wenn während der Inflation eine Scheinblüte einsetzte und Deutschland ausverkauft wurde, so haben die Neuordnung der Währung, die katastrophalen Steuerlasten, die rücksichtslose Kreditsperrpolitik unserer Industrie — man kann es ruhig sagen — den Todesstoß versetzt. Alle die unzähligen Arbeitslosen, alle die geschlossenen Fabriken und Betriebe reden darüber eine erschütternde Sprache. Das muß auf jeden Fall betont werden, wenn man heute über das Elend unseres industriellen Lebens spricht. Aber es darf auch auf keinen Fall vergessen werden, daß unsere Industrie es nicht verstanden hat, sich in wirksamer Weise gegen diese Bedrängnisse zu wehren, daß ihre Spitzenverbände und Syndizi nicht den Beweis erbracht haben, wie man die Oeffentlichkeit gegen drohende Gefahren mobil macht und weiteste Volkskreise über ihr Schicksal aufklärt, das sie jetzt als Arbeitslose und Hungernde am eigenen Leibe spüren müssen.

Nun liegt unsere Industrie danieder und in ihren Absatzgebieten — in und außerhalb Deutschlands — macht sich die ausländische Konkurrenz breit. Nicht nur in unseren Exportländern gelingt es uns nicht mehr, auch nur annähernd die Aussichten auf den früheren Absatz zu verwirklichen; auch in Deutschland selbst faßt das Ausland immer mehr Fuß. Schreib- und Nähmaschinen, Fahr- und Motorräder, Automobile und Lastkraftwagen, Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen — sie alle haben in den entsprechenden Auslandsfabrikaten einen starken und leistungsfähigen Gegner gefunden. Und das Ausland holt zu neuen Schlägen aus: unsere Schallplatten- und Fleischkonservenindustrie sind die nächsten, die sich speziell Amerika aufs Korn genommen hat. Unsere inländische Margarinefabrikation kämpft längst einen verzweifelten Kampf gegen die englisch-holländischen Trusts mit ihrer Riesenreklame und ihren ständig wachsenden Fabrikmarken. Selbst unsere Farbenindustrie, ja unsere chemische und Heilmittelfabrikation, die früher unübertroffen in der Welt waren, macht sich auf Ueberseekonkurrenz gefaßt — ein Beweis dafür, daß es unsere Industrie nicht verstanden hat, bewährte Kräfte — Ingenieure, Mechaniker, Erfinder, Chemiker — im Lande zu halten, sondern sie seelenruhig auswandern zu lassen! —

All das sind Dinge, die in den betroffenen Industrieen längst bekannt sind. Man sieht mit offenen Augen die ausländische Konkurrenz, aber man tut nichts zu ihrer Abwehr, das heißt zur Aufklärung des kaufenden deutschen Publikums. **Was hilft es da, wenn jetzt zum Beispiel der Generaldirektor Schapiro von den Benz-Daimler-Werken in einem Berliner Abendblatt feststellt, daß die Fabrikate der deutschen Automobilindustrie allen Auslandsfabrikaten an Qualität überlegen seien und im gleichen Atemzuge nach Staatsmitteln ruft, um die deutsche Automobilindustrie auch fürs Ausland konkurrenzfähig zu machen!** Was hilft es, daß er darüber klagt, daß Deutschland im Vergleich zu seiner Bevölkerungsziffer eine viel geringere Anzahl Automobile im Gebrauch hat als seine Konkurrenzstaaten, und zu gleicher Zeit — vergißt, die Gründe dafür anzugeben! daß nämlich unsere deutsche Industrie für den Massenkonsum zu teuer arbeitete und den Zahlungsnotwendigkeiten eines verarmten Landes nicht nachzukommen verstand! Was hilft es, wenn der Herr Generaldirektor die verfehlte deutsche Wirtschaftspolitik mitschuldig an der Exportunfähigkeit unserer Automobilindustrie macht, aber von der Schuld der Automobilindustrie selbst diese Politik sang- und klanglos über sich haben kommen zu lassen, kein Wort erwähnt? Heute, da es zu spät ist, wird festgestellt, daß die deutschen Automobilwerke 300 000 Menschen Brot geben, daß es aber eine Million sein könnte! Warum hat man das nicht **hinausgeschrien**, als es Zeit war, als durch einen einmütigen Aufstand unserer Gesamtindustrie manche drückende Steuer, manche untragbare Last hätte verhindert werden können? Sieht der Herr Generaldirektor denn jetzt wenigstens in seiner eigenen Industrie, daß sie aufgewacht ist aus ihrer Lethargie, daß sie etwas gegen die Auslandskonkurrenz tut, daß sie vor allem die **Massen** für ihre Belange als für die von Hunderttausenden, ja vielleicht von Millionen deutschen Arbeitern zu interessieren weiß? Weit gefehlt! Es regt sich nichts im Blätterwald. Ein paar Artikel von irgendeiner Prominenz machen den Kohl nicht fett. Und da es zum Frühjahr geht und das Geschäft sich sowieso wieder ein wenig belebt, denkt man wieder, man hat's auch garnicht mehr nötig, weiteste Kreise im eigenen Lande für die Lebensnotwendigkeiten eines wichtigen Industriezweiges zu interessieren. Aber nach **Staatshilfe** ruft man!

Wir gönnen wahrhaftig jeder notleidenden heimischen Industrie jede Art der Staatshilfe. Wir fordern sie sogar mit Rücksicht auf die Existenz unseres arbeitenden Volkes. Aber wir würden Staatsmittel für unnötig halten da, wo man noch immer nicht aus einer gewissen Gleichgültigkeit der Oeffentlichkeit gegenüber erwacht ist und noch immer nicht begriffen hat, daß jeder Kampf nur halb so schwer ist, wenn man dabei weite Kreise des eigenen Volkes neben sich weiß. Solange man nicht diese Kreise sich zuzugesellen versteht, liegt — bewußt oder unbewußt — ein Versäumnis und der mangelnde Wille vor, sich selbst zu helfen. Ob aber Staatsmittel dazu da sind, Versäumnisse und Fehler der Industrie selbst gutzumachen und auszugleichen — diese Frage dürfte nicht schwer zu entscheiden sein!

Neues Leben in Friedrichshafen.

Lange Zeit war man auf der Friedrichshafener Luftschiffwerft im Zweifel über die Zukunft. Wenn man auch im Interesse der Erhaltung der Arbeiterschaft schon zu den verschiedensten Aushilfsbeschäftigungen seine Zuflucht genommen, Kochtöpfe, Wärmflaschen usw. hergestellt hatte, wußte man doch nicht, ob man auf diese Weise das Werk des alten Grafen Zeppelin auch nur vorübergehend vor dem Verfall retten könnte.

Jetzt ist die Hoffnung wiedergekehrt, und man blickt mit einiger Ruhe in die Zukunft. Die Zeppelin-Eckener-Spende hat bislang und namentlich in der letzten Zeit einen sehr erfreulichen Fortgang genommen. In der letzten Sitzung des Gesamt-Kuratoriums der Volksspende wurde mitgeteilt, daß von den insgesamt erforderlichen 4 Millionen bereits 2 300 000 M. gesichert sind. Demgemäß wurde beschlossen, dem Luftschiffbau in Friedrichshafen, der bereits mit dem Bau des neuen Luftschiffes begonnen hat, 500 000 Mark als erste Baurate zu überweisen.

Dank der regen Mithilfe der breiten Massen, die eine überaus lebhafte Anteilnahme an dem Friedrichshafener Werk bekundeten, kann nun das deutsche Volk dem Luftschiffbau wieder näher treten; und wenn die Sammlungen in der bisherigen Weise fortschreiten, so ist kein Zweifel, **daß die große Schöpfung Zeppelins dem deutschen Volk erhalten bleiben wird.**

Die Kolonialfrage.

Seitdem durch Locarno die deutsche Kolonialfrage wieder in den Vordergrund des Interesses getreten ist, da mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch dieses Programm in aller Oeffentlichkeit wieder aufgerollt werden soll, sind auch wir verpflichtet, uns wieder mehr denn je mit ihm zu beschäftigen. Es ist daher sehr lehrreich, wenn ein alter Kolonialkenner wie Oberregierungsrat Dr. Dannert, kürzlich einmal in aller Knappheit die Faktoren zusammenfaßte, die rein vom volkswirtschaftlichen Standpunkt schon für die Rückforderung unserer Kolonien sprechen. Dieser Kenner tritt besonders den Zweifeln entgegen, die darin gipfeln, daß das Reich wegen der erforderlichen Unkosten keine Kolonialpolitik mehr vertrage. Von den Gegnern der kolonialen Propaganda werden immer irreführende Ziffern verbreitet, so diese, daß der gesamte Ein- und Ausfuhrhandel der deutschen Kolonien im letzten Vorkriegsjahre nur 110 Millionen Mark betragen habe und zwar angeblich 57 Millionen Einfuhr und 53 Millionen Ausfuhr. Demgegenüber stellt Oberregierungsrat Dannert fest, daß der Gesamthandel unserer Schutzgebiete nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1908 138 Millionen, 1910 230 Millionen und 1912 schon 263,5 Millionen Mark betrug, wobei Kiautschou allein mit einem Gesamthandel von 101 Millionen Mark eingesetzt werden konnte. Im Jahre 1913 erreichte der Gesamthandel Südwestafrikas allein fast 114 Millionen Mark, während der Gesamthandel aller Kolonien auf über 400 Millionen Mark gestiegen war. Ohne in eine Utopie zu verfallen, können wir wohl sagen, daß unsere zum weitaus größten Teil zukunftsreichen Kolonialgebiete heute, wenn sie noch unter deutscher Herrschaft ständen, ganz andere Handelsziffern aufzuweisen hätten. Sehr wichtig sind auch zur Beurteilung dieser Frage die statistischen Nachweisungen des Auswärtigen Amtes, wonach Deutschland an tropischlandwirtschaftlichen Produkten im Jahre 1924 nicht weniger als im Werte von 1 440 100 000 Mark einführen mußte. Die Gesamtausfuhr der ehemaligen fünf deutschen Schutzgebiete im Jahre 1924 erreichte den Wert von 208 Millionen Mark, d. h., er hat genau 15 Prozent der deutschen Gesamteinfuhr an aus diesen Gebieten zu beziehenden subtropischen Produkte erreicht. So konnten wir schon heute aus unseren einstigen Schutzgebieten die Hälfte unseres gesamten Bedarfes an Pflanzenfetten, ⅘ an Wachs, ⅗ an Tropenhölzern, ¾ an Kakao, ⅘ an Kaffee und ⅘ an Kautschuk beziehen. An Sisalhanf wird sogar zurzeit in diesen Gebieten das 2½fache, an Superphosphaten sogar das 15fache des deutschen Bedarfs erzeugt, was wertvolle Ueberschüsse für unsere Außenhandelsbilanz ergeben könnte. Auch jedem Laien wird durch wenige Blicke auf die deutsche Einfuhr klar, wieviel teures Geld für Bananen, Baumwollsaat, Baumwolle und viele andere tropische Naturprodukte wir ins Ausland gehen lassen müssen, die wir aus unseren Kolonien beziehen könnten. Diese knappen Angaben geben natürlich nur einen winzigen Bruchteil von dem wieder, was wir verloren haben und was wir in irgendeiner Weise wieder erringen müssen, wenn wir je dazu imstande sein sollen, die uns von unseren Feinden vertraglich auferlegten Zahlungen leisten zu können. Die Kolonialfrage steht daher in allerengster Verbindung mit der Frage, wie unsere gesamte deutsche Volkswirtschaft wieder gesunden kann und ist von jedem, der es ehrlich mit dem Aufschwung seines Vaterlandes meint, in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Messungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Riesa).

14. März 1926: 1,2 mm Niederschlag.
15. März 1926: 4,2 mm Niederschlag.

---

meiner Anordnungen an. In drei Stunden komme ich wieder."

„Es soll nichts, nichts versäumt werden, Herr Professor." Die junge Frau hatte nun doch seine Hand erhascht und drückte sie in überquellender Dankbarkeit, „und nicht wahr, ich darf doch hoffen? O rauben Sie mir nicht alle Hoffnung, das Kind ist ja mein alles — mein einziges Glück. Ich darf es nicht verlieren. Oder auch ich mag nicht weiterleben."

Jetzt zum ersten Male sah er Elvira an, sah, wie schmal und leidgezeichnet ihr schönes Gesicht geworden. Eine so furchtbare Veränderung war nicht das Werk einer bangen Stunde, das konnte nur die Folge von jahrelangem seelischen Leid sein.

Wie mutwillig hatten einst diese dunklen schönen Augen gesprüht, die vollen rosigen Lippen hatten so gern gelacht und die köstlichen Farben auf den sanftgerundeten Wangen glichen blühenden Rosen.

Jetzt standen die dunklen Augen so unnatürlich groß in dem überzarten Gesicht, die schmalgewordenen Lippen waren in herbem Weh geschlossen, und wenn sie sich öffneten, schienen sie nur widerwillig zu sprechen. Wie in Gram erstickt klang jedes Wort, das sie sprachen.

„Sie werden sofort zu Bett gehen, gnädige Frau und ausruhen," ordnete der Professor an, „die Pflege überlassen Sie ganz zwei Schwestern, die sich ablösen müssen. Ich werde Ihnen ein Beruhigungsmittel verschreiben, wonach völlige Entspannung der Nerven eintritt."

Angstvoll schüttelte Elvira die dunklen Flechten: „Es ist doch unmöglich, Herr Professor, daß ich schlafe, während mein Kind mit dem Tode kämpft."

„Sie müssen weiter denken, gnädige Frau. Jetzt befindet sich das Kind in bester treuester Hut bei den Schwestern und Sie können denselben absolut nicht nützen. Wenn das Fieber jedoch nachgelassen hat, wird die Kleine oft nach Ihnen verlangen. Dann werden Anforderungen an Ihre Widerstandskraft gestellt werden."

Widerstrebend und mit schwerem Herzen fügte sich Elvira. Sie mußte ja zugeben, daß der Arzt recht hatte. Mit dem Moment, wo ihr Liebling das Bewußtsein zurückerlangte, begann ihre, der Mutter Tätigkeit, am Krankenlager.

„Aber auch die Nachtwache ließ sie sich nicht nehmen," mit diesem Gedanken legte sie sich nieder.

Die Tropfen, welche Rode ihr verschrieben hatte, nahm sie nicht. Trotzdem schlief sie sofort fest ein. Als sie erwachte, war es dunkle Nacht. Sie knipste das Licht an. Es war zwölf Uhr.

Lange Stunden hatte sie geschlummert und wunderbar erfrischt erhob sie sich, badete das Gesicht in frischem Wasser und schlüpfte in ihren Morgenrock.

Sie schritt durch die Zimmer, stand dann und lauschte. Es herrschte Totenstille.

Da wurde sie von einer unbestimmten folternden Angst ergriffen. Mit fliegenden Gewändern hastete sie nach der Kinderstube. Vorsichtig die duftigen weißen, mit rosa Blumen überstreuten Vorhänge zurückschlagend, schlich sie an das Bett ihres Kindes, beide Hände fest auf das wildpochende Herz gepreßt.

Da lag Loni mit unnatürlich glänzenden Augen und ruhelos tastenden heißen Händchen.

Die Pflegerin war eingenickt, ermunterte sich aber bei dem ersten Geräusch und stammelte verwirrt eine Entschuldigung.

Sie war nicht abgelöst worden. Man hatte keine zweite Pflegerin auftreiben können.

Sie versicherte, daß Loni bis vor wenigen Minuten, wenn auch unruhig, so doch fest geschlafen habe. Da seien in der tiefen Stille auch ihr die Augen zugefallen.

Elvira bezwang ihren Unmut, sie sagte:

„Legen Sie sich jetzt schlafen, Schwester, ich bin ausgeruht und wache gern bis zum Morgen. Dann lasse ich Sie wecken."

Sie ließ keine Einwendungen gelten und geleitete die Pflegerin selbst nach dem für sie bestimmten Zimmer.

Sie hatte Loni sogleich etwas Limonade eingeflößt und den Eisbeutel auf ihrer Stirn erneuert.

Nun saß sie still, mit verschlungenen Händen. Sie war so glücklich. Loni lebte und der Professor würde ihr junges Leben dem Tode abringen.

Nach kaum einer Viertelstunde fuhr ein Auto vor. „Das ist Rode!" ging es ihr durch den Sinn.

Vom Fenster aus erkannte sie im Lichtschein einer Laterne seine Gestalt.

Sie eilte hinaus und öffnete ihm die Haustür.

„Wie steht es?" fragte er hastig.

„Das Fieber ist im Steigen," flüsterte sie, um nur etwas zu sagen. Sie wollte die Pflegerin nicht anklagen. „Ich habe die Schwester soeben fortgeschickt und will bis zum Morgen wachen."

„Es sind viele Pflegerinnen in die Ferien gegangen, gnädige Frau, daher fehlt es jetzt an geschulten Kräften."

Er ging zu dem Kinde hinein, maß die Temperatur und setzte sich, den Puls fühlend und die Uhr in der Hand, an das weiße Bettchen.

Elvira hatte auf der anderen Seite Platz genommen. Sie saß ganz im Schatten. Aber sie schaute unablässig in sein abgespanntes gütiges Gesicht. In seinen klugen guten Augen suchte sie zu lesen.

Doch seine Mienen blieben verschlossen. Der tiefe Ernst aber, in dem der Arzt verharrte, erschien ihr unheilkündend, sie fragte:

„Ich darf doch wohl hoffen, Herr Doktor, daß mein Kind dem Leben erhalten bleibt?"

Da zuckte er nur mit den Achseln, erhob sich und ging ins Nebenzimmer.

Elvira weinte lautlos in sich hinein. Sie rückte dem schwerleidenden Kinde die Kissen zurecht — das arme Köpfchen fand nicht einen Moment Ruhe — flößte ihr Limonade ein und befolgte alle Anordnungen des Doktors aufs genaueste.

Dann schien das Fieber ein wenig nachzulassen, der Atem wurde gleichmäßiger, die furchtbaren Zuckungen seltener.

Da ging die junge Frau zu dem nebenan am Fenster stehenden Professor, von einer dunklen, unabweisbaren Gewalt getrieben:

„Vergeben Sie mir, Rode, was ich Ihnen einst getan."

Er wandte sich jäh. Ein Lichtstrahl fiel hell auf ihr weißes verhärmtes Gesicht, ihre schönen Augen blickten ihn flehend an. „Ich habe so schwer gebüßt für meinen Irrtum. Schließen Sie Frieden mit mir, Rode, damit ich nicht gar zu schwer trage an meiner Last."

Der Professor sah finster an ihr vorbei. „Gnädige Frau, ich befinde mich hier im Hause Ihres Gatten zur Behandlung seines Kindes. Zu irgendwelchen Privatgesprächen ist die Situation zu ernst. Es soll alles geschehen, um das Leben des Kindes zu erhalten. Dazu bedarf ich aber unbedingter Konzentration."

Im tiefsten Innern gedemütigt, schlich Elvira an das Bettchen ihres Kindes zurück. „Verlaß mich nicht, mein Liebling," schluchzte sie, „sonst bin ich ganz verlassen."

Da öffnete Loni ihre Aeuglein, sah die Mama bei vollem Bewußtsein an und flüsterte: „Weine nicht, Muttchen, ich sterbe nicht." Dann senkten sich ihre langen dunklen Wimpern und sie schlief weiter.

Der Doktor hatte Lonis Worte gehört. Er kam rasch herüber. „Das ist ein gutes Zeichen, gnädige Frau. Ich wage zu hoffen."

Elvira hatte den Kopf tief gebeugt. Ein Dankgebet entrang sich ihrem innersten Herzen.

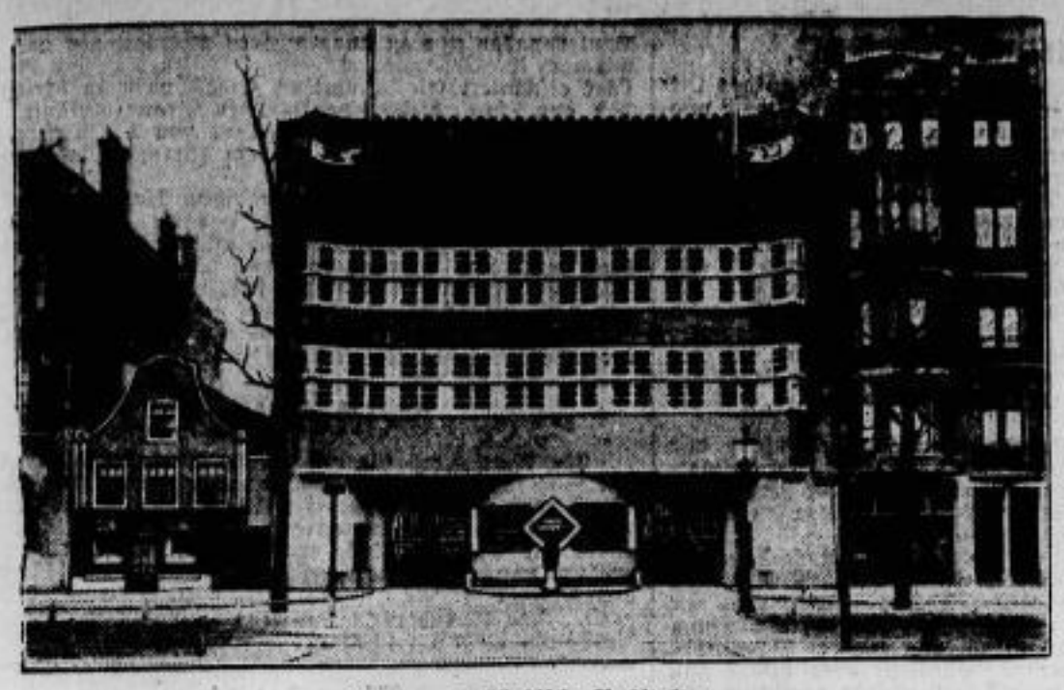
Es wurde eine verhältnismäßig ruhige Nacht für die kleine Patientin.

Elvira und der Professor wachten bei ihr.

Kein flüchtiger Blick flog hinüber und herüber. Beider Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf das Kind. Elvira hätte es nicht gewagt, Rode noch einmal anzusprechen. Tiefe Schatten lagen unter ihren halbgesenkten Lidern, der schöne Mund war so schmerzhaft verzogen. Offenbar litt sie grausam.

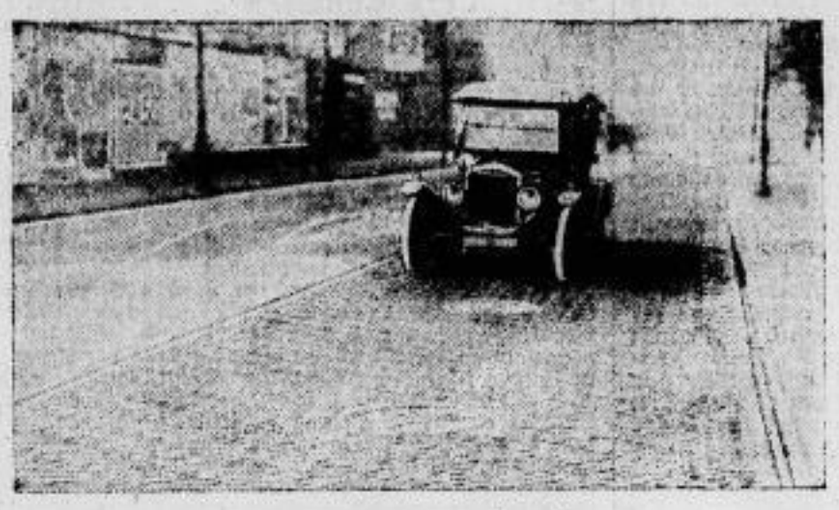
Rode schien es nicht zu bemerken. Sein Gesicht blieb undurchdringlich. Mit ruhiger, sicherer Hand flößte er dem Kinde Arzneien und erquickende Getränke ein.

Als der Morgen graute, erhob er sich. „Hoffentlich wird das Fieber erst in einigen Stunden wiederkehren. Das wäre gut, denn das Kind ist völlig erschöpft. Sobald sich rote Flecke im Gesicht zeigen und die krampfartigen Erscheinungen sich wiederholen, benachrichtigen Sie mich, gnädige Frau. Ich bin dann in wenigen Minuten hier. Ich gehe jetzt. Bitte, bemühen Sie sich nicht, ich finde den Weg allein."



Moderne holländische Architektur.
Das neue Gebäude der Amsterdamer Verkehrspolizei, das neben einem der typisch älteren holländischen Häuser besonders auffällt.

Italiens neue koloniale Aktivität.
Vormarsch italienischer Truppen auf die Oase Tscharabub, die bisher zu Aegypten gehörte.



Eine Straße aus Gummi.
Eine ganz originelle Straßenpflasterung zum Schutze gegen Schleudern der Automobile ist in Acton, in der Nähe Londons versucht worden und hat sich bisher ausgezeichnet bewährt. Sie besteht aus kleinen Holzblöcken, die mit Gummistreifen belegt sind.

Im Kreuzfeuer der Photographen.
Wenn wir unsern Lesern alle wichtigen Ereignisse im Bilde zeigen wollen, müssen auch Dr. Luther und Dr. Stresemann das fortwährende Photographieren über sich ergehen lassen.

Berliner Brief.

Genf — du hast es besser! — Flaue Zeit beim Theater. — Die Revue wird zu Grabe getragen und das Hungern wird verboten.

Berlin, 14. März 1926.

Wenn der Reichskanzler und der Reichsaußenminister in Genf sich redlich langweilen, weil die Vertreter der übrigen Staaten in ihrem Ruhhandel noch immer nicht fertig sind, kann man von der Reichshauptstadt nicht erwarten, daß sie sich besser und angeregter unterhält als Luther und Stresemann. Dabei haben es die Repräsentanten des in den Völkerbund einzutretenden Deutschen Reiches bestimmt noch besser als die Berliner, die sie verwaist zurückgelassen haben. Denn in Genf scheint bestimmt irgendeine warme Sonne auf den blauen See herab — wenigstens sieht das auf den Ansichtspostkarten so aus, die die berichterstattenden Kollegen ab und zu herübersenden, wenn ihnen die anderen spärlichen Neuigkeiten ausgegangen sind. Die deutschen Delegierten können wenigstens Spazierfahrten an den Ufern des Sees unternehmen. Hier in Berlin ist man glücklich und dankt dem Herrgott in allen Sprachen der Welt, wenn man aus dem Haustor bis zur nächsten Station irgendeines Verkehrsmittels gelangt ist. Denn es regnet von oben, es spritzt von unten und die Windböen treiben die Regentropfen von der Seite bei einem Aermel hinein und beim anderen wieder heraus. Die Folge davon ist natürlich ein ewiger Schnupfen — der, wie ich gerne zugeben will, meine und aller meiner Mitmenschen Privatsache wäre, wenn nicht eben anscheinend ganz Berlin verschnupft wäre und sich die verstopfte Nase in zahlreichen Aeußerungen des öffentlichen Lebens kundtun würde.

Die strahlende Lichtreklame an den großen Kreuzungsstellen der Verkehrsstraßen lockt vergebens zum Besuch irgendeines Etablissements. Man bleibt lieber zu Hause, wenn der Hausmeister nicht gerade vergessen hat die Heizung in Betrieb zu setzen, denn das Wetter . . . und der Schnupfen . . . und — nun sagen wir es offen heraus — der ewige Dalles, der Berlin beherrscht, verbieten dringend die Beteiligung am sogenannten öffentlichen Leben.

In den Theatern und Konzertsälen geht es dementsprechend flau zu. Ein Ausdruck dafür ist schon die Tatsache, daß das Theater des Westens, ein Operettentheater sich die Königin Luise als Vorspann verschreiben mußte, indem es eine Operette „Prinzessin Husch" zur Uraufführung brachte die das Leben der Königin behandelt. Es wäre Platzverschwendung, einigermaßen näher auf diese Art von Würdigung der Königin anläßlich ihres 150. Geburtstages einzugehen. Auf anderen Bühnen holt man verschiedene mehr oder weniger alte Ladenhüter heraus, um über die tote Saison hinweg zu kommen. Nicht einmal einer der obligaten Theaterskandale hat stattgefunden, nachdem die „Freie junge Bühne", deren Vormittagsvorstellungen sonst „Schauplatz" solcher interessanter Begebenheiten sind, es nach dem letzten „Erfolg" von Bert Brechts „Baal" vorgezogen hat, für einige Zeit nichts von sich hören zu lassen. An der Staatsoper gastiert gegenwärtig seit langer Zeit wieder der Wiener Hofopernsänger Leo Slezak, der nach einem kleinen mißglückten Ausflug auf die Revuebühne wieder zur Oper zurückgefunden hat. In „Otello" und „Aida" konnte man die Gesangskultur dieses einst so berühmten Tenors bewundern, wenn man auch feststellen muß, daß die großen Zeiten des Sängers ein für allemal vorbei sind. Das überragende Format des Künstlers ist aber jedenfalls geblieben, selbst wenn die Töne nicht mehr so frei und schmetternd klingen wie ehedem.

Die Filmtheater weisen zwar noch den besten Besuch auf, aber ihre Programme sind durch die amerikanische Dampfwalze verödet worden. Wenn man nicht ein gutes Gedächtnis für Filmtitel hat, dann kann man diese amerikanischen „Schlager" dem Inhalt nach nicht mehr so recht auseinander erkennen. Höchstens wenn man an eine ganz besondere Attraktion gerät, an Chaplins „Goldrausch", der nun schon die vierte Woche im Capitol-Theater rollt und noch immer Abend für Abend ausverkauft ist oder an den neuen Harold Lloyd-Film „Mädchenscheu", der im Ufa-Palast am Zoo mit großem Erfolg gespielt wird. Dort ist übrigens ein weiterer Schritt auf dem Wege zur „Filmbühne" gemacht worden, indem man den ganzen Film in den Rahmen einer eigens von Erno Rapee komponierten Revue hineinstellte. Bedeutend für den deutschen Film war das zweite Debut der großen Schauspielerin der Reinhardt-Bühnen Elisabeth Bergner beim Film. Im „Geiger von Florenz", der im Gloria-Palast zur Uraufführung kam, stellte sie eine Leistung auf, die so überragend und faszinierend war, daß man dabei die Mängel des Manuskripts und der Regie völlig vergaß und immer nur die mimische Glanzleistung dieser Künstlerin bewunderte, bei der sonst, auf der Sprechbühne, die wunderbare Technik ihrer — Sprache begeistert.

Die Revue, die die Saison mit so vielverheißendem Tamtam eingeläutet hat, scheint in eine Sackgasse geraten zu sein, in der sie wahrscheinlich ersticken wird. Die unangenehmen Pleitegeschichten rund um die von James Klein inszenierte Revue der Komischen Oper „Von A bis Z" haben nicht gerade zur Propagierung dieses Gemischs von dramatischer und Brettlkunst geführt und mit einem Gastspiel einer Negerrevue im Nelson-Theater wurden die Sensationsmöglichkeiten der Revue ohnehin soweit auf die Spitze getrieben, daß es schwer halten wird, darin noch mehr zu leisten. In allerletzter Stunde hat Fritz Holländer sich im Renaissance-Theater den Erfolg einer Revue „Laterna magica" gesichert, indem er die sterbende Revue selbst verulkte. Er hat dabei zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, denn erstens war die Persiflierung der Revue wirklich noch das einzige Mittel, um eine — Revue gangbar zu machen und zweitens konnte die Karikatur die unglaublich primitiven Zustände die im Renaissance-Theater herrschen und die an eine Dorfbühne erinnern, begreiflich oder gar selbstverständlich erscheinen lassen — denn das gehörte eben auch alles zur Karikatur.

Nach der Revue kommen gleich die Hungerkünstler, die jetzt in jedem Lokal auftauchen, erstens, weil es billig ist und zweitens, weil es unglaublicherweise tatsächlich zu „ziehen" scheint. Der Senior dieser neuen Aspiranten auf den Titel „Künstler", Herr Jolly, sitzt jetzt bereits seit bald vier Wochen im Glaskasten. Ein anderer, ein gewisser Herr Eric, der es ihm nachtun wollte, hat es nach sieben Tagen dennoch vorgezogen, „Herr Ober, schnell ein Eisbein!" zu rufen. Er ging dann zwei Tage ins Sanatorium und hat nun aufs neue „gestartet". In irgendeinem Lokal sitzen im Käfig sogar zwei Hungerkünstler, weil sie wohl glauben, daß es dann nicht so langweilig ist. Und im Zirkus Busch hat sich eine Hungerkünstlerin, die auf den heute nicht seltenen Namen Tatjana hört, gleich einem Kanarienvogel in der Luft über der Manege aufhängen lassen, um dort von Luft und — Selterswasser zu leben. Das waren alles noch Anfänge und man würde bald in jedem Restaurant, auf jedem Stammtisch neben den Zahnstochern und dem Mostrich auch einen Hungerkünstler als Appetitanreger präsentiert bekommen, wenn sich die Polizei nicht doch endlich entschlossen hätte, dem Unfug ein für allemal ein Ende zu machen und weiteres „Starten" zu verbieten. Es darf von nun ab nicht mehr gehungert werden. T. h. — nicht mehr für Geld. Das andere wird nach wie vor — „geduldet".

E. B.

Der Großindustrielle August Thyssen hoffnungslos erkrankt.
August Thyssen, einer der bedeutendsten und bekanntesten deutschen Großindustriellen, der sich kürzlich mit gutem Erfolge einer Staroperation unterzogen hatte, ist wieder schwer erkrankt. Seine Gehirnentzündung ist weiter fortgeschritten und eine Lungenentzündung ist hinzugetreten. Thyssen, der 86 Jahre alt ist, dürfte nach Ansicht der Aerzte kaum mit dem Leben davonkommen. Sein Zustand gilt als hoffnungslos.

Gerichtssaal.

Mißbrauch der Amtsgewalt. Vergehen nach Paragraph 339 des StGB. in Tateinheit mit versuchter Erpressung bildeten die Delikte eines Strafprozesses vor dem Schöffengericht Dresden, in dem sich der 1891 zu Niederreichenbach in der Lausitz geborene ehemalige **Polizeioberwachtmeister Georg Fritz Schwarz** vom 24. Dresdner Sicherheitspolizeibezirk zu verantworten hatte. Der Angeklagte, der früher in der Landwirtschaft tätig war und nach seiner im Frühjahr 1919 erfolgten Entlassung aus dem Heeresdienst in die Dienste der Polizei eingetreten ist, wurde beschuldigt, im Herbst vorigen Jahres im Großen Garten in drei Fällen sich an Liebespaare herangemacht, sich diesen gegenüber als dienstuender Kriminalbeamter ausgegeben und in zwei Fällen drei Mark gefordert zu haben usw. Auf eine diesbezügliche Anzeige eines gewissen Reinsch setzte sich eines Abends der Kriminalkommissar Thuron mit einer Begleiterin auf eine der Bänke, um nach jenem Menschen zu fahnden. Kaum hatte sich der Kommissar niedergelassen, als der gesuchte bisherige Unbekannte auftauchte und den „Herrn" aufforderte, ein Stück mit zur Seite zu kommen. Schwarz gab sich als Polizeibeamter aus, worauf sich der Kriminalkommissar seinerseits auch legitimierte. Wie bei den Vorerörterungen, so leugnete Schwarz, der betreffende Unbekannte gewesen zu sein; den Kriminalkommissar will er sogleich erkannt und ihn lediglich nach seiner — des Angeklagten — geschiedenen Frau fragen wollen. Nach umfangreicher Zeugenvernehmung wurde Schwarz des Mißbrauchs der Amtsgewalt für schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen aber freigesprochen.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

SV. Halle 98 erzwingt gegen den RSV. einen knappen 2:1-Sieg! (0:1.)

Man hatte nicht zu viel versprochen. Die Gäste aus der Saalestadt hielten ihr Versprechen und lieferten ein gutes und vor allen Dingen flottes Spiel, was den Spielverlauf recht reich an spannenden Momenten machte. Die Spielweise der Gäste war einfach und ungekünstelt, dafür aber scharf und erfolgreich. Jeder Spieler bestrebte sich, den Ball so schnell wie möglich seinem Neben- oder Vordermann zuzuschieben, keiner behielt ihn länger wie nötig, wodurch sie den unnötigen Nahkämpfen aus dem Wege gingen und damit Kraft sparten. In dieser Beziehung konnte sich unsere heimische Mannschaft ein Beispiel nehmen, das ewige mit dem Ball ackern bringt doch nichts ein und erfordert einen unnötigen Kräfteverbrauch. Das Erscheinen des Hallescher Tabellenzweiten hatte immerhin knapp 900 Zuschauer angelockt, die Zeuge eines forschen, schönen Spieles wurden. Der Spielverlauf ist kurz in folgendem wiedergegeben:

Gleich vom Anstoß weg entwickelt sich ein lebhafter Kampf, der bald von der einen, bald von der anderen Partei überlegen durchgeführt wird. Riesas Angriffe, die meisten Teils von der linken Seite vorgetragen werden, sind stets gefährlich, leider verpaßt das Innentrio die sich ergebenden Torchancen oder ist nicht energisch genug, diese auszunützen. Auch Halle wird vielfach recht gefährlich, Kirsche—Blaba halten im Verein mit Pauly aber treue Wacht. In der 38. Minute gelingt Eftel eine Steilvorlage an Thonfeld, der mit ungeheurer Wucht und starkem Beifall das Führungstor für den RSV. erzielt.

Mit 1:0 für Riesa geht es in die Pause!

Im allgemeinen rechnete man nun mit einem knappen, aber klarem Siege des RSV. Auch die erste halbe Stunde der zweiten Halbzeit, in der die RSV.-Mannschaft zum großen Teile mehr vom Spiel hatte, deutete darauf hin, trotzdem die Hallenser bereits in der 52. Minute ausgeglichen hatten. Aber es sollte wieder einmal nicht sein. Die gegnerische Hintermannschaft war einfach nicht zu überwinden und war dies wirklich einmal der Fall, dann verdarb die Sturmreihe die sicheren Torchancen durch übertriebenen Eifer oder zögern im Schuß. Gegen Ende des Spieles kann Halle das Spiel zeitweise in die Riesaer Spielhälfte legen, ein Fehler der Hintermannschaft verhilft den Gästen zum 1. Tor und zum Sieg. Alle Bemühungen des Nordsachsenmeisters auszugleichen, schlugen fehl, sodaß die Hallenser wenn auch als glückliche so doch als verdiente Sieger den Platz verlassen konnten.

Kritik der Mannschaften!

Die Hallesche Mannschaft hatte in Punkto Start, Stellungsspiel und Schnelligkeit den Riesaern gegenüber etwas voraus, was auch den Spielausgang beeinflußte. Aus der Mannschaft ragten hervor: Der rechte Verteidiger Müller, Klemmt und Rehn, wogegen Gäbelein und Grauert, die bekannten Größen nicht gerade „Großes" zeigten. — Die RSV.-Mannschaft hatte seine Stützen in der Hintermannschaft, Pauly, Kirsche und Blaba werden von Spiel zu Spiel besser. Gundermann und Mücktisch waren schon besser, wogegen Lorenz keinen guten Tag hatte. Im Sturm gefiel die linke Seite Thonfeld—Eftel, in der zweiten Hälfte auch Born. Knopp muß sich eine energischere Spielweise vor dem Tore angewöhnen, seine Ballverteilung war gut und dann auch einmal aufs Tor schießen!! Hofmanns bekannte energische Läufe nach dem Tor und der wuchtige Flankenschlag gehören ins Reich der Vergessenheit. Es war einmal — — — hoffentlich wird es bald wieder!!

Der Schiedsrichter Schubert, Meißen 08, jederzeit einwandfrei.

VfB.-Herzberg 1.—RSV. Reserve 2:2.

Ein schönes Spiel, was dem Spielverlauf nach von der Riesaer Mannschaft gewonnen werden mußte. Aber auch mit diesem Resultat kann man zufrieden sein. Auf fremden Platz gegen eine 1.klassige Mannschaft ist immerhin ein schöner Erfolg für die 2. Elf des RSV.

Die 3. RSV.-Mannschaft trug ihr letztes Verbandsspiel gegen die 2. Mannschaft des SV. Nickritz aus. Die Riesaer waren den Gästen jederzeit überlegen und gewannen hoch mit 9:0 Toren. Damit wurde die 3. Elf des RSV. Bezirksmeister der 3. Klasse mit einem Torresultat von 102:7, bei 16 Spielen 15 gewonnen, 1 unentschieden, keins verloren. Unsere herzlichste Gratulation zu diesem großartigen Erfolge!

Die 4. Elf hatte in einem alten Rückspiel die 1. Elf des SV. Nossen zum Gegner und verlor gegen die 3.klassigen Nossener mit 0:3.

•

Ein Zwischenrundenspiel um die Mitteldeutsche Meisterschaft in Riesa!

Kaum irgend jemand hätte gedacht, daß der Hauptspielausschuß des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine e. V., Sitz Leipzig, ein für die Mitteldeutschen Meisterschaftsspiele so wichtiges Treffen nach Riesa verlegte. Sonst finden derartige Kämpfe fast immer in der Großstadt statt, schon der Einnahme wegen, da der Verband aus diesen Spielen seine jährlichen Ausgaben zum großen Teile bestreitet. Umso erfreulicher für uns Riesaer ist es, daß einmal von dieser Regel abgewichen wurde und ein so großes Spiel in die kleinere Provinz gelegt wurde. Wir Riesaer sind auf jeden Fall dem Hauptspielausschuß hierfür sehr dankbar. Allerdings haben wir damit die Verpflichtung übernommen, der ganzen Veranstaltung einen würdigen Rahmen zu geben und dies können wir in erster Linie dadurch, daß wir eine Rekordzuschauermenge auf die Beine bringen. Aber auch dem Riesaer Sport-Verein sind wir Riesaer es schuldig, bei diesem Spiele anwesend zu sein. Der RSV. hat seine Heimatstadt auf sportlichem Gebiete seiner Größe und Leistungsfähigkeit entsprechend, stets würdig vertreten. Am Sonntag gilt es einmal, unseren Riesaer Sport-Verein als Vertreter der Stadt und des Gaues Nordsachsen nach Kräften zu unterstützen und ihm in seinem schweren Kampfe gegen die ausgezeichnete Leipziger Meistermannschaft, der Leipziger Fortuna, beizustehen.

•

Hockey im RSV.

Leipziger Ballspiel-Club 2.—RSV. 2. in Leipzig 5:3 (4:0).

Beide Mannschaften lieferten sich ein überaus schnelles und höchst anständiges Spiel unter der Leitung von zwei tadellosen Schiedsrichtern des LBC. Die geschwächte Nordsachsenhintermannschaft hatte einen schweren Stand gegen den lebhaften Sturm der Großstädter. Sie war auch nicht in der gewohnten guten Verfassung und beging verschiedentlich verhängnisvolle Fehler. Im Gegensatz hierzu lieferte der Sturm wohl das beste Spiel seit Bestehen der Mannschaft. Leider mußten die Nordsachsen fast die ganze zweite Halbzeit infolge Verletzungen mit 9 bezw. 8 Mann spielen und waren dann nicht mehr in der Lage den verdienten Ausgleich zu erzwingen. Das Erfreulichste aus diesem Spiele ist zweifellos die Tatsache, daß der Sturm der 2. Elf imstande ist, Tore zu erzielen, wenn er planvoll und schnell zusammenspielt. Das Resultat gegen die spielstarken Großstädter ist ein Achtungserfolg der 2. Elf. — Auf die heute unter Vereinsnachrichten erscheinende Versammlungsbekanntmachung wird ganz besonders hingewiesen. K.

Radsport-Abteilung im RSV.

Bei dem sonnigen Wetter des vorigen Sonntags litt es die Radler nicht zu Hause; sie traten in die Pedale und zogen über Weida, Sanzig, Lommatzsch, Oschatz auf fast grundlosen Wegen dem Wendepunkte des ersten diesjährigen, unsere Gegend berührenden Radrennens, dem 100 km-Rennen des Radfahrer-Vereins Tornado-Leipzig, den Merkwitzer Höhen, zu. Nach strammer Fahrt gegen den Wind und kurzem Aufenthalt kamen der Oberleitung- und die üblichen Begleitwagen und bald darauf in schnellem Tempo die aus etwa 15 Fahrern bestehende Spitzengruppe an. Für die Rennfahrer begann nun der schwierigere Teil des Rennens, die Rückfahrt gegen den Wind. — Am Wendepunkte hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden, in der Hauptsache Radler aus der Riesaer Gegend, die Zeuge des ersten Wettbewerbs auf der Straße sein wollten, und die nicht enttäuscht wurden.

Auf der inzwischen abgetrockneten Chaussee fuhren wir dann im Renntempo bei Rückenwind wieder unserer Heimatstadt zu, nur ab und zu etwas abstoppend, um die schwächeren Fahrer, darunter eine Dame, wieder aufkommen zu lassen. Es macht sich bereits ganz famos.

Wenn wir am 2. Mai auf unserer Fahrt nach Schandau zum Frühjahrs-Gautag unseres Gaues im B. D. R. (Bund Deutscher Radfahrer) in diesem Tempo fahren, was wir aber nicht wollen, dann besteht unsere Radsport-Abteilung nur aus „Kanonen". Zur Beruhigung unserer Mitglieder und derer, die es noch werden wollen, sei aber gesagt, daß es bei der Wanderfahrt nach Schandau sehr gemütlich und humorvoll zugehen wird. Wer dabei wieder so aufs Tempo drückt, muß sich unbedingt am nächsten großen Rennen beteiligen, und daß dies kein Zuckerlecken ist, hat schon mancher Radler am eigenen Leibe erfahren. D.

•

Die Strecke für den A.D.A.C.-Bergrekord 1926.

Die Arbeiten für die Herrichtung der Strecke für den am 31. Juli bei Freiburg (Oberrimsingen) zur Austragung kommenden Flachrekord sind in Angriff genommen und schon ziemlich weit fortgeschritten. Das A.D.A.C.-Sport-Präsidium, dessen Vertreter am Sonntag in Freiburg weilte, ist sich darüber schlüssig geworden, für den am 1. August ebenfalls in Freiburg vorgesehenen Bergrekord die vom dortigen Klub in Vorschlag gebrachte Strecke Friedrichshof—Schauinsland—Paßhöhe, die bereits im Vorjahr demselben Zwecke diente und sich dabei bestens bewährt hat, zu wählen. Im Vergleich zu der berühmten Schweizer Klausenpaßstrecke weist die Schauinslandstraße dadurch bedeutend mehr Schwierigkeiten auf, daß gradlinige Abschnitte so gut wie garnicht vorkommen und die überaus zahlreichen Kurven fast ausnahmslos vollständig unübersichtlich sind, sodaß sie von der Gewandtheit des Fahrers das Beste verlangen. Die Länge der Strecke, die im vergangenen Jahr von der Stadt Freiburg für ihren Zweck neu hergerichtet ist, und seitdem nur gegen Wegegeld befahren werden darf, beträgt 12 Kilometer, und zeigt bei einer Maximalsteigung von etwa 12 Prozent eine Höhendifferenz von nicht ganz tausend Metern.

Kunst und Wissenschaft.

Weimarer Feiern anläßlich des Jubiläums von Bayreuth. Das 50jährige Jubiläum des Bayreuther Festspielhauses am 25. Juli wird, da in diesem Jahre die Festspiele in Bayreuth ausfallen, in Weimar durch ein großes Richard Wagner-Konzert unter Mitwirkung hervorragender Künstler begangen werden. Ebenso werden anläßlich der Festspielwoche des Bayreuther Bundes der Deutschen Jugend vom 28. bis 31. Juli zwei Opern von Siegfried Wagner, die vom Komponisten dirigiert werden, im Deutschen Nationaltheater in Weimar aufgeführt werden.

Zur schwedischen Musikwoche in Kiel. Die schwedische Regierung hat, wie uns aus Stockholm gemeldet wird, der schwedischen Komponisten-Vereinigung einen Staatsbeitrag von 2000 Kronen für die Teilnahme an der schwedischen Musikwoche in Kiel bewilligt.

Die Witwe des bekannten Komponisten Franz von Suppè, Frau Sophie von Suppé, ist gestern früh in Wien im Alter von 87 Jahren gestorben.

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse hielt am Montag die feste Haltung des Effektenmarktes an. Aus der Provinz waren umfangreiche Kaufaufträge eingelaufen. Auch das Ausland soll sich mit Anschaffungen besonders von Schiffahrtswerten an dem Geschäft beteiligt haben. Anregend wirkte das Zustandekommen des Internationalen Schienenkartells. Am Rentenmarkt schloß die fünfprozentige Reichsanleihe mit 0,39879 Prozent, Schutzgebietsanleihe mit 6,95—7 Prozent. Am Bankaktienmarkt gewann Bank für Brauindustrie 3¾ Prozent, Bank für Elektrowerte 2 Prozent, Reichsbankanteile 1 Prozent. Eisenbahnaktien blieben fast unverändert, während von Schiffahrtsaktien Kosmos um 2 Prozent, Stettiner Dampfer um 1 Prozent und Hamburg-Süd gleichfalls um 1 Prozent anzogen. Norddeutscher Lloyd mußte 1¼ Prozent nachgeben. Am Montanaktienmarkt gewannen Köln-Neuessen 2 Prozent, Riebeck 3 Prozent, Phönix, Siegen-Solingen und Stollberger Zink etwa 1 Prozent. Farbwerte notierten 1¼ Prozent höher. Chemische Werte lagen sehr fest. Heyden gewann 4¼ Prozent, Rhenania 4 Prozent, Th. Goldschmidt 3 Prozent. Elektrizitätsaktien waren etwas gebessert. Siemens erzielte sogar eine Kurssteigerung von 2¾ Prozent und Deutsche Kabel eine solche von 3¾ Prozent. Von den Kaliwerten stiegen Westeregeln um 1 Prozent und Salzdetfurth um 2 Prozent. Die Aktien der Maschinen und Motorfabriken hatten durchweg stärkere Kurssteigerungen zu verzeichnen. Der Satz für tägliches Geld war offiziell 5 bis 6¾ Prozent; für Monatsgeld 6¾ bis 7¾ Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Abschätzung tuberkulöser Tiere. Der preußische Landwirtschaftsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß für wirklich wertvolle Zuchttiere, namentlich für hochwertige Zuchtbullen, die sich nach der Schlachtung als nicht tuberkulös erwiesen haben, ausnahmsweise auf Antrag des Besitzers eine die Höchstgrenze überschreitende Entschädigung bewilligt wird. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei Entschädigungen aus Anlaß der Tuberkulose-Bekämpfung keine Liebhaber- und Auktionspreise bewilligt werden können.

Belebung des Weingeschäftes. Aus Mainz wird uns gemeldet: Der Winzer-Verein zu Hochheim hielt in der Burg Ehrenfels eine Naturweinversteigerung ab. Es kamen zum Ausgebot Naturweine hervorragender Güte aus der genannten Gemarkung, und zwar 46 Nummern 1925. Das Ausgebot ging bei flotten Geboten und zufriedenstellenden Preisen mit Ausnahme von sechs Halbstücken, die infolge Minderangebots zurückgezogen wurden, in andere Hände über. Im Durchschnitt wurden für das Halbstück 344 Mk., zusammen für 40 Halbstücke 13 760 Mk. erzielt.

Große Francsverkäufe in Belgien. Die belgische Presse meldet heute, daß seit Mittwoch viele Millionen belgische Franken in Dollar und Pfunde umgetauscht würden, weil das Vertrauen der Francbesitzer auf das Gelingen einer Sanierungsaktion zu annehmbaren Bedingungen und somit auch ihr Vertrauen auf eine Stabilisierung des Franc stark erschüttert sei. Bingtième Siècle weiß zu berichten, daß angesichts dieser panikartigen Francsverkäufe der Finanzminister den bisherigen Kurs von 107 nicht mehr halten werde. Das Blatt fordert strenge Maßnahmen gegen die belgischen Spekulanten.

Die Verluste der oldenburgischen Staatsbank. Das oldenburgische Staatsministerium gab im Landtag Auskunft über die Kreditgeschäfte der oldenburgischen Staatsbank mit dem Barmat-Konzern. Danach beträgt die gefährdete Summe 5,9 Millionen Mk., von denen 4,7 Millionen noch ausstehende Forderungen an Barmat sind. Die der Bank entstandenen Verluste sollen aus den Ueberschüssen der oldenburgischen Kreditanstalt abgetragen werden.

Geschäftliches.

Ein Wettbewerb für erfolgreiche Werbebriefe zur Beteiligung für alle Geschäftsleute unter unseren Lesern (auch berufsmäßige Werbefachleute) wird von der „Organisator" Verlag A.-G., Leipzig 90, ausgeschrieben. Zunächst sind 500 Mark zur Preisverteilung vorgesehen. Dem Preisgericht gehören namhafte führende Persönlichkeiten an. Einsendungstermin 31. März (wird voraussichtlich etwas verlängert). Das Ausschreiben mit den Bedingungen wird auf Verlangen kostenfrei zugesandt von obigem Verlag.

Eingesandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preßgesetzliche, nicht die ideelle Verantwortung.)

Riesa-Gröba, den 15. März 1926.

Werter Herr Adler!

Wir sind nach der sehr stürmisch verlaufenen Versammlung der D. H. V.-Mitglieder im L. H. L. überrascht von der Sachlichkeit Ihrer am Sonnabend an dieser Stelle gemachten Ausführungen, können aber nicht umhin, dieselben mit nachstehenden Zeilen zu berichtigen. Sie glauben, den D. H. V. unbedingt als den ersten Interessenvertreter der Angestelltenschaft hinstellen zu müssen, setzen hierbei natürlich den Zentralverband der Angestellten öffentlich herab. Wir halten Ihnen zugute, daß Sie durch Ihre Verbandsleitung nicht genügend informiert wurden. Auf der anderen Seite legen wir aber Wert darauf, die falsche Auffassung, zu der ein Leser Ihrer Zeilen kommen muß, im Interesse der durch den Z. d. A. gewährleisteten wirksamsten Vertretung aller Angestellten, zu beseitigen.

Mit der Frage, „Schutz der älteren Angestellten", beschäftigt sich nicht nur der D. H. V., sondern auch alle anderen Verbände, vornehmlich aber der Z. d. A. Als im vergangenen Jahre der Angestelltenabbau seitens der Unternehmer in immer stärkerem Maße durchgeführt wurde, (siehe auch L. H. L.) war es der Z. d. A., der durch den Abgeordneten Aufhäuser, dem Vorsitzenden seiner Spitzenorganisation dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, in einer Reichstagssitzung das Verhalten rigoroser Arbeitgeber brandmarkte. Die weitere Folge war, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf zum Schutze der älteren Angestellten eingebracht hat.

Den deutschnationalen Abgeordneten des D. H. V. ist wahrscheinlich jetzt erst aufgefallen, daß Sie ihre brotlosgewordenen Kollegen vernachlässigt haben und nun versuchte man sein vermeintliches Prestige, durch Einberufung von Gutachterausschüssen an den Kaufmannsgerichten, zu retten. Warum geht der D. H. V. nicht den kürzeren und allein richtigen Weg, — Befragung seiner Ortsgruppen sowie Mitglieder und direkte Bearbeitung der ihm nahestehenden Abgeordneten? Weil er dann zu spät gekommen wäre! Denn Z. d. A. dauerte es zu lange, bis der Schutz der alten Kollegen Wirklichkeit wurde; deshalb wurde die Einwirkung durch die Träger der Erwerbslosenfürsorge, die Stadtverwaltungen, erstrebt. Sie werden auch zugeben müssen, daß der Einfluß der Stadtparlamente auf die Gesetzgebung wirksamer ist, als derjenige von Gutachterausschüssen der Kaufmannsgerichte, in denen auch die Unternehmer, gegen welche sich das Gesetz richtet, vertreten sind.

Ihr Schlußsatz läßt die Vermutung zu, daß der D. H. V. die verschiedensten Richtlinien hat, denn der Antrag, dem seine Vertreter hier in Riesa die Unterstützung versagten, ist an anderen Orten auch von deutschnationaler Seite unterstützt worden.

Zentralverband der Angestellten.
Ortsgruppe Riesa.

•

Um die Freizeit der Jugend.

Durch die Presse ging unlängst eine Nachricht über eine **„Kundgebung für die Freizeit der Jugend"**, welche in Berlin stattgefunden hatte. Bei aller Sympathie für derartige Bestrebungen muß doch einmal gesagt werden, daß die Veranstalter ganz bedeutend über das Ziel hinausgeschossen haben. Denn vor allem ist doch die Jugend zum Lernen da und nicht zum Sporttreiben, allerdings heute scheint es manchmal umgekehrt zu sein. Wir haben seinerzeit 12 Std. pro Tag gearbeitet und sind auch nicht daran gestorben, im Winter mußten wir bei großer Kälte den Dampfkessel heizen, ich von 4 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags und mein 1 Jahr älterer Lehrkollege von 4 Uhr nachmittags bis 4 Uhr morgens. Wir fühlten uns aber nicht als unausgenützte Proletarier, sondern bildeten uns im Gegenteil noch etwas darauf ein, daß man uns ein so verantwortungsreiches Amt übertrug. Unsere Fortbildungsschulzeit dauerte von 6—9 Uhr, manche haben hübsche Kenntnisse dort erworben, ein Teil allerdings hat geschlafen und so wirds wohl auch noch heute sein. Daß der Fortbildungsschulunterricht nicht länger dauert als die Arbeitszeit in dem betreffenden Berufe, ist auch meine Ansicht. Mein Vater, ein hervorragender Kaufmann, erzählte uns oft von seiner Lehrzeit, die anfang der sechziger Jahre fiel, und die noch viel längere Stunden kannte als die unsere; aber ich habe nie Klagen aus seinem Munde über Ausnützung u. a. vernommen. Wenn wir uns über etwas beschweren wollten, hieß es höchstens: **„Ach was, Lehrjahre sind keine Herrenjahre!"** Die Jugend hat damals noch nicht notgeschrien, aber gelernt hat sie was. Die Festsetzung einer anderen Arbeitszeit für jugendliche als erwachsene Arbeiter wird in den meisten Betrieben zu Unzuträglichkeiten führen, es ist für viele schon ein Opfer, die Zeit zum Schulbesuch frei zu geben. Eher ließe sich die Frage der Ferien während der geschäftsstillen Zeit lösen. Acht Tage auf Wanderungen durch die freie Natur zugebracht, zu denen man das ganze Jahr das Geld zusammengespart hat, wären den Jungen schon zu gönnen, vorausgesetzt, daß diese Zeit auch wirklich zur Erholung und nicht etwa zum Besuche von Kinos und ähnlichen zweifelhaften Vergnügen benützt wird. Allerdings drei Wochen ist zu viel. Wer solls denn bezahlen? Die Eltern? Die wenigsten werden soviel Geld haben, um einen Jungen im besten „Vielfraßalter" — man verzeihe dieses unschöne aber bezeichnende Wort, — 3 Wochen lang ohne Gegenleistung zu ernähren. Der Meister? Er wird sich erst recht dafür bedanken, und der einen niedrigen Stundenlohn zahlende Fabrikherr erst recht. Schließlich käme es dazu, daß er an anderer Stelle arbeiten müßte, um nur sein Brot zu verdienen. Wirklich sinngemäß benützen aber könnten nur die Jungens aus besserer Familie ihre Ferien, und das Gegenteil vom Erstrebten würde erreicht. Das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche ist doch bereits erreicht. Im übrigen schadet etwas Zwang der Jugend garnicht; denn: **„Lehrjahre sind nun mal keine Herrenjahre!"** B. O.